



9. November 1925

## HUGO LINDEMANN · DIE SELBSTVERWALTUNG IM SOZIALDEMOKRATISCHEN PROGRAMM

**R**OMA locuta, causa finita: Der Heidelberger Parteitag hat den ihm von der Programmkommission vorgelegten Programmwurf angenommen. Damit ist das neue Programm nunmehr Gesetz für die Partei geworden, und daher möchte es überflüssig erscheinen sich jetzt noch mit ihm kritisch zu befassen.

Wenn dieser Artikel es doch tut, so müssen hinreichend starke Gründe ein solches Handeln rechtfertigen. Die Kritik soll sich nur mit 2 Abschnitten des Aktionsprogramms beschäftigen. Die Realisierung solcher Programme, da für die Aktion bestimmt, ist in weitem Umfang von den Verhältnissen abhängig, unter denen sich das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben abspielt. Ändern sich diese, so mag ein Aktionsprogramm, das, als man es bildete, vielleicht zweckgemäß und sachlich begründbar war, nicht nur seine Durchführbarkeit sondern auch seine Begründung verloren haben. Dazu kommt aber ein weiteres. Die beiden Abschnitte, mit denen wir uns beschäftigen wollen, Verfassung und Verwaltung, und zwar insbesondere in den Teilen, die von der Selbstverwaltung und ihrer Stellung in der Republik handeln, sind ganz sicher nicht Teile eines Aktionsprogramms sondern stellen politische Ideale auf, die, wer weiß, einmal in später Zukunft verwirklicht werden oder auch nicht verwirklicht werden. Nun besteht die Bedeutung solcher politischen Ideale darin, daß sie dem politischen Handeln Richtung geben. Je weiter diese Ideale in der Zukunft liegen, je stärker sich trotzdem das Handeln des Subjekts von ihnen bestimmen läßt, je enger und enggläubiger es sich ihnen anschließt, desto größer wird die Gefahr, daß unter ihrem Einfluß der politisch Handelnde die Verhältnisse der Gegenwart und die Möglichkeit ihrer Umgestaltung falsch beurteilt und sie zu vergewaltigen sucht. Das Resultat wird immer ein Mißerfolg sein. Das politische Handeln aber der Partei in den Ländern und in den Gemeinden ist Gegenwartsarbeit, und es ist nicht gleichgültig, ob sie sich dabei von Idealen beeinflussen läßt, die in einer ganz andern Zone, nämlich der Außenpolitik, entstanden und von dort aus auf die innere Verwaltung übertragen worden sind; deren Realisierung überdies, wenn überhaupt möglich, in weiter Zukunft liegt.

Das Aktionsprogramm stellt an die Spitze des Abschnitts über Verfassung die Forderung: das Reich »in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln«. Man wird mit Recht hier

einwenden können, daß das Reich nach der Reichsverfassung diese Forderung schon durchaus erfüllt. Es ist in der Tat eine einheitliche Republik, und die unter ihm stehenden Länder und Gemeinden stellen im Grunde nichts anderes als eine dezentralisierte Selbstverwaltung dar. Die Verfasser des Programms müssen sich also bei diesem Satz etwas ganz anderes gedacht haben. Wenn in den weiteren Ausführungen gesagt wird, daß sich auf dem neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und der Länder eine starke Reichsgewalt erheben soll, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und für den Zusammenhalt des Reichs notwendigen Befugnisse besitzt, so ist damit zur Erklärung nichts weiteres beigebracht. Über den Unterbau der Gemeinden und der Länder erhebt sich zurzeit die Reichsgewalt, und sie hat in Gesetz und Verwaltung eine solche Fülle von Befugnissen, daß eine einheitliche Führung und der Zusammenhalt des Reichs ohne weiteres gesichert wäre, wenn es mit Gesetz und Verwaltungsbefugnissen allein getan wäre. Der Abschnitt fordert daher auch nur noch die Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz, also die Überführung ihrer Verwaltung aus der der Länder in die des Reichs. Ob damit für eine bessere Justiz, besser vom Standpunkt der Partei und der Gemeinschaft aus, etwas gewonnen wäre, darf man füglich bezweifeln. Glaubt man wirklich, daß sich in Rechtsprechung und Justizverwaltung irgendetwas ändern würde, wenn Frenken Chef einer das ganze Reich umfassenden Justizverwaltung wäre? Bei der geltenden Gewaltenverteilung gibt es doch wenigstens neben reaktionären Justizverwaltungen immerhin noch in einer Anzahl von Ländern Verwaltungen, die anders, freiheitlicher gerichtet sind. Immer noch scheint aber in der Partei der Gedanke zu spuken, als ob Rechtsprechung eine Art Fabrikationsware wäre, die gleichmäßig und einheitlich nach von Staatsstellen vorgeschlagenen Modellen fabriziert werden könnte. Ist die Rechtsprechung des bolschewistischen Rußlands das Ideal der Partei?

Für die Art, wie die dezentralisierte Selbstverwaltung aufgebaut, und für das Verhältnis, in das sie zu dem Reich als Einheitsrepublik gesetzt werden soll, stellt nun der 2., von der Verwaltung handelnde Abschnitt weitere Forderungen auf. Zwar ist der einleitende Satz wieder ganz phrasenhaft. »Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik« ist danach »die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht«. Für das Programm ist also die Exekutive des Staates von heute polizeistaatlich, die demokratische Republik hat sie einfach aus dem Obrigkeitsstaat übernommen und beibehalten. Das ist nur zum Teil richtig. An der Organisation der staatlichen Bureaukratie hat die Revolution so gut wie gar nichts geändert. Sie hat den Verwaltungsapparat, so wie er war, übernommen, und das war in der Tat die einzige Möglichkeit das vollständige Chaos zu vermeiden. Sie konnte aber diesen Verwaltungsapparat übernehmen, weil er gar nicht, wie in dem Programm behauptet wird, durchweg polizeistaatlich gewesen war sondern zum großen Teil schon den Apparat darstellte, ohne den ein moderner Staat überhaupt nicht existieren kann. Das Programm hätte nun die Pflicht gehabt wenigstens in den Grundlinien anzugeben, worin sich denn die geforderte neue Verwaltungsorganisation von der übernommenen unterscheidet, in welchen Punkten diese also abzuändern wäre, und zu zeigen, wie nun in der Tat in der neuen vorgeschlagenen Verwaltungsorganisation das Volk der Träger der Verwal-

tung wird. Es tut nichts dergleichen. Was heißt das übrigens; daß das Volk »Träger der Verwaltung« sein soll? Man ist sehr berechtigt diese Frage aufzuwerfen und von dem Programm eine Antwort zu verlangen. Ist das Volk heute nicht Träger der Verwaltung? Offenbar nicht, denn sonst hätte die Forderung keinen Sinn. Wodurch wird das Volk Träger der Verwaltung? Auf alle diese Fragen suchen wir vergebens eine Antwort im Programm. Denn der eine Satz, daß auch in Gemeinden »für Fragen von allgemeinem öffentlichem Interesse . . . Volksbegehren und Volksabstimmung . . . einzuführen« sind, ist keine ausreichende Antwort.

Das Programm verlangt die reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung. Es soll also durch ein Reichsgesetz ein allgemeines Landesverwaltungsgesetz gegeben werden, das gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und Verwaltungsorgane regelt. Das ist der Zentralismus pur et simple. Die Länder verlieren die Selbständigkeit, die sie bisher noch besaßen. Sie werden nunmehr vollständig mediatisiert, Selbstverwaltungskörper, deren Gliederung und Zuständigkeit durch ein einheitliches Reichsgesetz bestimmt wird. Damit ist also das Ende aller staatlichen Selbständigkeit der Länder gekommen. Die Partei, die in ihrer großen Mehrheit diesen Standpunkt vertritt, hat bei der Revolution ihre Auffassung nicht durchsetzen können. Glaubt sie wirklich dieses Ziel in der nächsten Zeit zu erreichen? Denn andernfalls hätte diese Forderung berechtigterweise keinen Platz in einem Aktionsprogramm. Haben sich ferner die Verfasser des Programms und nach ihnen die Partei die Frage vorgelegt, ob in der Tat die Resultate, zu denen nach der Revolution die weitere Durchführung des Zentralismus geführt hat, wirklich so überwältigend gewesen sind, daß man diesen bis zu den letzten Grenzen durchführen zu müssen geglaubt hat? Föderalismus oder Zentralismus sind, wie alle politischen Erscheinungen, nicht Ziele an sich sondern nur dienende Mittel im Lebensprozeß eines Volkes. Wie steht es nun mit ihnen im Leben der Völker? Die Schweiz und die Vereinigten Staaten, um 2 große Extreme zu nennen, sind Föderationen. Auch das Deutsche Reich war ein Bundesstaat und hat als solcher den rapiden Aufstieg zu glänzender Blüte in der Zeit von 1871 bis 1914 durchlaufen. Ein starker Einheitsstaat ist Frankreich. Doch machen sich dort neuerdings wesentliche Tendenzen auf Abschwächung und Einschränkung des Zentralismusprinzips geltend; die Einverleibung Elsaß-Lothringens hat dieser "regionalistischen" Bewegung neue Kräfte zugeführt. Kann man mit dem Programm behaupten, daß allein Frankreich gut, weil Einheitsstaat, die übrigen Länder aber schlecht verwaltet sind, weil sie Bundesstaaten sind? Wird das Tausendjährige Reich in Deutschland kommen, wenn *ein* Reich und *ein* Reichstag die Länder und Landtage verschlingt und die übrigen staatlichen und kommunalen Verwaltungsbezirke gliedert, ihnen ihre Zuständigkeit zuweist und für ihre Verwaltungstätigkeit Grundsätze festsetzt? Glaubt man wirklich, daß in einer solchen Organisation starke Charaktere und große Intelligenzen es überhaupt aushalten, geschweige denn ihre richtige Wirksamkeit finden können? Muß nicht eine solche zentral gerichtete und kontrollierte Verwaltung der Tummelplatz des ödesten Subalternentums werden? Wie war es denn in der Militärverwaltung? Wir haben in Deutschland einen uralten Föderalismus, der sich ursprünglich auf den alten Stämmen der Völkerwanderung aufbaute. Wir brauchen die geschichtlichen Veränderungen hier nicht zu

verfolgen. Aber daß die aus der Napoléonischen Zeit stammenden Gebilde ein starkes Innenleben und engen Zusammenhang gewonnen haben, der nur zum Teil auf die alte Stammeszugehörigkeit, viel mehr auf das gemeinsame Leben fundiert ist, hat die Geschichte der Jahre nach der Revolution deutlich gezeigt. Und wenn nun einzelne dieser Länder die Burgen politischer Reaktion geworden sind, so folgt daraus doch nichts gegen den Föderalismus als solchen. Es war vor dem Krieg schon umgekehrt. Man vergißt eben ganz, daß auch in einem Einheitsstaat Reichstag und Regierung eine reaktionäre Mehrheit haben und von ihr beherrscht sein können. Sollten nicht die Erlebnisse dieses Jahres zu denken geben? Sollte man nicht jetzt zugeben, daß Bundesstaatlichkeit zum mindesten die gleichen Möglichkeiten freier Entwicklung bietet wie Einheitsstaatlichkeit?

Diese Bemerkungen können natürlich nicht die ganze Fülle der Fragen berühren, geschweige denn beantworten, die mit der Alternative "Einheits- oder Bundesstaat?" gegeben sind. Es kam nur darauf an die Relativität der Antworten, die hier möglich sind, scharf und deutlich herauszuheben.

Wie steht es nun aber mit den weiteren Punkten des Aktionsprogramms, die sich über die Selbstverwaltungskörper und ihr Verhältnis zum Reich aussprechen? Vor der Revolution hat die Partei sich mit aller Kraft für die Freiheit und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung eingesetzt. Hier in den Kommunen fand sie den Boden, auf dem sie praktisch arbeiten konnte, wo sie unmittelbar mit der Verwaltungsmaterie in Berührung kam und aus einem Objekt der Politik Subjekt wurde und als solches handelte. Vom Boden der Selbstverwaltung aus führte die Partei den Kampf gegen den Obrigkeitsstaat. Hier in der Selbstverwaltung war wenigstens ein Stück der Verwaltung durch das Volk oder wenigstens die durch das Volk unmittelbar gewählten Vertreter des Volkes gegeben. Das Ziel war daher auch diese Körperschaften in ihren Verhältnissen zum Staat möglichst frei und unabhängig zu stellen. Die staatliche Aufsicht sollte auf das unbedingt notwendige Minimum beschränkt werden. Die Autonomie der Selbstverwaltungskörper sollte im Rahmen ihres Gebiets so weit wie möglich gesteckt werden. Wie steht nun das Aktionsprogramm zu diesen alten Forderungen? Zunächst soll eine Reichsgemeindeordnung geschaffen werden, »einheitliches Recht« für »Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen«. Die Forderung ist nicht ganz klar. Soll damit ausgedrückt werden, daß die Unterschiede von Land zu Land durch das Reichsgesetz aufgehoben werden, oder soll auch für Gemeinden und Gemeindeverbände, also von Landgemeinde zu Stadtkreis und Provinz, das gleiche Recht gelten, sollen also alle diese verschiedenen Körperschaften ohne Unterschied ihrer Größe die gleiche Verfassung bekommen? Da das Einkammersystem für alle Selbstverwaltungskörper gefordert wird, muß wohl das letzte gelten. Man muß sich das Ungeheuerliche dieser Forderung etwas klar zu machen suchen. Es soll nicht nur eine vollständig neue Gliederung des gesamten Reichs in den Ländern und den darunter stehenden kleineren Gebietskörperschaften vorgenommen werden, sondern es soll auch die gesamte Verfassung der Gemeinden und Gemeindeverbände in einem einheitlichen Körper zusammengefaßt und außerdem noch das gesamte Material der Verwaltung wiederum für Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden wenigstens in seinen Grundzügen reichsgesetzlich geregelt werden. Wo ist der Herkules für diese Arbeit?

Und was wäre mit einer solchen ausschweifenden Vereinheitlichung gewonnen? Was bliebe dann schließlich für die Selbstverwaltungskörper übrig, die doch »im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze [wozu noch diese letzten?] selbständig und unter eigener Verantwortung« die Geschäfte führen sollen? Wo hören die Grundsätze der Verwaltung auf, und wo beginnen die örtlichen und provinziellen Besonderheiten? Die Reichsgesetzgebung unserer Zeit beweist zum Beispiel auf dem Gebiet des Steuerwesens, der Fürsorge usw., daß es bei der Aufstellung von Grundsätzen für die Tätigkeit der Selbstverwaltung keine Grenze gibt, und daß in diese beliebig selbst die feinsten Details aufgenommen werden können. Man lese nur die Reichsgrundsätze über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924. Und weshalb diese allgemeine Gleichmacherei? Glaubt man wirklich, um auf dem Gebiet der Fürsorge zu bleiben, daß man allen Bedürftigen heute eine ausreichende Fürsorge dadurch sichern könnte, wenn man von Reichs wegen bis ins einzelne gehende Vorschriften über Voraussetzung, Art und Maß der Fürsorge erläßt? Man glaubt es in der Tat aus dem Berge versetzenden Glauben an die Macht einheitlicher Reichsgesetze und Reichsgrundsätze. Und doch hat das Fiasko ungezählter, sicherlich sehr gut gemeinter Gesetze die alte Wahrheit bewiesen, daß ein Gesetz nur dann durchgeführt wird, wenn es den Auffassungen und der Geisteshaltung der großen Masse der Bevölkerung entspricht. Man täuscht sich sehr, wenn man glaubt diese durch Gesetze revolutionieren zu können. Daher wird auch die Autonomie der lokalen Selbstverwaltungskörper viel eher das Richtige treffen und die Garantie ihrer Durchführung in sich tragen als die Gesetzgebung des Reichs, weil sie es stets mit einer in ihren Auffassungen viel homogeneren Bevölkerung zu tun hat, und diese ihr bekannt sind.

Von welcher Seite auch immer wir die beiden Abschnitte des Aktionsprogramms betrachten mögen, es ergibt sich stets dies: Indem sie die Partei auf eine extrem zugespitzte, mit der ja so billigen logischen Konsequenz bis ins Absurde getriebene Einheitsstaatlichkeit festlegen, kann ihre politische Wirkung gefährlich, ja verhängnisvoll sein, wenn sie wirklich die Aktionen der Partei in der nächsten Zukunft maßgebend beeinflussen sollten.

## LUDWIG QUESSEL · DIE AUFERSTEHUNG DES RHEINPAKTS UND SEINE BEDROHUNG

**W**AS auch immer angelsächsischen Parolen folgende Preßorgane des In- und Auslands schreiben mögen, für den, der das Wesen der englischen Europapolitik erkannt hat, kann kein Zweifel daran bestehen, daß Locarno eine Niederlage Englands und ein Sieg der französischen Demokratie geworden ist. Das eigentliche Ziel der britischen Diplomatie bei der Einleitung der Rheinpaktpolitik war Deutschland "freie Hand" im Osten zu verschaffen. Dazu war eine Lockerung der französisch-polnisch-tschechischen Verteidigungsallianz notwendig. Frankreich sollte isoliert und seinen Verbündeten im Osten entfremdet werden. Zugleich sollte Locarno England aber auch möglichst frei machen von der Verpflichtung Frankreich seine Ostgrenze gegen deutschen Angriff zu sichern, die es in dem militärischen Garantievertrag vom 28. Juni 1919 übernommen hatte. Das konnte in Locarno nur insoweit erreicht werden, als

Deutschland und Italien sich zum Schutz der französischen Ostgrenze an die Seite Englands stellten, so daß die englische Garantieverpflichtung für London sehr viel von ihrer Gefährlichkeit verlor. Ganz gescheitert ist aber der Plan Englands Deutschland freie Bahn zu einem Ostkrieg zu verschaffen. Dank der zielbewußten Politik der französischen Demokratie sind in Locarno nicht nur keine den Frieden im Osten sichernde Mauern eingerissen worden, sondern der Locarnovertrag ist direkt zu einer Festung des Ostfriedens geworden. In dem Exposé über Locarno, das der polnische Außenminister Graf Skrzynski am 21. Oktober dem Auswärtigen Ausschuß des polnischen Reichstags vortrug, führte er hierüber nach dem Bericht des Wolffschen Telegraphenbureaus folgendes aus:

»Es ergibt sich jetzt die wichtige Frage, ob dieser Pakt nicht eine eiserne Barriere bildet, die in Zukunft Frankreich von dem übrigen Europa trennt, und ob Frankreich das Recht hat uns zu Hilfe zu kommen. Der Pakt sagt Ja, denn auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundssatzung kann Frankreich für den Fall, daß Polen von Deutschland angegriffen wird, uns zu Hilfe kommen. Was das neue polnisch-französische Bündnis betrifft, so muß gesagt werden, daß es die früher abgeschlossenen Verträge nicht annulliert. Die Aufgabe des deutsch-polnischen Schiedsvertrages ist es alle Rechtsstreitigkeiten durch obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, alle Interessengegensätze durch ein nicht verpflichtendes Schiedsverfahren aus dem Weg zu räumen. Es ist klar, daß Rechte, die sich aus bestehenden Verträgen ergeben, zum Beispiel der Besitz eines Landstrichs (Korridor, Ostoberschlesien) bei diesem Verfahren nicht zur Diskussion gestellt werden kann, denn die internationalen Tribunale sind für Abänderung der bestehenden Verträge nicht zuständig, und auch das Schlichtungsverfahren kann nicht zur Änderung eines grundlegenden Rechts irgendeines Staates ohne beiderseitige Zustimmung führen. Niemand fuhr nach Locarno, um irgend jemand zu besiegen. Es wäre Zeit, die Menschheit lernte, daß man das Wohl des einen Staates nicht auf das Unheil des andern gründen kann. Wir fanden in Locarno volles Verständnis für unsern Standpunkt bei Chamberlain. Wir erreichten außerdem die Verstärkung unseres Bündnisses mit Frankreich. Die Friedensdiskussion war notwendig, um von vornherein den französischen Soldaten zu überzeugen, daß die verantwortlichen Männer stets alles tun, um einen Krieg zu verhindern. In Locarno wurde eine politische und moralische Festung errichtet, die zur Vermehrung der Sicherheit des polnischen Staates beiträgt.«

Abgesehen von dem Satz, daß Polen bei Chamberlain »volles Verständnis« für seinen Standpunkt gefunden, der eine Höflichkeitsfloskel gegenüber England darstellt und nichts mehr, gibt Skrzynskis Exposé treffend und klar die Regelung wieder, die die Ostfragen in den Locarneser Verträgen gefunden haben. Nicht die Absicht Englands Deutschland freie Hand zu einem östlichen Revanchekrieg zu verschaffen gelangte zum Sieg, sondern der Wille der französischen Demokratie mit dem Frieden am Rhein zugleich auch den Frieden an der Weichsel zu sichern.

Angesichts der Niederlage, die die englische Europapolitik in Locarno erfuhr, mußte man damit rechnen, daß London alles aufbieten würde, um das Vertragswerk von Locarno zum Scheitern zu bringen. Sollte dies gelingen, so mußte zunächst durch eine geschickte Regie die diplomatische Niederlage in einen diplomatischen Sieg Englands verwandelt werden. Die konservative Kritik an dem Locarneser Vertragswerk verstummte denn auch auf einen Wink des Foreign Office sehr schnell. Dafür setzte das liberale Lob um so stürmischer ein. Selten ist ein Staatsmann für eine diplomatische Aktion so gefeiert worden wie Austen Chamberlain nach seiner Rückkehr aus Locarno in London. Diese Stellungnahme der englischen Presse ließ keinen Zweifel daran, daß das Foreign Office es nicht für erträglich hielt die kon-

tinentalen Friedenssicherung der Locarneser Verträge ähnlich zu behandeln wie die des Genfer Protokolls, das heißt sie offen durch einen Fußtritt auf den diplomatischen Kehrlichthauen zu werfen. Man fühlte in London, daß das englische Prestige in der alten Welt eine solche Belastungsprobe nicht mehr aushält. Was England nicht wagen konnte, mußte also dem heimlichen Alliierten auf dem Kontinent zugeschoben werden. Wie das Genfer Protokoll durch eine Unterhaus- und Kabinettskrise mit sich anschließenden Neuwahlen in England beseitigt wurde, so sollte jetzt das Locarneser Vertragswerk durch eine Reichstags- und Kabinettskrise mit sich anschließenden Neuwahlen in Deutschland vernichtet werden.

**S**EIT dem 16. Oktober, als in Locarno die Paraphierung des Schlußprotokolls vollzogen wurde, das einen Mantelvertrag für den »Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien« (Rheinpakt) und die »Schiedsabkommen« Deutschlands mit Belgien, Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei darstellt, haben sich in Deutschland Vorgänge abgespielt, die die Annahme der Locarnoerträge in diesem Reichstag in Frage stellen. Es ist interessant und lehrreich die Vorgänge in ihrer Zeitfolge auf sich wirken zu lassen. Als am 20. Oktober die Locarneser Verträge vom Wolffschen Telegraphenbureau in ihrem Wortlaut bekannt gegeben wurden, lag bereits die Kampfansage der Deutschvölkischen gegen das Werk von Locarno vor, die unter der Parole "Kampf dem Stresemann!" ausgegeben und mit den Worten motiviert wurde, daß ein Mensch, der an Stresemanns Stelle für Frankreich etwas Ähnliches unterschrieben hätte, nach seiner Rückkunft in Paris »wie ein Hund erschlagen« worden wäre. Politisch fiel diese Kampfansage allerdings nicht schwer ins Gewicht, weil die Deutschvölkischen von den 493 Sitzen dieses Reichstags nur 14 innehaben. Als Symptom der Stimmung in den nationalistischen Kreisen Deutschlands war dagegen ihre Bedeutung nicht gering anzuschlagen. Immerhin, am 20. Oktober umfaßte die Schar der Abgeordneten, von denen man wußte, daß sie bei der Abstimmung über die Locarneser Verträge bestimmt eine rote Neinkarte abgeben würden, erst 14 deutschvölkische und 45 kommunistische Stimmen. Aber schon am nächsten Tag waren Anzeichen für eine starke Erweiterung der Gegnerschaft gegen das Werk von Locarno zu bemerken. Deutschnationale Organe, die sich bisher bei der Kritik der Locarneser Vorgänge sehr zurückgehalten hatten, begannen jetzt von einer »Schmach von Locarno« und einem »dritten Versailles« zu schreiben. Die miternächtliche Fraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei vom 21. und 22. Oktober enthüllte einen krisenhaften Zustand innerhalb der stärksten Regierungspartei, der es sehr zweifelhaft erscheinen ließ, ob die 111 deutschnationalen Stimmen für das Locarneser Vertragswerk zu haben sein würden. Die Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 23. Oktober, die von Graf Westarp im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags verlesen wurde, vertiefte stark diesen Eindruck, weil sie besagt, daß »die Fraktion die Erfüllung der Voraussetzungen für einen Vertragsschluß sowie die Gegenleistungen der anderen Beteiligten vermißt« und überhaupt »keinem Vertrag zustimmen wird . . . der den Verzicht auf deutsches Land und Volk nicht ausschließt«. Die sozialdemokratische Presse legte sich diese Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion dahin aus, daß die Regierung Luther unter »Drohung mit der roten

Neinkarte« von den Deutschnationalen aufgefordert werde mit den Westmächten neue Verhandlungen einzuleiten, was natürlich zu einem Scheitern des Vertragswerks von Locarno hätte führen müssen. Schon der nächste Tag zeigte, daß das Kabinett Luther diese Taktik ablehnte, aber er offenbarte uns auch, daß sich die hinter Luther stehende Koalition in voller Auflösung befand. Entgegen der Auffassung des Sozialdemokratischen Pressedienstes, daß sich ein Umfall der deutschnationalen Reichstagsfraktion zu 50 % vorbereite, um ein Verbleiben der Deutschnationalen »an der Futterkrippe« zu ermöglichen, ergab der unter der Einwirkung der deutschnationalen Landesparteivorsitzenden gefaßte Beschluß der Fraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei vom 25. Oktober die Zurückziehung der deutschnationalen Minister aus dem Kabinett Luther, womit gleichzeitig in eindeutiger und unwiderruflicher Weise auch zum Ausdruck gebracht wurde, daß sich zu den 14 völkischen und 45 kommunistischen Neinstimmen noch 111 deutschnationale Neinstimmen bei der Abstimmung über die Locarno-verträge gesellen würden. Damit war eine neue Situation geschaffen. Eine Gefährdung des Locarneser Vertragswerks stellte aber das Abschwanken der Deutschnationalen zu den Deutschvölkischen und Kommunisten trotzdem noch nicht dar, weil die jetzt vorhandenen 170 Neinstimmen zwar eine sehr starke Opposition gegen die Verträge in Aussicht stellen, aber nicht ausreichen sie zum Scheitern zu bringen. In diesem Reichstag beträgt die einfache Mehrheit 247 Stimmen. Um das in den Sozialistischen Monatsheften schon im August angekündigte Begräbnis des Rheinpakts zu vollziehen, war weiterer Stimmenzuwachs notwendig, der zunächst nicht vorhanden zu sein schien. Wer sich jedoch die Betrachtungen, die der Vorwärts an die Zurückziehung der deutschnationalen Minister knüpfte, genauer ansah, konnte schon am 26. Oktober feststellen, daß eine Mehrheit für den Rheinpakt in diesem Reichstag nicht mehr vorhanden war. In diesen Betrachtungen kam nämlich zum Ausdruck, daß die Sozialdemokratie den Deutschnationalen »keine Ferien von der Verantwortung geben« werde, was natürlich nichts anderes bedeuten konnte als die einstweilen noch unklar gehaltene Ankündigung, die Sozialdemokratie werde, wenn die Deutschnationalen rote Neinkarten abgeben, das selbe tun, um entweder die Deutschnationalen doch noch zu einem Ja zu veranlassen oder den Reichskanzler und den Reichspräsidenten zu zwingen den Reichstag aufzulösen. Nach dem Beschluß des Vorstands der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kann die Sozialdemokratie »nicht daran denken die Deutschnationalen aus der Verantwortung zu entlassen und in diesem Reichstag den Vertrag von Locarno . . . gegen die deutschnationalen Stimmen zu ratifizieren«. Die Anzahl der Neinstimmen gegen das Werk von Locarno erhöht sich durch diesen Beschluß von 170 auf 300. Die Ablehnung der Verträge mit nahezu Zweidrittelmehrheit in diesem Reichstag scheint also sicher, da die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Stellungnahme ihres Vorstands bestätigt hat. Die deutschnationalen Politiker werden voraussichtlich bei ihrem grundsätzlichen Nein bestehen bleiben. Eine andere Frage ist, ob sie sich nicht zu einem taktischen Ja entscheiden könnten, um die von der Sozialdemokratie erstrebte Auflösung des Reichstags zu verhindern. Sofern nämlich die Deutschnationalen, dem sozialdemokratischen Vorbild folgend, umgekehrt, ein rein taktisches Ja sagen, um dem Reichspräsidenten die rechtliche Handhabe zu bieten einen Volksentscheid über Locarno anzuordnen,



wäre die Auflösung des Reichstags verhindert. Beim Kampf um den Volksentscheid über Locarno könnten die Deutschnationalen, trotz ihrem taktischen Ja im Reichstag, für die Verwerfung der Verträge mit aller Kraft eintreten, wie ja auch die Sozialdemokratie in diesem Fall, ungeachtet ihres taktischen Neins im Reichstag, beim Volksentscheid für die Annahme der Verträge eintreten müßte. Man begreift bei dieser Sachlage, daß in deutschnationalen Kreisen die Frage ventilert wird, ob man nicht guttäte der von der Sozialdemokratie verlangten Volksbefragung durch Reichstagsauflösung die Volksbefragung durch Referendum entgegenzustellen.



WENN nun das Begräbnis des Rheinpakts in diesem Reichstag auf die eine oder andere Art vollzogen wird, erhebt sich die Frage, welche Aussichten für seine Exhumierung im nächsten Reichstag gegeben sind. Ob eine solche Exhumierung überhaupt vorgenommen werden kann, hängt nicht von irgendeiner Partei sondern vom Reichspräsidenten ab. Dieser kann sich mit dem ablehnenden Votum des Reichstags abfinden und den auswärtigen Mächten durch das Auswärtige Amt die Ablehnung der Verträge von Locarno einfach notifizieren, ohne zu einer Reichstagsauflösung zu schreiten. Er kann aber auch, wenn es ihm Ernst mit der rücksichtslosen Verfolgung der Paktspolitik gegenüber der nationalistischen Opposition ist, unter Berufung auf Artikel 25 der Verfassung (»Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß«) den Reichstag auflösen.

Die sozialdemokratische Presse hält es für selbstverständlich, daß der Reichspräsident so und nicht anders handeln wird. Ist ihre Auffassung richtig, so stehen wir vor Neuwahlen. Was diese uns bringen werden, weiß niemand. Sowohl in Zentrums- wie in demokratischen Kreisen sind die Wahlaussichten erörtert worden. Man hat eine Wahrscheinlichkeitsrechnung auf Grund der badischen Landtagswahlen und der Berliner Stadtverordnetenwahlen aufgestellt. Gehen die Reichstagswahlen nach dem Vorbild der badischen Landtagswahlen vom 25. Oktober aus, so wird der neue Reichstag so ziemlich das selbe Gesicht zeigen wie der alte; ergeben sie aber ein Resultat ähnlich dem Ergebnis der Berliner Stadtverordnetenwahlen vom selben Tag, so wird sich der Anteil der Deutschnationalen an den abgegebenen Stimmen um 3 %, der der antisemitischen Gruppen um 0,8 % erniedrigen, dafür aber der der Kommunisten um 2 % erhöhen. Ob eine solche Verschiebung des Anteils an den abgegebenen Stimmen im Reich ausreichen wird die Kleine Koalition in den Sattel zu heben, scheint den bürgerlichen Parteien immerhin zweifelhaft. Es fehlen der Kleinen Koalition an der einfachen Mehrheit in diesem Reichstag 15 Stimmen. Um regieren zu können, braucht eine Mehrheit aber nicht nur eine einzige Stimme mehr als ihre Gegner sondern gut 20 Stimmen, um auch bei zufälliger schwacher Besetzung der Sitze der Regierungsparteien infolge von Krankheit oder Unabkömmlichkeit ihrer Mitglieder sich immer noch gegen die Opposition behaupten zu können. Die Kleine Koalition, die ausreichende Sicherheit für die Wiederbelebung des von diesem Reichstag begrabenen Locarno-Vertrags im neuen Reichstag böte, müßte sich also im Wahlkampf mindestens 30 neue Sitze erobern, was angesichts des nicht unbeträchtlichen Aufschwungs der kommunistischen Stimmen in Groß Berlin nicht gerade sehr wahrscheinlich sei. Nur sehr starke Erfolge im

Wahlkampf könnten also dahin führen, daß die Sozialdemokratie gegenüber einem Kabinett der Kleinen Koalition im nächsten Reichstag dem Locarnovertrag zustimmen könne. Sei sie aber bereit dies auch einem Kabinett der Großen Koalition gegenüber zu tun, so wären Neuwahlen nach jeder Richtung hin überflüssig. Denn die Verhältnisse für die Errichtung eines Kabinetts der Großen Koalition würden im neuen Reichstag ganz gewiß nicht wesentlich günstiger liegen als im gegenwärtigen. Wenn die volksparteiliche Provinzpresse die Stimmung ihrer Leser richtig wiedergibt, ist der Gedanke der Großen Koalition in der Deutschen Volkspartei heute ganz unpopulär. Es wird in den volksparteilichen Zeitungen daran erinnert, daß »die Große Koalition schon nach 3 Monaten sich totgelaufen« hatte, während »die Rechtsregierung schon 10 Monate im Amte« sei, um dann vor der Wiederholung dieses schon einmal mißglückten Experiments wie folgt zu warnen: »Darüber kann doch kein Zweifel sein, daß die Sozialdemokraten, sobald sie einmal in der Regierung sind, alles tun werden, um die Steuergesetzgebung ebenso wie die Zolltarife auf Kosten der deutschen Wirtschaft rückwärts zu revidieren. Selbst also, wenn die Deutsche Volkspartei den politischen Willen zu einem Zusammenarbeiten mit den Sozialdemokraten hätte, so würde niemand in der Lage sein diese Quadratur des Zirkels zu lösen, denn eine Koalition kann nur auf ein bestimmtes Programm zu arbeiten beginnen, und man kann sich ein innerpolitisches Programm (auch nur für die Dauer von 4 Wochen), in dem die Deutsche Volkspartei und Sozialdemokraten sich finden, schlechterdings nicht vorstellen. Für die Rückkehr zur Großen Koalition fehlen die notwendigsten Voraussetzungen. Wir glauben deshalb auch nicht, daß die Volkspartei eine solche Kombination ernsthaft in Erwägung zieht.«

Kann die Abneigung der volksparteilichen Kreise gegen die Große Koalition überwunden werden, so jedenfalls in diesem Reichstag leichter als im zukünftigen. Komme die Große Koalition also in diesem Reichstag nicht zustande, so werde die Sozialdemokratie schwerlich in die Lage kommen ein Kabinett der Großen Koalition im neuen Reichstag unterstützen zu können.

Die Ansicht der bürgerlichen Parteien geht also dahin: Ein Sieg der Parteien der Kleinen Koalition von der Größe, daß ein Kabinett der Weimarer Koalition aufgerichtet werden könnte, ist ungewiß, da dies für jede Koalition einen relativen Stimmenzuwachs von nahezu 2 Millionen erfordert. Die Bildung eines Kabinetts der Großen Koalition werde an der innenpolitischen Abneigung der Deutschen Volkspartei vor der Sozialdemokratie voraussichtlich auch im neuen Reichstag scheitern. Mithin spreche die größere Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Sozialdemokratie Ende Januar 1926 vor der selben Entscheidung stehen werde wie Ende Oktober 1925: entweder gegenüber einem rechtsgerichteten Kabinett, das die Deutschnationalen für 4 Wochen von der Verantwortung freiläßt, dem Locarnovertrag zuzustimmen oder ihn (dann endgültig) durch Neinkarten zu Fall zu bringen.

Im Gegensatz zu der bürgerlichen Auffassung rechnet man in sozialdemokratischen Kreisen mit einem durchschlagenden Wahlerfolg, der in Deutschland einen ähnlichen Umschwung bewirken werde wie ihn die Wahlen des 11. Mai 1924 in Frankreich gebracht haben. Dieser Optimismus wird in Frankreich vorderhand nicht geteilt. Man sieht dort vielmehr in neuen Reichtagswahlen einen Sprung ins Dunkle und hält das Vertragswerk von Locarno jedenfalls für gefährdet. Die erste Stimme aus Frankreich, die mahnend zu uns herüber klang, ging vom Quai d'Orsay aus. Am 30. Oktober antwortete der Temps auf die Resolution des sozialdemokrati-

schen Fraktionsvorstands den Rheinpakt in diesem Reichstag abzulehnen, um Neuwahlen zur Herbeiführung eines Kabinetts der Kleinen Koalition zu erzwingen, mit folgender Warnung:

»Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei ist noch weniger politisch [als die der Deutschnationalen]. Man begreift nicht, daß Demokraten, die sich als glühende Anhänger des Friedens und der Versöhnung der Völker ausgeben (s'affirmer), ihre Zustimmung zu einem Vertrag, der nach ihrer eigenen Anerkenntnis einen Erfolg ihrer auswärtigen Politik darstellt, den unmittelbaren Interessen ihrer Partei unterordnen wollen. Unter besonders schwierigen Umständen die ganze Zukunft des europäischen Friedens auf eine so zweifelhafte Karte wie die einer Volksbefragung durch Neuwahlen setzen wollen heißt einer Verirrung anheimfallen; denn selbst wenn die Neuwahlen der Sozialdemokratie den Gewinn einiger Sitze verschaffen sollten, ist es doch wenig wahrscheinlich, daß sie ernsthaft die parlamentarische Position der Nationalisten schwächen werden. Wenn man durchaus den Rechtsparteien Zwang antun will und die Annahme der Verträge von Locarno mit der ganzen Autorität, die ihr eine glänzende Bestätigung des Volkswillens geben könnte, sichern will, wäre es logischer zu einem Volksentscheid, den der Reichspräsident herbeizuführen das Recht hat, seine Zuflucht zu nehmen.«

Der letzte Satz der offiziellen Warnung des Kabinetts Painlevé an die Adresse der deutschen Sozialdemokratie bedarf einer Ergänzung und Richtigstellung. Geht das Begräbnis des Rheinpakts in diesem Reichstag so vor sich, wie es von rechts und links geplant wird, so steht dem Reichspräsidenten kein Recht zur Volksbefragung zu. Eine Vorlage, die vom Reichstag abgelehnt ist, kann vom Reichspräsidenten nicht dem Volksentscheid unterbreitet werden. Um zu einem Volksentscheid auf Anordnung des Reichspräsidenten zu gelangen, müßten, im Gegenteil, die Verträge vom Reichstag zuerst angenommen werden, weil das Recht des Reichspräsidenten zur Herbeiführung eines Referendums von den Vätern der Weimarer Verfassung als Veto gegen positive Beschlüsse des Reichstags konstruiert ist. Die sozialdemokratische Taktik versperrt dem Reichspräsidenten den Weg des Referendums und erwartet alles von einem Wahlsieg der Parteien der Kleinen Koalition. Der Volksentscheid kommt für sie nur in Frage, wenn die Locarno-verträge im Reichstag abgelehnt werden, und der Reichspräsident es bei dieser Ablehnung bewenden ließe. Dann bleibt der Rettungsweg des Artikels 73 der Reichsverfassung offen, der besagt, daß ein Volksentscheid auch herbeigeführt werden muß, »wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten das Begehren nach Vorlegung eines Gesetzentwurfes stellt«. Die Anzahl der Stimmberechtigten wird sich auf 40 Millionen belaufen, so daß 4 Millionen Stimmberechtigte zur Herbeiführung eines Volksentscheids aufgeboten werden müssen. Der Apparat ist so schwerfällig, daß volksparteiliche Organe sich veranlaßt sehen den Gedanken den Volksentscheid zur Rettung des Vertragswerk von Locarno zu benutzen als »absurd« abzutun.

**M**AG sich nun das Schicksal des Rheinpakts gestalten wie auch immer, notwendig bleibt es darauf hinzuweisen, daß die Entscheidung über die Zukunft Europas in Locarno nicht gefallen ist. Das Vertragswerk von Locarno ist vorläufig nur ein Rahmen, zu dem das Bild noch gemalt werden soll. Daß die Locarner Verträge eher eine Niederlage als einen Sieg Englands darstellen, ist schon gesagt worden. An diesem Tatbestand kann weder der Jubel, mit dem Austen Chamberlain in London empfangen wurde, noch die Bemühung der anglophilen Presse in Deutschland zu beweisen, daß auch in Locarno die englische Politik wieder einmal recht behalten habe, etwas ändern.

Die Ziele, die die englische Politik in Locarno verfolgte, sind systematisch und erschöpfend in den Bedingungen der Deutschnationalen Partei wiedergegeben, die die Telegraphenunion uns am 30. Oktober enthüllte. Diese »Bedingungen« sind im Grunde ein rein englisches Programm. Deutschland sollte durch die Zustimmung zum Westpakt freie Hand im Osten erhalten. Später dann, nach dem Ostkrieg, konnte Frankreich an die Reihe kommen, und zwar auf die höchst einfache Art, daß durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund wieder der ganze Westpakt hinfällig wird. Natürlich hat beides nur einen Sinn, wenn eben England auf deutscher Seite steht, das heißt also die Entscheidung über den Krieg an der Weichsel und später am Rhein in der Hand Englands liegt. Das bedeutet die Äternisierung der Balance of power-Politik. Da dieser Plan in Locarno nicht gelungen ist, so verweigern jetzt die Deutschnationalen konsequent ihre Zustimmung und glauben sich des Einverständnisses mit England gewiß. Es ist auch ein sehr kluger Akt der Prestigepolitik Englands, daß die Schlußunterzeichnung im Dezember in London stattfinden soll. Also die Regie ist gut. Aber wie steht es mit dem Stück selbst?

Betrachten wir einmal ganz nüchtern die Verträge, wie sie vorliegen, so steht das eine fest: Es ist England nicht gelungen den Osten aus den Verträgen herauszuwerfen. Faktisch steht der Osten jetzt unter der starken Garantie Frankreichs. Er ist sogar noch enger an Frankreich angeschlossen als vorher. Denn nachdem Deutschland die Garantie Frankreichs im polnischen Abkommen abgelehnt hat, eine Garantie, die formell Deutschland ebenso gegen Polen schützen sollte, wie Polen gegen Deutschland, ist nur noch der einseitige Schutz Polens gegen Deutschland übriggeblieben. Frankreich hat in Locarno sehr gut operiert. Der von England inspirierte und von Deutschland eingebrachte Sicherheitsvorschlag ist nach seiner Umgestaltung, wenn man die gesamten Abkommen von Locarno als eine geistige Einheit nimmt (und Frankreich ist fest entschlossen und hat auch die Machtmittel von dieser Einheit nichts abbröckeln zu lassen), ernst genommen, ein System, das jede gewaltsame Änderung der europäischen Konstellation ausschließt und damit die kontinentaleuropäische Konzentrationstendenz unter Frankreichs Führung anerkennt und stärkt. Natürlich hat das Ganze nur Sinn, wenn Deutschland wirklich willens ist den Vertrag wörtlich auszuführen. Dazu gehört aber die kontinentaleuropäische Zusammenarbeit, im speziellen das Zusammengehen mit Frankreich. Es ist kein Zweifel, daß England, wenn die Locarner Abkommen wider seinen Willen nicht begraben werden sollten, genau das Gegenteil mit ihnen zu bewirken gedenkt. Es entsteht nun wieder die Alternative, und jetzt schärfer als jemals: Entscheidet sich Deutschland für Europa, so geht es mit Frankreich zusammen, und die englische Balance of power-Politik hat ausgespielt; England ist dann trotz seiner Garantenrolle in dem Locarner Abkommen auf dem Kontinent nicht von entscheidender Bedeutung. Entscheidet sich Deutschland gegen Europa, für England, so ermöglicht es England auf Grund der Locarner Abkommen den Anspruch auf die Rolle eines arbiters Europae zu erheben. Anspruch auf eine Rolle ist freilich noch nicht identisch mit Spielen der Rolle. Über diese Rollenbesetzung auf dem europäischen Theater haben auch Frankreich und seine Alliierten noch ein Wort mitzureden. Daß Frankreich und seine Alliierten England das Amt eines Schiedsrichters in

Europa nicht zuerkennen können, ist angesichts der Tatsache, daß das englische Schiedsrichteramt ja die Herstellung zweier feindlichen, jederzeit zum Krieg bereiten Staatengruppen in sich schließt, selbstverständlich. Befriedung Europas und englisches Gleichgewichtssystem sind Gegensätze, die mit einander nicht versöhnt werden können. Wendet sich Deutschland von der englischen Politik ab, so bieten die Locarneser Verträge eine gesicherte Grundlage für die schiedsgerichtliche Austragung aller Völkergegensätze. Die Entscheidung über Krieg und Frieden in Europa liegt jetzt bei Deutschland. Die Annahme der Locarneser Verträge ist dazu der erste Schritt.

Die Änderung der Gesamtrichtung der deutschen Politik muß folgen, wenn dieser erste Schritt sich für Europas Zukunft heilsam auswirken soll. Es muß eine Reihe weiterer, konsequenter Handlungen den Grund zu einer europäischen Zoll- und Verkehrsunion legen, die die ökonomische Fundamentierung des Vereinigten europäischen Kontinents zu bilden hat, zu dem sich in diesen Tagen zwei kontinentaleuropäische Staatsmänner von hohem Rang: Aristide Briand und Thomas Garrigue Masaryk, als zu dem unverrückbaren Ziel ihrer Politik von neuem bekannt haben.

## WOLFGANG HEINE · DIE SOZIALDEMOKRATIE FÜR DIE FREIHEIT DER KUNST



ALS wir im Jahr 1900 in heftigen parlamentarischen Kämpfen, bei denen wir zum erstenmal zum Mittel der Obstruktion greifen mußten<sup>1</sup>, die Lex Heinze abgeschlagen hatten, stellte Hans Delbrück in der Preußischen Jahrbüchern die Tatsache fest, daß dieser Sieg der Sozialdemokratie zu verdanken wäre, und die deutsche Bildung wie der deutsche Idealismus sich nicht aus eigener Kraft hätten behaupten können. Er bekannte:

»Die allgemeine Erregung der literarischen und künstlerischen Kreise in Deutschland gab den unentbehrlichen Untergrund ab, aber den Sieg verlieh erst die Entschlossenheit und taktische Geschicklichkeit der sozialdemokratischen Fraktion. Kunst, Wissenschaft und Bildung haben sich in Deutschland unter die Fittiche der Sozialdemokratie flüchten müssen . . . Wir sind so weit diese Partei schon gar nicht mehr entbehren zu können.«

In manchen Kreisen unserer Partei wurde dieses Eintreten für die Freiheit der Kunst mit gewissen Bedenken angesehen. Man sagte sich, daß die Literaten im Augenblick der Sozialdemokratie danken, aber sehr bald wieder in das alte Geschrei gegen den Umsturz verfallen würden. Ungefähr so kam es dann auch später; freilich nicht ohne die Einwirkung der seit 1903 in der Partei getriebenen Hetze gegen die Akademiker. Die Führer der Partei in den Kämpfen um die Lex Heinze haben sich darüber auch nicht getäuscht; aber darauf mußten sie es ankommen lassen, denn sie fochten der Sache wegen, nicht aus Parteiinteresse. Anerkennen muß man auch, daß einer Partei, die fortwährend in erbitterten Kämpfen um ihre Existenz und das Recht ihrer Überzeugung steht, das Verständnis für Kunst und Wissenschaft nicht erleichtert wird, solange diese wesentlich auf dem Boden der Kultur der bekämpften herrschenden Klasse erwachsen, von der die meisten ihrer Anhänger ausgeschlossen sind.

<sup>1</sup>) Siehe Heine Obstruktion und Nach der Schlacht, in den Sozialistischen Monatsheften 1900 Seite 161 und folgende und 299 und folgende.

Bei der Sozialdemokratie kam noch die falsche Ausdeutung des Grundgedankens der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung dazu, die *nur* Klassen- und Interessenkämpfe gelten lassen wollte. So ist es zu begreifen, daß man in den achtziger Jahren in der Sozialdemokratie gelegentlich hören konnte, Kunst wäre nichts als bürgerliche Verweichlichung und Entartung. Aus dieser Wurzel stammte auch die von Demagogen immer wieder verbreitete Behauptung, es gäbe eine "bürgerliche" und eine "proletarische" Wissenschaft und Kunst, die nicht das Geringste mit einander gemein hätten. Diese Kinderkrankheiten sind überwunden. Von der Sozialdemokratie ist die Volksbühnenbewegung ausgegangen, die gerade die arbeitende Klasse als die Trägerin eines neuen geistigen Lebens in engster Verbindung mit der Kunst zu halten bemüht ist. Die deutsche Sozialdemokratie ist auch weit davon entfernt, mindestens längst darüber hinaus, als Kunst vornehmlich die Gestaltung ihrer politischen und sozialen Tendenzen zu werten. Kunst ist den Sozialisten ein Ausdruck des sozialen Lebens, des heutigen sowohl wie der in der Gegenwart liegenden Keime eines zukünftigen. Sehnsucht und Leiden, Begehren und Erfüllung der Gemeinschaft, der fertigen und der werdenden, sprechen sich in ihr aus, in Formen und Gestalten, wie die mit und gegen einander wirkenden gesellschaftlichen Kräfte sie erzeugen, aber stets als Ausdruck der Seele ihrer Zeit, die bei all ihren Zerrissenheiten zur Einheit strebt. Deshalb ist die Kunst national, ja recht eigentlich ein Teil dessen, was aus der geschichtlich entstandenen oder staatlich gebundenen Volksgemeinschaft eine Kulturgemeinschaft, das heißt eine Nation macht. Aber sie ist zugleich übernational wie alles geistige Leben: sie ist revolutionär und schöpft doch aus den dauernden Tiefen der menschlichen Natur, die nicht vom Tag abhängen. Künstlerische Schöpfung jedoch ist nur möglich durch die ungebundene Kraft der freien künstlerischen Persönlichkeit, in der das Werden des Geistes Bewußtsein und Ausdruck findet. Denn der Künstler, der stärker und früher empfindet, soll seiner Zeit versprechen, nicht nachlaufen. Wer nur sagen wollte, was alle sagen, wäre noch nicht einmal Journalist, geschweige denn Schöpfer.

Die Kunst hat stets die selben Feinde gehabt wie jedes neue Werden, auch das politische. Die Machtansprüche herrschender Klassen oder des Staates und seines Beamtentums, der Druck der Überlieferung, die geistige Schwerfälligkeit und Gehässigkeit der Philister sind gegen alles Neue unerbittlich und unbelehrbar. Solche Gegner sind unsterblich. Deshalb führen wir die selben Kämpfe für die Kunst heute noch wie vor einem Vierteljahrhundert, und kein Sieg wird sie endgültig beenden. In der Republik sind diese geistesfeindlichen Kräfte fast noch stärker als im Obrigkeitsstaat, der allmählich in solchen Dingen dem Gespött verfallen war. Die Pflicht aber das Haus, das das deutsche Volk sich erbaut hat, von Spinnweben und Ungeziefer reinzuhalten, ist für uns nur noch zwingender als dem alten Zwangsstaat gegenüber. Verkleidete sich vor der Revolution das ewig Gestrige gern dynastisch und staatsreu, so wird es jetzt nur um so gefährlicher, wenn es sich als sozial oder als demokratisch verummmt, um die Zeit zu täuschen. Wir stehen heute Anschlägen gegen die geistige Freiheit in Kunst und Wissenschaft gegenüber, die gefährlicher sind als vor einem Vierteljahrhundert die der Lex Heinze.

Mit erfreulichem Ernst hat sich die Sozialdemokratie im preußischen Landtag gegen den Versuch des Reichsministeriums des Innern gewendet, das, um angeblich die Jugend vor Schmutz und Schund und vor gefahrdrohenden Vergnügungen zu schützen, eine neue Art von Polizeiwillkür gegen geistiges Schaffen einführen will. Dies ist um so wichtiger, als nicht gelegnet werden kann, daß unsere Partei im Reichstag nicht immer genügend auf dem Posten gewesen ist, und daß namentlich auch Sozialdemokraten der Durchbrechung des allgemeinen Zensurverbots in Artikel 118 Absatz 2 der Reichsverfassung zugestimmt haben.

Es fing mit der Filmzensur an. Darauf folgte im Jahr 1921 ein Gesetzesentwurf des Sachverständigen für Unsittlichkeit, des Professors Karl Brunner. Treibende Kräfte waren außer Brunner der Reichstagsabgeordnete Mumm und der Staatssekretär Lewald, der anfangs noch im Reichsministerium des Innern tätig war, und ihnen gleichgesinnte Kreise. Die Widerstände, die, von sozialdemokratischer Seite wachgerufen, sich in den Organisationen von Literatur und Kunst erhoben, hatten Erfolg; der Entwurf wurde trotz der rührigen Werbetätigkeit Brunners abgelehnt. Dieser Apostel des Philistertums hatte Geschmack daran gefunden fortwährend herumzureisen, harmlosen Leuten von der unzüchtigen Literatur zu erzählen und ihnen graulich zu machen. So hatte er auch die Zustimmung einer Anzahl von Prüfungsausschüssen für Jugendschriften, von Lehrervereinen, Jugendämtern, Frauenbünden, Lesehallen usw. gewonnen, lauter wohlmeinenden und nicht durchaus reaktionären Organisationen, die zum großen Teil nur ahnungslos über die Tragweite der Brunnerschen Vorschläge waren. Diese Treibereien in und außer den Parlamenten wurden fortgesetzt, und der Reichsminister Schiele glaubte nun die Zeit gekommen das, was 1921 mißlungen war, in einer viel gefährlicheren Form durchzusetzen. Er hat neuerdings Entwürfe zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften und zum Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten dem Reichstag vorgelegt. Wieder findet er dabei Hilfe von einer Seite, der man es nicht zutrauen würde. Auf der Tagung des Bundes deutscher Frauenvereine in Dresden im Oktober 1925 wurden nicht nur die Schieleschen Gesetze gebilligt sondern noch Erweiterungen gefordert, ganz offenbar, ohne daß die Beteiligten geahnt haben, welche Folgen sich daraus gegen die Freiheit des geistigen Lebens ergeben.

Es ist notwendig sich an der Hand der verschiedenen Entwürfe klarzumachen, wie die Ansprüche der geheimen und offenen Geistesfeinde, die hier mit dem Interesse der Jugend bemäntelt werden, sich von Jahr zu Jahr steigern. Im Lichtspielgesetz vom 12. Mai 1920 heißt es noch:

»Die Zulassung eines Bildstreifens ist zu versagen, wenn dessen Vorführung geeignet ist die öffentliche Ordnung oder Sicherheit zu gefährden, das religiöse Empfinden zu verletzen, verrohend oder entsittlichend zu wirken, das deutsche Ansehen oder die Beziehungen Deutschlands zu auswärtigen Staaten zu gefährden. Die Zulassung darf wegen einer politischen, sozialen, religiösen, ethischen oder Weltanschauungstendenz als solcher nicht versagt werden. Von der Vorführung vor Jugendlichen sind außerdem Bildstreifen auszuschließen, von welchen eine schädliche Einwirkung auf die sittliche, geistige oder gesundheitliche Entwicklung oder eine Überreizung der Phantasie der Jugendlichen zu besorgen ist.«

Brunner ging in seinem Entwurf von 1921 schon ein Stück weiter. Er wollte als »Schmutz- und Schundschriften« definieren: Schriften ohne künstlerischen oder wissenschaftlichen Wert, von denen eine schädliche Einwirkung

auf die sittliche oder gesundheitliche Entwicklung der Jugendlichen zu besorgen wäre. Aber auch er wollte »darüber hinaus« politische und religiöse Gesichtspunkte nicht berücksichtigt wissen. Sie *sollten* also berücksichtigt werden, wenn man aus ihnen eine schädliche Einwirkung auf die Jugend besorgte, was bereits jeder politischen Unterdrückung Tür und Tor geöffnet hätte. Ein Entwurf der Verbände und Vereinigungen der Lehrerschaft usw., der als Folge der Brunnerschen Agitation entstanden war, versuchte die Begriffsbestimmung enger zu fassen und bedeutete insofern einen Fortschritt. Er wollte als Schund- und Schmutzliteratur Schriften, Abbildungen oder Darstellungen verstehen, die »in der Absicht der Massenverbreitung geschaffen sind und infolge ihrer Minderwertigkeit, Unwahrhaftigkeit oder Zuchtlosigkeit geeignet sind die sittliche, geistige oder körperliche Entwicklung jugendlicher Personen zu gefährden«, fügte aber hinzu:

»Politische und religiöse Gesichtspunkte dürfen der Beurteilung nicht zugrunde gelegt werden.«

Schiele nun verzichtet in seiner Vorlage ausdrücklich auf jede Begrenzung des Begriffs der Schund- und Schmutzschriften. Weder versucht er die Gefahren zu bezeichnen, die mit der betreffenden Schrift verbunden sein sollen, noch will er die geringste Gewähr für den Schutz von Kunst und Wissenschaft und gegen politische und religiöse Mißbräuche geben. Von dem Befinden der damit betrauten Behörde soll es abhängig sein, ob sie eine Schrift als Schmutz- und Schundschrift bezeichnen will.

Es ist mir unfaßlich, daß die Gefahr, die mit solcher Willkür der Behörden verbunden wäre, von den Befürwortern dieses Entwurfs auf der Dresdener Frauentagung und anderwärts nicht erkannt wird. Wir haben doch unsere Erfahrungen mit der Zensur gemacht. Im alten Obrigkeitsstaat gab es derartige Unterdrückungsmaßregeln gegen nicht strafbare Bücher überhaupt nicht; gegen das Verbot einer Theateraufführung kann man in Preußen das Verwaltungsstreitverfahren anrufen. Ein solches Verbot wird nur zugelassen aus Gründen der »öffentlichen Ordnung und Sicherheit«. Wenn nun der Schielesche Entwurf auch nicht ein völliges Verbot der betroffenen Werke beabsichtigt, so will er diese doch sehr einschneidenden Beschränkungen der Verbreitung unterwerfen und ihnen einen öffentlichen Makel anhängen, indem solche Bücher als »Schmutz- und Schundschriften« auf eine Liste gesetzt und öffentlich bekannt gemacht werden. Die Philister und Bürokraten machen sich gar kein Gewissen daraus einen Autor als Verfasser von »Schmutz- und Schundschriften« zu brandmarken, in dem andere Kreise des Volkes einen schöpferischen Künstler verehren. Das berühmte Wort eines Berliner Polizeipräsidenten »Die ganze Richtung paßt mir nicht« sollte nicht vergessen werden. Das ist die Denkweise, die jede geistige Weiterentwicklung verabscheut, weil sie davon eine Auflehnung gegen ihre Macht befürchtet, oder weil sie dabei geistig einfach nicht mehr mitkommt.

Auf der Tagung der deutschen Frauenvereine hat die Rednerin es entschieden abgelehnt den alten Polizeistaat zu wollen, hat aber die These aufgestellt, höher als die Freiheit des Individuums müsse die Verantwortlichkeit für die Gemeinschaft stehen. Der Satz ist nicht klar, denn die Gemeinschaft wird nur durch leistungsfähige und unabhängige Individuen erhalten. Gerade, wer das Gefühl der Verantwortung für die Gemeinschaft hat, muß dem geistigen Schaffen ohne Angst und mit dem Willen zur Förderung gegenüber treten. Wie sehr durch solche Zwangsgesetze die geistige Freiheit unterbun-



den werden würde, hat mir ein Brief einer Frau bewiesen, die unter Verwahrung gegen den Verdacht der Unduldsamkeit mich fragte, ob ich nicht junge Leute von 18 Jahren vor Büchern wie Arnold Zweigs Novellen um Claudia oder Ludwig Thomas Moral geschützt wissen wollte. Andere gehen wesentlich weiter, und ich weiß, daß es Leute gibt, die sämtliche Bücher Schnitzlers als »Schmutz und Schund« zu erklären bereit sein würden. Hier gilt es den Anfängen entgegenzutreten und den Behörden nicht Befugnisse einzuräumen, die sie mißbrauchen können; wir wissen leider, daß die Praxis ohnehin geneigt ist Einschränkungen einzuführen, zu denen die Gesetze kein Recht geben. Hier wäre ihrer Willkür keine Schranke gezogen.

Gänzlich wertlos ist der Schutz, den das Gesetz über Schmutz- und Schundschriften dadurch geben will, daß die Entscheidung über die Aufnahme eines Werkes in die Schmutz- und Schundliste »Prüfstellen« übertragen werden soll. Diese Prüfstellen sind zum erstenmal im Lichtspielgesetz geschaffen worden und haben dort gänzlich versagt. Die Handhabung des Lichtspielgesetzes ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Republik. Die Prüfstelle für Schmutz- und Schundschriften soll aus einem beamteten Vorsitzenden und 4 »Sachverständigen« bestehen. Diese Sachverständigen sollen je einer den Kreisen der Kunst und Literatur, einer dem Buch- und Kunsthandel, einer der Jugendwohlfahrt und einer der Volksbildung entnommen werden. Daß sie wirklich etwas von Kunst und Wissenschaft verstehen und Sinn für geistige Freiheit haben, dafür ist keine Garantie gegeben. Ernannt nämlich werden diese Sachverständigen von der Obersten Landesbehörde, und für den Einzelfall sucht sich der Vorsitzende, ein Beamter, aus, wen er zur Entscheidung heranziehen will. Die Behörde hat es also in jedem wichtigen Fall vollkommen in der Hand das Kollegium so zusammenzustellen, wie es für ihren Zweck paßt. Wer hindert sie als Sachverständigen für Kunst und Literatur irgendeinen fanatischen Gegner jeder freien geistigen Richtung, als Sachverständigen des Buch- und Kunsthandels irgendeinen Konkurrenten des Verlegers heranzuziehen? Als Sachverständiger für Volksbildung würde sich unter einem Ministerium Schiele ganz besonders einer von den Rektoren empfehlen, die die Farben des Deutschen Reichs beschimpfen und auf ihren Schulgebäuden nicht dulden wollen. Vertreter der Jugendwohlfahrt haben im Reigenprozeß eine mehr als beschränkte Denkweise gezeigt und bewiesen, daß man eine sehr treue und gute Gesinnung verirrtten Kindern gegenüber betätigen und doch keine Ahnung davon haben kann, worin sich Kunst von Pornographie unterscheidet. Diese Prüfstellen aus Sachverständigen sind nichts als eine Verschleierung bureaukratischer Allmacht. Als obere Instanz soll dann ein bei dem Reichsminister des Innern zu bildender Ausschuß aus vom Reichsrat gewählten Vertretern der Länder unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsministers entscheiden. Was von dieser Seite zu erwarten ist, kann man sich vorstellen. Irgendwelche Sicherheiten eines gründlichen und gerechten Verfahrens, bei dem Autor und Verleger der angefochtenen Schrift ihre Rechte wahrnehmen könnten, sind in dem Entwurf nicht zu finden.

Der Entwurf eines Gesetzes über den Schutz der Jugend bei Lustbarkeiten will selbst auf diese Scheinsicherung durch Sachverständige verzichten und der Verwaltungsbehörde das unbegrenzte Recht geben für bestimmte Lustbarkeiten, Schaustellungen und Darbietungen oder für alle Veranstaltungen eines bestimmten Unternehmers den Besuch durch Jugendliche unter 18

Jahren zu verbieten. Ist man sich klar, welches ungeheure Machtmittel man damit in die Hände der Polizei spielt? Wer könnte zum Beispiel einen reaktionären Amtsvorsteher hindern die Veranstaltungen des Reichsbanners als Gefährdung der sittlichen oder geistigen Entwicklung der Jugend zu bezeichnen und Personen unter 18 Jahren die Teilnahme zu verbieten? Glaubt man etwa, daß sich die Bürokratie vor solchen Mißbräuchen scheuen würde? Die Erfahrungen, die wir gemacht haben, und nicht nur in den Ländern, die inzwischen den reaktionären Parteien anheimfielen, sondern selbst in Preußen, lassen alles als möglich erscheinen.

Eine ebensolche Verschlimmerung der Bedingungen künstlerischen Schaffens bedeutet der § 269 des Entwurfs eines neuen Strafgesetzbuchs. Hier will man auch die »Vorführung« einer »unzüchtigen Schrift« bestrafen. Das ist ein Gesetz, wodurch die Abschaffung der Theaterzensur wettgemacht werden soll, ein Versuch auf einem neuen Weg das zu erreichen, was in dem bekannten Reigenprozeß mißglückt war. Dieser Zusammenhang geht zweifellos daraus hervor, daß der Entwurf von 1920 in seinem § 331 diese Ausdehnung nicht gekannt hat, die erst nach dem Prozeß über die Reigenaufführung eingefügt worden ist. Wenn also irgendein Gericht (heute sind das Einzelrichter, die nicht einmal der Kontrolle durch Schöffen unterliegen) ein Drama als eine unzüchtige Schrift erklärte, wäre die Aufführung des Stücks ein für allemal unmöglich gemacht. Von solchen "objektiven" Strafverfahren erfährt weder der Autor noch der Verleger etwas, und es kann geschehen, daß das Urteil rechtskräftig wird, bevor die Beteiligten es ahnen. Es ist vorgekommen, daß der Verfasser eines Buchs von der Anklage freigesprochen wurde, weil das Gericht das Buch nicht für unzüchtig hielt, das Buch aber trotzdem verboten blieb, weil ein anderes Gericht in einem objektiven Strafverfahren es für unzüchtig erklärt hatte.

Die ganze geistige Einstellung, aus der diese Bestrebungen zum Schutz gegen unsittliche Schriften usw. herauswachsen, ist von Grund aus falsch. Auch das soziale Mäntelchen, das man ihnen umzuhängen sucht, macht sie nur um so gefährlicher. Die Kultur kann nur leben, wenn die geistige Arbeit nicht eingeengt wird. Das Gewicht der sozialen Verhältnisse, der Überlieferung und der Umwelt ist ohnehin so groß, daß jeder neuen Bewegung ein schwer überwindlicher Druck entgegensteht. Die Menschheit käme nicht vom Fleck, wenn nicht immer neue Gedanken in ihr geboren würden und sich durchrängen. Ob diese "richtig" sind, das heißt, ob sie auf die Dauer und für die Ewigkeit bestehen bleiben, ist dabei nicht entscheidend. Der Weg der geistigen Entwicklung geht durch Irrtümer und selbst durch Schädlichkeiten; es gibt keinen direkten Aufstieg zur absoluten Wahrheit. Nichts wäre schlimmer, als wenn Sozialisten die in den breiten Massen der Gesellschaft zurzeit herrschenden geistigen Kräfte als die letzten und endgültig berechtigten gegen das Neue verteidigen wollten. Sie wären dann nicht um eine Spur weniger Philister als die Anhänger des Alten, die die Machtverteilung in der bestehenden Gesellschaft und den geistigen Habitus der Herrschenden für unantastbar erklären. Gerade der Gemeinschaft wegen muß der einzelne in geistigen Dingen unbegrenzte Freiheit genießen. Wenn die russischen Bolschewisten Dramen der Weltliteratur und wissenschaftliche Werke mit der Zensurschere verstümmeln, so tun sie genau das selbe wie die Kirche mit ihrem Index librorum prohibitorum.

Auch die Rücksicht auf die Sittlichkeit und Gesundheit der Jugend darf nicht zu Einengungen des geistigen Lebens führen. Die Angst davor, daß die Jugend durch Bücher oder Kunstwerke Schaden nehmen könnte, ist auch nur ein Stück Spießbürgergesinnung. Goethe hat sich mit größter Entschiedenheit gegen diese Angstmeierei ausgesprochen, aber wir brauchen nicht einmal seine Autorität anzurufen. Ganz gewiß gibt es in einer, durch die Kriegsjahre moralisch entwurzelten, durch den Zwang des wirtschaftlichen Lebens frühzeitig der elterlichen Obhut entrissenen Jugend allerhand unerfreuliche Erscheinungen. Aber das Geschrei der besorgten Gouvernanten und Seelsorger nach Bevormundung ist fürchterlich übertrieben. Vor allem hilft es nichts. Solche Schäden sind Erzeugnisse des Gesellschaftslebens, die nur durch Heilung und Erziehung beseitigt werden können, durch Selbständigkeit und Verantwortlichkeitsgefühl, Liebe zu wahrer Kultur und Hingabe an die hohen Ziele der Gemeinschaft. Dagegen schafft Absperrung von den Vorgängen der Welt keine Männer und Frauen, die dem Leben und seinen Gefahren gewachsen wären. Niemand bestreitet die Gefahren der Pubertätsjahre, die übrigens nicht nur seit heute und in den großen Städten bestehen, sondern immer und überall. Sie liegen nur zum Teil auf dem Gebiet geschlechtlicher Vorgänge. Junge Menschen kommen ebenso in Verwirrung, wenn sie sich mit dem Eifer ihrer Jahre rückhaltlos politischen oder religiösen, ja selbst wissenschaftlichen und philosophischen Bestrebungen überlassen. Die Natur gibt ein sehr einfaches Mittel dagegen: In ein paar Jahren liegt diese gefährliche Zeit hinter ihnen. Es ist unberechtigt der Jugend wegen, die sehr bald erwachsen ist, dem geistigen Sein und Schaffen der auf der Höhe ihrer Arbeit Stehenden Fesseln anzulegen.

Vor allem die Sozialdemokraten sollten nicht den Spießbürgern darin nach-eifern, daß sie fortwährend nach der Polizei und nach Strafgesetzen schreien. Ich muß leider konstatieren, daß ich alle paar Tage von Parteigenossen höre: Warum ist das und das erlaubt, weshalb wird es nicht verboten oder bestraft? Ja, eben weil solche Gewaltmittel mehr schaden als sie nützen, und weil sie undemokratisch und unsozial sind.

## CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · ANBLICK DER NATUR · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK

**S**IEH, wie die Natur in ihrem entgleitenden Mantel,  
Vermummter als die Nacht,  
Sanfte Schleppen ziehend wie die Wolken,  
Gleich einer Mutter an ihr vollkommenes Werk geht.  
Freundlich wie der Schlaf

Und trostreicher als der Tod,  
Hebt sie das Meer ohne einen Laut  
Zur Bergspitze  
Und gießt unaufhörlich aus ewigen Urnen.  
Die Flüsse murmeln wie Götter, die träumen,  
Und die segnenden Berge behüten ihren Schlummer.  
Ihre Häupter sind in der Ewigkeit gebettet,  
Ihre Stimmen, die niemals schlafen, beruhigend.  
Gedenke auch des Regens,  
Des eigentlichen Weins der Tage:



es aus steuerlichen sei es aus anderen Gründen auf, was ist alsdann die Folge? . . . Entweder wird der Boden vernachlässigt und büßt allmählich seine Ergiebigkeit ein. Oder die Nation sagt sich: wir können diesen Prozeß nicht teilnahmslos weitergreifen lassen, der Staat muß einspringen, um diese kapitalgewährende Funktion an Stelle des alten Landlordismus zu vollziehen. Hängt man aber insoweit vom Staat ab, so wird er auch eine gewisse Kontrolle der von ihm finanzierten Betriebe beanspruchen, und so wird es kommen, daß uns die nächsten 30 oder 40 Jahre wie durch einen Seitenwind plötzlich einer Art Nationalisierung praktisch nahebringen.«<sup>1</sup>

Noch ganz anders bläst jedoch neuerdings unter der Führung Lloyd Georges der Wind aus dem liberalen Lager. Soweit Lloyd George persönlich in Betracht kommt, mag dies nebensächlich erscheinen; bei seiner quecksilbernen Beweglichkeit kann er heute so und morgen ebensogut anders. Immerhin bildet seine hinreißende Agitationskraft für das englische politische Leben einen nicht zu unterschätzenden schwerwiegenden Faktor, und seine einleitende Rede vom 17. September in Devonshire zeigte ihn auf der alten außerordentlichen Höhe. Die Hauptsache ist: Das radikale Agrarprogramm, das er damals in großen Zügen darlegte, und für das er seitdem in einer Art Gladstoneschem Redefeldzug Anhänger warb, ist der Niederschlag einer lange vorbereiteten Enquete und Beratung eines liberalen Landkomitees, dessen Bericht nunmehr in Buchform vorliegt<sup>2</sup>, und das bei allen formellen und sachlichen Mängeln, die solchen Kollektivarbeiten eigen zu sein pflegen, einen tiefen Einblick in eine große wirtschaftlich-soziale Umwälzung gewährt, die sich naturgemäß mehr und mehr zugleich in großen Wandlungen der politisch-parlamentarischen Strömungen widerspiegelt.

Der seit den letzten Wahlen nur noch mühsam auf Krücken einhergehende englische Liberalismus mag im Agrarradikalismus zunächst einen willkommenen Jungbrunnen zur Wiedergewinnung größerer Wählermassen für die eigene Partei erblicken und suchen. Gerade deshalb wird aber wahrscheinlich die heute entschlossen aufgezoogene Fahne später nicht so leicht wieder herabzuholen sein, und auf jeden Fall lohnt es die in Fluß kommende Bewegung im Auge zu behalten, die etwa mit der seinerzeit eingeleiteten Agitation Gladstones für irische Land- und Verfassungsreformen zu vergleichen ist, unter Umständen jedoch noch recht erheblich über deren Ausmaße hinauswachsen kann.



ENGLISCHEN mit kontinentalen Gleichstrebenden erfreuten sich die englischen Agrarreformer stets eines unschätzbaren Vorteils. Sie wendeten sich gegen eine Klasse, die mit der Ausübung der landwirtschaftlichen Produktion verhältnismäßig recht wenig, in der Mehrzahl ihrer Angehörigen sogar so gut wie gar nichts zu tun hatte, die vielmehr nur den eigentlichen Produzenten die erste und wichtigste, an sich naturgegebene Produktionsgrundlage, den nicht beliebig vermehrbaren Grund und Boden, darbietet und dafür ein klassenmäßig abgesondertes Einkommen, die Grundrente im Sinn der englischen Sozialverfassung und der ihr entsprechenden englischen nationalökonomischen Theorie, bezieht: ein Einkommen, das fast nur als unnötige Vorbelastung zum Nachteil der Agrarproduktion und selbst der Industrieproduktion und des Massenkonsums erscheint, und das deshalb seit jeher in immer weiteren

1) Siehe *Orwin* und *Peel* *The Tenure of Agricultural Land* /Cambridge 1925/ Seite V.

2) Siehe *Rural Report of the Liberal Land Committee 1923-1925: The Land and the Nation* /London 1925/; die Zitate siehe Seite 95, 93, 203 und 29, 194 und 298.

Kreisen nichts als Anstoß erregte. Eine aufblühende erstarkende Agrar- und Industrieproduktion mochte diese Vorbelastung mehr oder weniger stillschweigend und ergeben tragen können. Eine schwer um ihr Dasein ringende, eine niedergehende Produktion wird zur Kritik und zum Sturmlauf geradezu herausgefordert. Dazu tritt, daß die letzten nützlichen Nebenfunktionen des Landlordismus, auf die man bis zur jüngsten Vergangenheit beschwichtigend hinzuweisen vermochte, in der selben Krisenzeit mehr und mehr dahingeschwunden sind, wie dies ja selbst die oben erwähnte Rede des konservativen Landwirtschaftsministers ziemlich unumwunden einräumt.

Der liberale Report entwirft hierüber folgendes Bild.

Der alte Landlordismus sei der große Darlehnsgeber und Meliorationsschöpfer und unter Umständen das vorwärtstreibende Produktionsvorbild gewesen. Der Rüben-Townshend, die Bedford, Egremont und Norfolk seien als Bahnbrecher für große landwirtschaftliche Umgestaltungen anzuerkennen. Jedoch in den letzten Jahrzehnten sei diese Klasse entweder an persönlichen und wirtschaftlichen Kräften relativ verarmt (wozu schließlich der männermordende vermögensvernichtende Krieg gewaltig beigetragen habe), oder sie widme sich, recht häufig unter starkem Zuzug aus den Schichten des neuen und neuesten städtischen Reichtums, überwiegend dem Sport, der Jagd und sonstigen mit dem Großgrundbesitz zu verbindenden unproduktiven Tätigkeiten. Nicht selten habe sie, wiederum vor allem seit dem Krieg, in der Erkenntnis der Unhaltbarkeit des alten Zustands selber versucht Eigentum und Eigentumsbruchstücke verkaufsweise abzustoßen. Ansätze zu einer blühenden bäuerlichen Produktion seien auf diesem Weg aber gleichfalls nicht erreicht worden; zwar sei in der Tat zuletzt die Anzahl der bäuerlichen Betriebe ganz merkbar angeschwollen, diese Art der Betriebe sei jedoch für die Gegenwart durch überhohe Ankaufsschulden aus der Zeit der Preisinflation innerlich mehr geschädigt als gehoben. Der Hauptteil des Landlordismus versage heute vollends für Meliorationen und landwirtschaftliche Umgestaltungen ganz und gar, weil er entweder am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft und Leistungsfähigkeit angelangt sei, oder weil er angesichts der seit einem halben Jahrhundert nunmehr chronischen englischen Agrarkrisis jedes Vertrauen zu derart gefährdeten Kapitalsanlagen wie landwirtschaftliche Dränagen, Neubauten und Verbesserungen auf lange Sicht verloren habe.

Damit habe aber für den Landlordismus überhaupt (für eine dritte Klasse innerhalb des landwirtschaftlichen Produktionsaufbaus, neben bäuerlichen und kapitalistischen wirklich leitenden Betriebsunternehmern einerseits und ausführenden landwirtschaftlichen Arbeitern andererseits) die letzte Stunde geschlagen. Denn (wer hätte dem gealterten Liberalismus noch eine solche Sturm- und Dranggesinnung zugetraut?) Klassen und Klassenpositionen haben eine Berechtigung nur so lange, als sie eine nützliche soziale Funktion erfüllen und darin noch nicht zu ersetzen sind.

Die vollendete Loslösung des Landlordismus von der wirklichen Agrarproduktion trägt jedoch weiter die Hauptschuld an dem Kapitalschwund, den die englische landwirtschaftliche Produktion bisher in keiner Weise zu überwinden vermochte. Die tatsächlichen Betriebsunternehmer selbst sind dafür nicht genügend ausgerüstet oder fürchten beim Pachtsystem durch die Steigerung der Rente schließlich um den Gewinn ihrer Bemühungen gebracht zu

werden. Kreditorganisationen nach kontinentalem Zuschnitt sind teils wegen der frühern Kapitalzufuhrquelle mehr als anderwärts in der Entwicklung zurückgeblieben, teils unterbindet abermals das Pachtverhältnis wichtigste Kreditformen wie den Hypothekarkredit, weil diese Volleigentum des Darlehennehmers voraussetzen. Die unausweichliche Folge sei eine »Unterkapitalisation« und »Dekapitalisation«, wegen deren die englische Agrarproduktion weit hinter ihren Leistungsmöglichkeiten und weit hinter der ausländischen Entwicklung zurückstehe. (Unsere deutschen Nichts-als-Antiagrarien werden mit Staunen lesen, mit welcher Anerkennung und Bewunderung immer wieder, nach der dänischen, von der deutschen landwirtschaftlichen Leistungshöhe gesprochen wird.)

»In der goldenen Ära unserer Landwirtschaft, von 1840 bis 1860 und 1870, betrug pro Acre das Betriebskapital des Farmers etwa 10 Pfund Sterling, nach der Agrarkrisis und bis zum Ausbruch des Weltkriegs war es bis auf 5 bis 6 Pfund Sterling pro Acre im Durchschnitt des Landes gesunken, während es in der kontinentalen Landwirtschaft auf 12 bis 15 Pfund Sterling pro Acre stand, hier mit einer Tendenz zum Steigen. Auf dem Kontinent zog das Land das Kapital an, in England trat das Gegenteil ein . . . Mangel an Kapital ist, von den persönlichen Eigenschaften des einzelnen Farmers abgesehen, die Hauptursache der Produktionsmisere . . . Das Pflugland weicht der Begrasung. Das Grasland entwertet sich, weil es infolge verfallender Drainage versumpft. Die Weiden sind von Unkraut überwuchert, weil der Farmer verzweifelt an den Arbeitskosten sparen muß. Man drückt die Löhne und sucht doch die Anschaffung arbeitsparender Maschinen zu umgehen. Die Betriebsbaulichkeiten sind veraltet, unzureichend und bleiben unausgebessert. Von einer modernen Ansprüchen genügenden Benutzung der mechanischen und wissenschaftlichen Errungenschaften ist keine Rede. Die Kopfzahl des Viehs schränkt man ein, und dadurch gehen Düngnutzwerte verloren, die ihrerseits wieder den Ertrag des Bodens und die mögliche Viehhaltung reduzieren. Die fast allgemeine Annahme des theoretischen Wirtschaftszieles für die Landwirtschaft, es empfehle sich für den Einzelwirt nicht die höchstmögliche Produktionssteigerung pro Acre, sondern der möglichst geringe Kostenaufwand pro Acre, war nur möglich bei kapitalverkümmerten (undercapitalised) Farmern, während zugleich die nationale Aufmerksamkeit von der Agrarproduktion abgelenkt w. r und die wesentlichen Grundlagen der Agrarverfassung in Vergessenheit gerieten . . . 1914 war die Produktion des britischen Bodens praktisch nicht höher als 1814 und wesentlich niedriger als 1840 . . . und der Jahreswert der Farmerzeugnisse im Vereinigten Königreich stand nach Inglis Palgrave 1872 auf 233 Millionen Pfund Sterling, stieg 1874 auf 268 Millionen, um dann 1896 bis auf nur 161 und 1903 auf 173 Millionen zu sinken.«

**M**AN wird zugestehen müssen, daß diesen Anklagen gegen den Landlordismus bei der ganzen politischen Erziehung und überlieferten Sinnesweise der englischen Massen eine große Zugkraft zuzutrauen ist, besonders nach den erweckten Befürchtungen und bedenklichen Erfahrungen der Kriegszeit, während deren jedes Mittel zur Steigerung der heimischen Agrarerzeugung vorübergehend angewandt wurde. Und weiter ist es unleugbar, daß der englische Liberalismus in seiner beispiellosen Bedrängnis dazu neigen muß in einem aufgenommenen Kampf gegen den Landlordismus vor den weitestgehenden Forderungen und Forderungen nicht zurückzusehen. Die Zeit der »aufeinandergehäuften kleinen Agrarreformen«, an denen England ja seit mehr als einem Menschenalter nicht Not litt, sei vorbei; ohne »drastische« Eingriffe komme man nicht mehr vorwärts. Über das Privateigentum (immer natürlich das Privateigentum einer der eigenen entgegenstehenden Klasse) hat man selten so opportunistische und, für den vorliegenden Fall, wegwerfende Bemerkungen gehört wie in diesem Bericht:

»Das Recht auf Landeigentum findet seine Begründung ausschließlich in der Vollziehung einer nützlichen Funktion . . . Für die Politik ist es ein Axiom, daß nach dem ganzen Wesen des Bodens, soweit er der Landwirtschaft dient, ein absolutes Eigentum an ihm von keiner Nation eingeräumt und anerkannt werden kann, und daß der Besitz irgendeines Bodenanteils nur unter der Bedingung gilt, daß sein Gebrauchswert für die Nation voll ausgeschöpft wird.«

Grund und Boden sei deshalb, nachdem der Landlordismus seine soziale Funktion einbüßte, in das Eigentum des Staates überzuführen, gegen Zahlung von jährlichen Renten, die im allgemeinen dem Nettolandeinkommen der privaten Voreigentümer gleichzusetzen seien. Aus Gründen, deren Erörterung heute zu weit führte, zieht alsdann dieses liberale Agrarprogramm Verpachtung der Schaffung neuen, in diesem Fall bäuerlichen, Eigentums vor, schon um eine dauernde, in der Hand des Staates bleibende Bodenbenutzungs- und Bodenverteilungspolitik zu gewährleisten. Die andere große Maßnahme ist deshalb die Festsetzung entsprechender Pachtrenten, für die ein genau umschriebener Aufbau von Instanzen vorgesehen ist; unter möglicher Unabhängigkeit von der politischen Behördenorganisation stellen sie eine Art wirtschaftlich-sozialer Selbstverwaltung dar, in manchen Grundzügen an bekannte Vorschläge wie die Schöfflesche Inkorporation des Hypothekarkredits oder die österreichischen Entwürfe für eine große landwirtschaftliche Berufsorganisation erinnernd.

Der Staat soll aber nicht nur der Erbe des Landlordismus im Landeigentum sein. Er soll auch, nachdem der Landlordismus hier ausschied, in Zukunft der Kreditorganisator, vielfach im Anschluß an den anderwärts viel reicher entfalteten Genossenschaftsgedanken, und unter Umständen selber der große Kreditgeber werden und so den notwendigen Oberbau (the superstructure) der ganzen Reform verwirklichen helfen. Zu dem Oberbau rechnet das Agrarprogramm alsdann weiter die Absatz- und Preisorganisation, die Transport- und Lagereinrichtungen, bei denen abermals neben den genossenschaftlichen Bildungen dem Staat große Aufgaben zugeordnet sind. Ferner das Bildungs- und Erziehungswesen, mit dem man eine durchgehende Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebsweise zu erzielen hofft. Nur den staatlichen Produktionsbetrieb selber lehnt dieser kaum wieder zu erkennende wirtschaftliche Liberalismus ab, und ebenso die staatliche Einfuhr- und Preisorganisation, wie sie seit den Anträgen Kanitz und Jaurès aus den Kreisen des Bürgertums und der Lohnarbeiter so oft auf dem Kontinent und neuerdings wiederholt in England empfohlen worden ist.<sup>3</sup>

**I**ST dies ein zugkräftiges und lebensfähiges Programm? Hinreichend, um einer in Scherben gegangenen bürgerlichen Linken wieder einen Massenzustrom zuzuleiten? Oder ist das Ansehen der Labour Party bereits so groß, daß die öffentliche Meinung Englands auch in der von dem liberalen Ausschuß angedeuteten Richtung mehr von ihr als von dem Liberalismus erwartet? Philip Snowden sprach soeben dem unermüdlichen und vielgewandten liberalen Führer jede Zukunft ab; Lloyd George habe zu viele Versprechungen bald abgegeben bald gebrochen, als daß ihm das Land jemals wieder trauen könne. Doch wie leicht vergißt ein Volk frühere Enttäuschungen, wenn es gelingt ihm neue Hoffnungen und Zukunftsziele einzupflanzen!

3) Siehe Schippel Zollpolitik und Arbeiter, ferner Arbeiterparteien und Handelspolitik, in den Sozialistischen Monatsheften 1924 Seite 364 und folgende und 680 und folgende.



Das Landproblem greift in England um so weiter und tiefer, als mit ihm nicht nur das Lohnniveau und die Wohnungsfrage der Landarbeiter sondern die Wohnungsfrage nahezu aller Bevölkerungsschichten in Großstädten und Industrievierteln ganz anders als bei uns auf dem Kontinent auf das engste verknüpft ist. Der liberale Bericht geht der staatlichen Lohnregulierung für Landarbeiter, entsprechend der englischen Gesetzgebung seit dem Krieg, nicht aus dem Weg, und in Manchester hat Lloyd George soeben, im engsten Zusammenhang mit dem neuen liberalen Landprogramm, die Umgestaltung der ganzen Wohnungsversorgung fast in der Art eines Heilsapostels angekündigt. Es regen sich hier zweifellos eigenartige Keime, die nach dem Krieg entwickelungsfähiger als jemals vorher sind.

## RICHARD KLEINEIBST · ENGLISCHE UND DEUTSCH-NATIONALE POLITIK

**N**UTZLOS und unverwertbar ist die beste Tatsachenfeststellung, wenn sie nicht unter einheitlichem Gesichtspunkt zusammengefaßt wird. Aus dem Mangel eines deutlich fixierten Blickpunkts erklärt sich der ganze Jammer der deutschen Nachkriegspolitik, der offiziellen wie auch der Politik der deutschen Parteien, nicht zuletzt derjenigen der Linken. Nicht, als ob die politischen Spintierereien in Deutschland brachlägen; es gilt noch in mancher Hinsicht das kluge Wort Börnes von dem Deutschen, der, um einen Fleck aus dem Rockärmel zu entfernen, erst die ganze Chemie studiert, bis der Rock längst in Fetzen zerfallen ist; es herrscht noch die Unlust zur Tat bei uns, die Angst vor selbständigem Handeln. Aber daneben macht sich eine Verachtung jeder theoretischen Erwägung breit, die zwar sehr "amerikanisch" klingt, aber leider gar nicht mit dem frisch zupackenden Wesen gepaart ist, das den Amerikaner wirklich auszeichnet. Man dünkt sich wunder wie "realpolitisch", wenn man um Himmels willen jede konstruktive politische Idee abweist und jede einheitlich klare Linie vermeidet.

Das gilt besonders für die deutsche Linke. Und deshalb ist man gar nicht erstaunt, wenn man in einem führenden liberalen Blatt, in einer redaktionellen Vorbemerkung zu einem Südekumschen Artikel über eine Schrift Göhres, die das europäische Problem behandelt, folgende breitspurige, symptomatische Dummheit liest:

»Wir halten alle "kontinentalpolitischen" Ideen für unvereinbar mit einer Realpolitik, die in der Wahl und im Gebrauch der Mittel nicht durch irgendwelche Theorien beschränkt werden darf.«

Auf der Rechten weiß man schon eher, was man will. Es kann gar nicht geleugnet werden, daß die Deutschnationalen die Konsequenz auf ihrer Seite haben; denn auf den Gesamtkurs, bestimmt durch den "Willen zur Macht", nicht auf das Lavieren kommt es dabei an. Ihre Erfolge haben die Deutschnationalen nicht nur der Tat- und Zielunklarheit der republikanischen Parteien zu verdanken sondern auch der eigenen Klugheit und Tatkraft, denn man muß ja immerhin verstehen das Gebotene auszunutzen. Es kommt hinzu, daß sie, die Nationalisten und Revanchepolitiker, auch außenpolitisch ein bestimmtes Ziel haben, daß sie über eine Theorie verfügen, die ihnen erlaubt nicht nur zu beobachten sondern die Einzelerkenntnisse auch zur Synthese

zu bringen. Freilich, ihr Maßstab ist, an einem umfassenden Prinzip kontrolliert, unzureichend und auch unzweckmäßig zur Durchführung des eigenen Grundgedankens. Ihre Berechnungsformel führt zu falschen Resultaten, weil sie ausschließlich von "deutschen Belangen" abstrahiert ist und nicht berücksichtigt, daß Deutschland heute nur noch eine Unterabteilung des europäischen Kontinents ist, dessen Schicksal es im Guten wie im Bösen teilt. Daher haben auch die Deutschnationalen nach dem Krieg eine außenpolitische Zickzacklinie gesteuert, die das Schiff Deutschland in die gefährliche Nähe bald der englischen Skylla bald der russischen Charybdis trieb, nie aber ernsthaft den Kurs nach Europa, nach Frankreich hin genommen. "Erbfeind"ideologie, Traum vom allein mächtigen alldeutschen Imperium macht diese Partei, die (es kann ja nicht geleugnet werden) heute wieder den stärksten Ausschlag für Deutschlands Geschick gibt, für die wahren deutschen Interessen ganz und gar blind, umgibt mit trügerischem Nebel selbst ihre an sich richtigen Erkenntnisse.

Es ist außerordentlich interessant, daß eine Reihe deutschnationaler Beobachtungen als solche sich im wesentlichen mit denen der sogenannten Kontinentalpolitiker decken, daß sie gerade die Rolle und die Absichten Englands auf dem europäischen Festland kaum anders darstellen und beurteilen als diese, ohne freilich daraus die gleichen Schlüsse zu ziehen. Immerhin sollten derartige Übereinstimmungen manchen Politiker der Linken darauf aufmerksam machen können, daß, entkleidet von nationalistischer Ideologie und Phraseologie, das europäische Problem im wesentlichen das Problem der deutsch-französischen Einigung ist.

Am 8. Oktober erschien in der Kreuzzeitung ein sehr aufschlußreicher Artikel, betitelt *Englisches Spiel*. Er begann mit der von vielen republikanischen Zeitungen (und auch Parteien) mit Stillschweigen übergangenen Feststellung, »daß von England der Antrieb zum deutschen Memorandum ausging«. Über die Gründe und Hintergedanken dieses Antriebs haben gerade die Sozialistischen Monatshefte genügend Klarheit geschaffen. Aber auch die Kreuzzeitung sagt über die »3 großen Ziele, die die englischen Staatsmänner mit dem Sicherheitspakt verfolgen«, sehr deutlich:

»Zunächst kam es darauf an die Stellung Frankreichs auf dem Kontinent . . . weiterhin zu schwächen. Den ersten Stoß hatte Frankreich im Sommer 1924 auf der Londoner Konferenz durch die Annahme des Dawesplans erhalten. Das Reparationsproblem war gelöst, allerdings keineswegs etwa zugunsten Deutschlands, aber zuungunsten Frankreichs. Seit jener Zeit . . . datiert die schwere chronische Finanznot Frankreichs; seit jener Zeit drängen die Gläubiger den böswilligen Schuldner.«

Sieht man von selbst widerlegten, durchsichtigen falschen Behauptungen wie der vom »böswilligen Schuldner« ab, so ist der angelsächsische Sieg im Reparationsproblem, der mit dem für England günstigen Friedensvertrag in Parallele gesetzt werden muß, hier von einer Seite zugegeben, die bisher nur die Gier der Franzosen (»halb Tiger halb Affe« ist das beliebte "Argument" all solcher Hetzereien) dafür verantwortlich zu machen wußte. »Frankreichs Macht war auf dem absterbenden Ast«, heißt es dann später weiter; durch Rußlands Bemühungen um die französische Gunst »zog eine schwere Gefahr für England herauf«:

»Ein kontinentaler Block lag durchaus eine Zeitlang im Bereich der Möglichkeit. Hier galt es beizeiten einen Riegel vorzuschieben.«

Es werden dann die »3 von England verfolgten Ziele« behandelt, die eine große strategische Linie verbindet«, und unter 1 wird ausgeführt:

»Unklare Verhältnisse am Rhein, um die Reibungen zwischen Deutschland und Frankreich zu erhalten; dieses Ziel war durch den Westpakt erreicht, in dem die englische "Garantie" nichts anderes als die Schiedsrichterrolle bedeutet, was um so bedeutungsvoller werden kann, wenn es England gelingen sollte (einige Nachrichten aus Locarno lassen bereits Vermutungen in dieser Richtung zu) Belgien von Frankreich zu trennen.«

Dies letzte englische Ziel, das der Artikelschreiber, plus britannique que le Britain, erhoffte, war freilich damals schon außer Reichweite. Der Wunsch war Vater dieses Gedankens. Der (ohne Ironie gesagt) kluge Darsteller hat zu erwähnen und zu beachten vergessen, daß vor ihm die französische Diplomatie dies englische Spiel der Schiedsrichterrolle klar durchschaute und, was mehr ist, durch Briands Beweglichkeit und Geschmeidigkeit, die nicht nach "Prestige" und "Erbeindschaft" fragte, durchkreuzte.

Den 2. englischen Zielpunkt stellt die Kreuzzeitung so dar:

»Die Bindungen zwischen Frankreich und seinen östlichen Vasallen müssen gelockert werden. Auf dem französischen Bündnissystem zur Beherrschung von Rhein, Donau und Weichsel beruht die Vormachtstellung Frankreichs auf dem Kontinent. England hat es verstanden in den letzten 2 Jahren dieses französische System nachhaltig zu stören, indem es den Drehpunkt dieses Systems, nämlich Polen, ganz allmählich von Norden und Süden her isolierte; den Randstaatenbund unter polnisch-französischer Führung sabotierte England, die baltischen Staaten wandten sich von Frankreich ab, und der englische Einfluß war in ständigem Wachsen begriffen.«

Dies Bündnissystem deutet der Verfasser, dem Geist, den er begreift, entsprechend, aus dem Verlangen Frankreichs den Kontinent zu beherrschen. Das Problem der Sicherheit oder, beser gesagt, Unsicherheit, der Furcht vor einem bevölkerungs-, militär- und industriestarken Deutschland, in dem ständig Revanchegelüste bekundet werden, existiert natürlich für den frankophoben Deutschnationalen nicht. Wollte man bei der republikanischen deutschen Linken wenigstens diesen Tatbestand etwas mehr beachten, man ließe sich von dem Gespenst der französischen Heirchaft, das auch hier verwirrend spukt, weniger graulich machen; es würde übrigens gerade nach Ausöhnung und Verständigung vollends verschwinden.

Wie klar und deutlich ist dagegen von dem deutschnationalen Autor wieder geschildert, wie England es verstanden hat »dieses französische System nachhaltig zu stören« und seinen eigenen Einfluß auf die Geschehnisse des Kontinents zu stärken, wie es in Polen das Angstgefühl der Isolierung schafft, um diesen Staat englischen Plänen geneigt zu machen.

»Als 3., letztes, aber vielleicht wichtigstes Ziel verfolgt England die Trennung Deutschlands von Rußland.«

Der deutschnationale Politiker ist damit an den Angelpunkt seiner Ausführungen gekommen, denn seine Absicht war einerseits Argumente gegen die Paktverhandlungen und den Eintritt in den Völkerbund, andererseits solche für eine Anlehnung an Rußland beizubringen. Aber bei allem Gegensatz zu einer solchen mit Zweideutigkeiten arbeitenden Methode, einer deutschen Balance of power-Politik, die zu einer furchtbaren Katastrophe führen müßte, verblüfft doch wieder neben so manchem Falschen die überaus deutliche Erkenntnis englischer Taktik. So heißt es:

»Wenn es Rußland gelingen sollte sein Verhältnis zu Deutschland enger zu gestalten und gleichzeitig sich Frankreich zu nähern, so könnte das unter Umständen auch eine Annäherung Deutschlands an Frankreich bedeuten; das wäre das Ende des

englischen Einflusses in Europa. Das zu verhindern muß ein neues System der alten Gleichgewichtstheorie erfunden werden, das alle Staaten gegen einander in Atem hält, ohne es zu offenem Bruch kommen zu lassen. Divide et impera! Oder zu deutsch: der Sicherheitspakt.«

Und weiter:

»England wird genau wie in London vor einem Jahre Frankreich die weitestgehenden Konzessionen gegenüber Deutschland machen — soweit sie nichts kosten, und das eigentliche Ziel nicht verschoben wird. Genau wie nach der Londoner Konferenz wird Frankreich erst einige Zeit später erkennen, daß es zweiter Sieger war und Herr Briand trotz seiner dialektischen Überlegenheit von Chamberlain gründlich hineingelegt wurde.«

Der Deutschnationaler irrt auch hier wieder in einigen Punkten, wo seiner Erkenntnisfähigkeit seine Voreingenommenheit im Weg steht. Die Franzosen ließen sich durchaus nicht so leicht dúpieren, ihre angebliche Sieges-trunkenheit wurde ihnen meistens fälschlich von den deutschen Reaktions-nären imputiert, die, wie früher so oft, die besten Zutreiberdienste für die englische Politik leisteten und ihrem Land damit den denkbar schlechtesten Dienst. Hier hindert innenpolitische Zielsetzung, aber auch kritiklos über-nommenes Vorurteil die logische und vernunftgemäße Auswertung richtiger Erkenntnisse. Alles Denken wird von dem Wunsch Frankreich zu schaden (in dem Irrglauben sich selbst damit zu nützen) beherrscht:

»Die Schwächung Frankreichs kann nur zu unseren Gunsten wirken, aber wir müssen uns davor hüten heute schon in einem Kampfe Partei zu ergreifen und uns nach irgendeiner Seite hin festzulegen.«

»Die Vormachtstellung Englands auf dem Kontinent, die zur Voraussetzung die Schwächung Frankreichs hat«, dünkt diese zugleich klugen und ver-rannten Politiker erträglicher als eine Verständigung mit dem Nachbarland, die allein Europa beruhigen und wieder aufblühen lassen könnte. Sie spielen das Spiel Englands mit, wollen ebenso wie dies die Unruhe, erwarten »die Auseinandersetzung mit Blut und Eisen« als ein Geschenk des Himmels, sehen alles als ein »Vorspiel des großen Kampfes« an, bei dem man »durch kluges Abwarten Geschäfte machen könnte . . .«, da ist es unsere Pflicht unsere Parteinahme zum höchstmöglichen Preise zu verkaufen«.

Mag sein, daß nicht alle deutschnationalen Führer so weit gesteckte Ziele verfolgen, mag sein, daß mancher von ihnen politisch auch nur von der Hand in den Mund lebt. Aber die Weitsichtigen wie die Kurzsichtigen treffen sich in dem Bemühen kriegerische Verwickelungen zu fördern, Aus-gleich der europäischen Spannungen zu hindern.

Nun aber hat Locarno Bindungen geschaffen, stärkere als selbst "geniale Staatsmänner" dachten, als sie Zug und Schiff nach Locarno bestiegen. Für die Rheinlinie eindeutige, für den Osten mindestens so starke moralische Bindungen, daß kriegerische Abenteuer in Form eines Überfalls sich auch dann noch verbieten, wenn man glaubt der Stärkere zu sein. Es ist grotesk genug (es sei in diesem Zusammenhang nebenbei erwähnt), daß auch die deutsche Linkspresse über die Einseitigkeit der französisch-polnisch-tschechoslowakischen Verträge zetert, nachdem sie vorher die französische Garantie, die durchaus als doppelseitig aufzufassen war, mit Vehemenz und Emphase abgelehnt hatte. Die Deutschnationalen aber sehen das bisher mitgespielte Spiel verloren. Sicher haben innenpolitische respektive partei-politische Gründe ihren Entschluß die Verträge zu sabotieren bestärkt; aber entscheidend waren sie nicht, bestimmend war nur die außenpolitische Auf-

fassung. Man darf nicht vergessen, wie hartnäckig die deutschen Staatsmänner für die Differenzierung zwischen rechtlichen und politischen Fragen gekämpft haben. Durch diesen deutschen "Erfolg" ist die Fußspitze zwischen die Tür zum Krieg im Osten gestellt worden, im Sinn der deutsch-nationalen und im Sinn der englischen Politik, die die um Westarp nach dem oben zitierten Artikel sehr wohl in Rechnung zu stellen wissen. Es besteht zwischen ihren Plänen und der englischen Politik eine unverkennbare Tatsachenverbindung, deren Sinn die Vorgeschichte des Pakts erhellt.

Amüsant, daß man sich um seine Vaterschaft reißt. Ganz im Gegensatz zur Urheberschaft am Krieg; unverkennbar ein günstiges Zeichen für die Art der herrschenden Ideologie. Schon ist Stresemann von rührigen Leuten für sein von Lord d'Abernon inspiriertes Februarmemorandum zum Nobelpreis vorgeschlagen worden. Jedoch die Idee des Pakts liegt etwas weiter zurück. Der Temps erinnerte am 25. Oktober zur rechten Zeit daran, daß, nach dem Scheitern der von Frankreich erstrebten englisch-amerikanischen solidarischen Garantie zur Sicherung der Vertragsgrenzen, von französischer Seite ein Garantiepaktsystem als Ersatzidee aufgegriffen wurde. Der Temps verweist auf ein englisches Blaubuch, das auf eine Unterredung Briand-Lloyd George anspielt. Sie geht auf das Jahr 1921 zurück. Damals schon schlug der heutige französische Außenminister einen englisch-französischen Pakt vor, der als Basis eines ausgedehnten Vertragswerks dienen sollte, und zwar unter ausdrücklicher Betonung einer zukünftigen Einbeziehung Deutschlands. Die weitere Geschichte dieser Bestrebungen, mit Einschluß der des Genfer Protokolls, ist bekannt und reicht bis zu jenem Februarmemorandum, das allerdings in Locarno ein ganz anderes Gesicht bekam.

Die Zeit zwischen Februar und Oktober 1925 war reich genug an Zwischenfällen. Es bedurfte der ganzen Zähigkeit und Geduld Briands, um das Mißtrauen zwischen Deutschland und Frankreich nicht erneut in helle Flammen aufschlagen zu lassen. War England dabei uninteressiert? Schwerlich. Der Verfasser dieses Artikels konnte am 14. März unter Hinweis auf die bisherige Rolle Englands vor, in und nach dem Krieg und an der Hand von Tatsachen, wie Londoner Ultimatum, Regelung der internationalen Schulden, Ruhrkrieg, Genfer Protokoll, Köln und General Morgan, in der Chemnitzer Volksstimme nachweisen, daß England ein Interesse an der Verhinderung einer deutsch-französischen Einigung hat, und wie es dies Interesse verfolgt. Was ich damals unter anderm schrieb, kann auch jetzt gelten:

»Chamberlains Auffassung, wie der Observer und andere sie formulieren, ist, daß der Kanal heute nur noch ein »Grenzgraben« ist, daß auch Englands »Grenzen« am Rhein verlaufen (der freilich dann nur erst recht ein belangloser Graben wäre). Und wieder erhebt sich die Frage: Ist England daran interessiert eine deutsch-französische, eine europäische Einigung nicht zustande kommen zu lassen, eine Einigung, die seine Grenze wirklich an den Kanal verlegen würde, die es also (man muß sich in die imperialistische Denkweise versetzen) als Bedrohung empfinden müßte? Eine deutsch-französische Rivalität, so scheint uns, ist eine Beruhigung für das Inselreich, ist es um so mehr, wenn man nach Osten schaut, eine mögliche Verbindung zwischen Europa und Rußland ins Auge faßt.«


Inzwischen hat sich die Lage des britischen Imperiums keineswegs gebessert. Seine Schwierigkeiten im Nahen und Fernen Osten wachsen. Die Verträge von Locarno, wie sie schließlich faktisch gestaltet worden sind, haben die Tendenz in Europa eine friedliche Atmosphäre zu schaffen. Ein geschlossenes Europa, innerhalb dessen Grenzen die Rivalitäten und Vel-

leitäten von selbst zur Ruhe kommen, wird aus reinem Selbsterhaltungstrieb den Frieden suchen und sich keineswegs zum größern Ruhm des British Empire gegen das Russische Reich der Zukunft und gegen das werdende Asien ausspielen lassen. Die Gefahr für Rußland liegt in einer Zerreißung Europas, nicht in seiner Einigung; ebenso für Ostasien. Eine neue Gefahr für die traditionelle englische Politik auf dem Kontinent. Es hilft dem Britischen Reich nichts, daß es sich selbst in den Verträgen in keiner Weise gebunden hat, daß es das freie Verfügungsrecht über seine Flotte behält, daß ihm, dem Garanten, die Schiedsrichterrolle zufällt (während es selbst keinem Schiedsgericht unterworfen ist), wenn es keine Möglichkeit hat den Schiedsrichter zu spielen und so eine Macht gegen die andere auszuspielen. Hier kann nur ein seine eigenen Interessen verkennendes Deutschland helfen. Der Schwerpunkt des britischen Weltreichs liegt nicht mehr im Mutterland, er liegt an seiner Peripherie. Sein Herz klopft in Asien. Dort droht die Gefahr. Ein Brand im Osten Europas schafft England die Möglichkeit unbekümmert und ungefährdet wieder in Asien vorgehen zu können. Daher unterstützt es alle deutschen Ansprüche an den Osten, ja es ruft Aspirationen wach, die sonst schlummerten. Tatsächlich ist die englische Presse voll von Bemerkungen über die Unhaltbarkeit der osteuropäischen Grenzregelung. Die Fettdruckzitierting in der deutschen Presse beweist, daß sie gehört werden. Auch von der Linkspresse. Was man freilich vermißt, ist auch nur die Andeutung, daß ein europäischer Zusammenschluß mit seinem Kernstück der deutsch-französischen Einigung diese Streitfragen ganz von selbst neuer wirtschaftlicher Bildungen und Bindungen im deutschen und europäischen Sinn beantworten würde. O gewiß, man hat inzwischen "Pan-europa" entdeckt, man erfährt mit Erstaunen (eine der "Enthüllungen" des Münchener Dolchstoßprozesses), daß die deutsche Sozialdemokratie seit 50 Jahren die "Vereinigten Staaten von Europa" erstrebt, eine Reihe von Journalisten hat, seitdem Moskau gesprochen hat, über Nacht das britische Imperium entdeckt und denkt seit diesem Tag nur noch "in Kontinenten". Schade, daß diese Erweiterung des Blickfelds allzusehr den russischen Stempel trägt, daß die europäischen Angelegenheiten dahinter als quantité négligeable verschwinden, ja daß noch die russische Brille auf der gelehrten Nase sitzt, und man immer noch nach der selben Richtung starrt, wenn die Russen selbst schon einen ganz andern Weg eingeschlagen haben.<sup>1</sup> Deutschland ist in Gefahr sich wieder zu isolieren, Europa preiszugeben, um die Rolle des »dummen Kerls« zu übernehmen, den England nach einem Wort Bismarcks auf dem Kontinent braucht, sucht und findet. Die Klugen wie die Dummen unter den Deutschnationalen haben aus dem letzten Krieg nicht so viel gelernt, daß die "Neutralität" Deutschlands in das Reich der Utopien gehört, daß eine Lokalisierung von Kriegshandlungen in Mittel- und Osteuropa unmöglich ist, daß Deutschland unweigerlich zum Kriegsschauplatz würde. Muß es gesagt werden, daß das seiner Vernichtung gleichkäme? Daß aber die Bedingungen eines zusammengeschlossenen Komplexes Europa ganz andere sind, daß er sich gegen das Übergreifen eines Kriegsbrands von außen wirksam abriegeln kann?

<sup>1</sup>) Das ist bereits offenkundig geworden. Der neue russische Botschafter in Paris, Rakowskij, hat bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens für seine Regierung ein offizielles Geständnis zugunsten des Locarnopakts und des Völkerbunds abgelegt. Und ein Artikel der Prawda vom 25. Oktober 1925 verfolgt die gleiche, noch deutlicher ausgesprochene Tendenz.

Wir können nicht, wie die alledutschen Illusionisten meinen, zwischen England und Rußland wählen. Uns bleibt nur eine Wahl: Europa oder Untergang. Aber wir Sozialisten könnten aus der unsentimentalen Betrachtungsweise dieser Fanatiker lernen, sollten ihre Loggings- und Lotungsergebnisse benutzen, um mit besserm Kompaß einen glücklichern Hafen anzulaufen. Anders ist unser Ziel, anders sind unsere Mittel. Nicht durch Krieg sondern durch Kriegsverhinderung werden wir siegen. Die erste Etappe des internationalen Sozialismus heißt: der Vereinigte europäische Kontinent. Sie mit unseren Scharen zu erobern ist die brennendste, ist eine revolutionäre Aufgabe der deutschen Proletarier. Aber wann wird diese Erkenntnis selbstverständliches Allgemeingut in unseren Reihen?

## ANNA SIEMSEN · SCHULPROBLEME IN ENGLAND UND BEI UNS

UM erstmalig seit langer Zeit ist durch den Entwurf zum Reichsschulgesetz die Erziehung wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt. Es wäre zu wünschen und ist vielleicht zu hoffen, daß dieser Umstand nicht nur dem äußern Aufbau der Schule zugute kommt, daß man sich nicht begnügt die drohende Gefahr einer völligen konfessionellen Zersplitterung unseres Schulwesens abzuwehren, sondern daß man auch dem innern Bau der Schule einige Betrachtung gönnt. Die Frage, die in tausend Abwandlungen und wechselnden Formulierungen alle Diskussion und alle praktische Arbeit durchzieht, ist die nach dem Verhältnis individuell menschlicher Entwicklung zur praktischen gesellschaftlichen Arbeit, die einseitig spezialisiert ist: die Frage nach dem Verhältnis von allgemeiner Bildung zur Berufs- oder Fachbildung. Bei der ganz bestimmten Richtung, die Deutschland in der Beantwortung dieser Frage genommen hat, kann, ja muß es für uns von Interesse sein die völlig abweichenden Lösungsversuche in einem andern Land zu verfolgen.

England kennt den Begriff der Berufsschule, der in Deutschland so stark von dem der Fachschule geschieden wird,<sup>1</sup> nicht. Es hat technische Schulen der mannigfaltigsten Art und Fortbildungsschulen (continuation-schools), die erst eine kurze und einigermaßen prekäre Existenz führen. Das Schulgesetz von 1918 hat den lokalen Schulverwaltungen die Einrichtung von Fortbildungsschulen innerhalb eines Zeitraums von 7 Jahren zur Pflicht gemacht, und seine unmittelbare Wirkung war in der Tat die Einrichtung zahlreicher derartiger Schulen. Das aber führte, wie überall, zu heftigen Widerständen beim Unternehmertum, das aus der Schulpflicht der jungen Arbeiter Betriebsschwierigkeiten entstehen sah. Das umfassende Gesetz von 1921 gibt zwar ganz allgemein den Lokalbehörden das Recht die Schulpflicht auf 16 Jahre und in Sonderfällen darüber hinaus zu erhöhen, gibt auch ausführliche Bestimmungen über die Einrichtung von Fortbildungsschulen, aber es bestimmt zugleich, daß innerhalb der nächsten 7 Jahre Jugendliche zwischen

1) Wir verstehen heute in Deutschland unter Fachschule die freiwillige Schule, die dem Schüler ausschließlich eine technische Bildung vermittelt. Als Berufsschule bezeichnet man die Pflichtschulen für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter, die neben der praktischen Ausbildung in 3jährigen Kursen arbeiten. Wir definieren in Deutschland ihren Zweck heute überwiegend im Anschluß an Kerschensteiner so, daß sie bestimmt sei, vom Beruf als dem Lebenszentrum ausgehend, dem Jugendlichen zum Bewußtsein seiner gesellschaftlichen Stellung und seiner staatsbürgerlichen Aufgabe zu erziehen. Diese Begriffsbestimmung hat auch zur Ablehnung des ältern Namens Fortbildungsschule geführt.

16 und 18 Jahren nicht zum Fortbildungsschulbesuch verpflichtet werden dürfen. Da man unter dem heutigen Toryministerium ohnehin auf dem Gebiet der Schulen stark zu sparen begonnen hat, ist nicht nur eine Stockung sondern vielerorts ein direkter Rückgang erfolgt, der zum Beispiel in London zur Schließung vieler Schulen führte.

Die Ursache liegt vor allem in einer sehr starken Zurückhaltung der öffentlichen Meinung gegenüber diesen Schulen. Sie sind im ganzen unpopulär, werden einerseits als große Belastung, andererseits als unzureichend angesehen. Reformbestrebungen gehen nicht auf einen Ausbau der Fortbildungsschulen sondern auf Verlängerung der allgemeinen Schulpflicht und Ausdehnung der höhern Schulbildung auf eine möglichst weite Anzahl von Schülern. In dieser Richtung ging die Politik der Arbeiterregierung, als Trevelyan Staatssekretär war, und in ihr bewegt sich auch die Propaganda in Schulfragen.<sup>2</sup> 2 Bezirke, Suffolk und Carnarvon, haben bereits die Schulpflicht (für Vollunterricht) bis zum 16. Jahr erhöht. Andere helfen sich mit der Einrichtung von sogenannten Zentralschulen, die begabte Volksschüler in 4jährigen Kursen bis zum vollendeten 16. Jahr aufnehmen und mit Stipendien versehen. Der Unterricht in diesen Schulen ist eine Fortsetzung des Elementarunterrichts, aber mit starker Betonung der wirtschaftlichen und praktischen Seite: Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie, viel Naturwissenschaften und angewandte Mathematik, viel und teilweise sehr hoch qualifizierter Werkunterricht, Holz- und Metallarbeit bei den Knaben, Hauswirtschaft und Nadelarbeiten bei den Mädchen. Mir wurde mitgeteilt, daß die überwiegende Zahl der Schüler in praktische Berufe gehe. London hat zurzeit 51 solcher Schulen. Daneben stehen dann die freiwilligen Abendschulen, die vorwiegend auf Berufsbedürfnisse eingehen, die weit ausgebreiteten "Erwachsenenschulen", die unseren Volkshochschulen entsprechen, und die Heimhochschulen für Arbeiter mit ihrem teils allgemeinbildenden teils mehr sozialistischen Charakter, deren älteste das Ruskin-College in Oxford ist. Aber auch die Fortbildungsschulen sind keine Berufsschulen in unserm Sinn, und das ist für einen Kontinentalen das Erstaunlichste. Sie treiben die gleichen allgemeinbildenden Dinge wie die Elementarschule: englische Literatur und englischen Aufsatz, Gesang, Turnen, Kunstunterricht, Naturwissenschaften und Mathematik oder kaufmännisches Rechnen, dazu Hauswirtschaft und Kinderpflege bei den Mädchen, Werkunterricht bei den Knaben, beides aber ohne besondere Rücksicht auf den Beruf der Schüler. Demzufolge wird anscheinend nur eine Trennung zwischen kaufmännisch und gewerblich arbeitenden Schülern vorgenommen, im übrigen aber werden alle Berufe mit vollstem Vorbedacht gemeinsam unterrichtet. Die Lehrer sind überzeugt, daß die eigentliche Berufsausbildung Aufgabe der Betriebe sei, und daß die Schule das allgemeine geistige Niveau erhöhen, den Erwachsenenschulen vorarbeiten müsse. Mehrere versicherten aber auch, daß die Entwicklung so stark die gelernte Arbeit zurückdränge, der ungelerten das Übergewicht gebe, daß von einem Beruf eigentlich nicht mehr gesprochen werden könne, der beruflichen Gliederung der Erziehung also jeder praktische Wert fehle.

Es ist schwer zu entscheiden, wie weit diese Ansicht recht hat. Jedenfalls liegt hier der Schlüssel zum Verständnis des englischen Schulsystems und seiner Unterschiede von dem unsern. Englands industrielle Bedeutung be-

2) Siehe *Towney Secondary Education for all, a Policy for Labour* /London 1925/.



ruht auf seinen großen Massenindustriellen, die eine hohe Durchschnittsleistung darstellen, ohne für Sonderleistungen viel Raum zu lassen. Was hier neben der praktischen Überlieferung an besonderer technischer Tüchtigkeit gefordert wird, dem genügen Abendunterricht und Fachschulen vollauf. Aber das Schwergewicht liegt für den einzelnen Engländer und liegt auch für die öffentliche Meinung bei weitem nicht so sehr im Beruf wie das bei uns der Fall ist. Dem Lebensbegehren wird ein größerer Raum gegönnt; Sport und das Vergnügen des Wochenendes kommen hinzu. Wer geistig höher steht, sucht die vielfältigen Gelegenheiten zur allgemeinen Weiterbildung. Es ist eine geläufige Phrase, um einen bestimmten Arbeitertypus zu kennzeichnen, daß man sagt: Er besucht Abendklassen. Religiöses Leben in Sekten oder freien Gemeinden bedeutet viel. Und endlich ist die alte Tradition des öffentlichen politischen und gewerkschaftlichen Lebens da. Der Engländer ist durch Tradition und die politischen Verhältnisse weit "gesellschaftlicher" als der Durchschnittsdeutsche. Er erhebt andere Ansprüche an das Leben als die nach beruflichen Pflichten und Erfolgen. Das alles spiegelt sich in seinen Erziehungs- und Unterrichtsideen und läßt den Gedanken der beruflichen Ausbildung zurücktreten. Staatsbürgerliche Bildung von einem bestimmten Beruf, statt von der Übersicht über die gesellschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen ausgehend, erschien ihm als eine Ungeheuerlichkeit.

Hier ist unsere Entwicklung der genaue Gegensatz. Unsere politischen Verhältnisse ebenso wie die enge Gebundenheit unserer kleinen Länder und partikularistisch eingeschachtelten Provinzen, die scharfen Standes- und Klassengrenzen endlich, die Geselligkeit eigentlich nur in den Grenzen eines standesgemäßen Stammtisches aufkommen ließ; das alles verwies den einzelnen auf seinen Beruf als die einzige Lebenssphäre, die ihm Tätigkeit erlaubte. Und das ließ den spezifisch deutschen Typus des "Fachmenschen" entstehen, der mit ausgezeichneter Leistung auf seinem Spezialgebiet und höchster persönlicher Achtbarkeit eine absolute Unwissenheit und Gleichgültigkeit für alles verbindet, was jenseits des Fachs liegt, der sich in keiner menschlichen Gesellschaft zurechtfinden kann, und der mit unabänderlicher Pünktlichkeit auf den "besagten Hammel", seine Fachspezialität, zurückkommt, selbst von den entlegensten Gebieten. Ausdruck dieser Lage ist unsere Schulorganisation geworden, und in noch höherem Maß sind es unsere vom Beruf her bestimmten Schultheorien. Wir haben unser Berufsschulwesen aufs strengste spezialisiert und vollkommen auf die rein fachliche Ausbildung abgestellt, und wir beginnen auch unser höheres Schulwesen auf die späteren beruflichen Erfordernisse zu spezialisieren. Allen Reden über die verschiedenen "Bildungstypen" liegt eigentlich nur dieses Bedürfnis nach Entlastung und Spezialisierung zugrunde. Unglücklicherweise fällt aber dieser Sieg des Gedankens der Berufsausbildung mit einer immer stärkern Aushöhlung des Berufs zusammen.

Der überwiegende Teil unserer Berufsschüler gehört fast überall den ungelerten Arbeitern an, und diese Ungelernten sind meist ein Kreuz und eine Verlegenheit für Schulen, die so ganz und gar wie die deutschen Berufsschulen den Beruf als Lebenszentrum anzusehen vorgeben. Man hat sich bemüht diese Kinder in Klassen einzugliedern, die ihrer Beschäftigung verwandt erschienen. Der Mißerfolg war unvermeidlich und rasch, da die Schüler dem rein fachlichen Unterricht einfach nicht folgen konnten. Man

hat sie in Arbeiterschulen zusammengefaßt und sich bemüht besondere Unterrichtsstoffe für sie zu finden. Bei den Mädchen gab die Hauswirtschaft einen Ausweg, also ein "Beruf", der in einer ungewissen Zukunft liegt und mit der Gegenwart der Schülerinnen wenig zu tun hat. Bei den Knaben blieb nur der Ausweg körperlicher Bildung und staatsbürgerlicher Unterweisung. Damit nähert sich diese Schule der englischen Fortbildungsschule, und zwar um so stärker, je mehr sie ausgebaut ist, je zielbewußter sie arbeitet. Sie verläßt damit aber das Prinzip der Berufsausbildung notgedrungen und versucht statt dessen eine allgemein gesellschaftliche oder, sagen wir, Klassenbildung zu geben, und so wird sie zu einem neuen Schultypus, der noch in sehr unvollkommenen Anfängen steckt, aber fast unbegrenzte Möglichkeiten zeigt, da er junge Menschen umfaßt, die in gesellschaftlicher Arbeit stehen, und da er aus den Bedürfnissen ihrer besondern Lage heraus den Stoff des Unterrichts und die Methode der Erziehung entwickeln muß.

Insofern sind diese Arbeiterschulen, die bisher die Stiefkinder in unserm Schulwesen waren, die zukunftsvollsten. Alle anderen Berufsschulen geraten mehr und mehr in die Sackgasse des rein fachlichen Drills und verfallen bisweilen ganz seltsamen Verirrungen. Ich erinnere mich einer Bäckerklasse, die das Gießen von Zuckerguß mit gefärbtem Zementstaub nachahmte und so die kurze und kostbare Zeit vertat. Ähnliche Dinge wird man fast überall antreffen können, und besonders in Preußen führt die viel zu beschränkte und kurzfristige Ausbildung der Lehrer zu einer Einseitigkeit, die verhängnisvoll für den Geist der Schulen ist. Jeder Durchschnittsunterricht unterliegt der Gefahr Fertigkeiten zu üben statt Kräfte zu entwickeln, Rezepte zu überliefern statt Erkenntnisse zu erarbeiten, auf Prüfungen vorzubereiten statt auf wechselnde Lebenslagen. Das ist in einer krisenhaften Gesellschaft und vor einer schnellen gesellschaftlichen Entwicklung doppelt gefährlich. Wird nun die Erziehung ausschließlich auf einen so winzigen Abschnitt des gesellschaftlichen Lebens eingestellt, wie ihn ein spezialisierter Beruf heute darstellt, so ist es kaum möglich sie vor Erstarrung und Verarmung zu bewahren. Die jungen Menschen aber, die ganz unentwickelt und sehr mangelhaft unterrichtet in die Arbeit und die Schule eintreten, werden auf diese Weise um ihr Anrecht an Leben, Gesellschaft und Kultur ihrer Zeit gebracht.

Wir können nicht den Sprung zurück in eine allgemeine "Bildungsschule" hinein machen. Das hieße Schule und Erziehung isolieren, während wir beides im gesellschaftlichen Leben verwurzeln möchten. So ist auch die englische Auffassung von der unsern abweichend. Mit dem Grundsatz "Höhere Erziehung für alle!" wird eine bürgerlich-individualistische Auffassung von der Arbeiterpartei übernommen; denn die "höhere" Erziehung ist etwas, was ohne Beziehung zum gesellschaftlichen Leben des einzelnen steht und so auf alle unterschiedslos angewandt werden kann. In der Tat führt aber die englische Praxis über diesen Grundsatz wesentlich hinaus. Die sehr weitgehende Freiheit der lokalen Behörden und der Einzelschulen gewährt Versuchen einen günstigen Boden und erleichtert die Anpassung an wirtschaftliche Besonderheiten ungemein. Praktischer Unterricht und Körperpflege sind in den Schulen länger zu Hause als bei uns. Examens- und Berechtigungszwang wirkt sich nicht so verheerend aus wie in unseren höheren Schulen. So sind sehr viele Wege in England beschreitbar, die unseren zentralistisch und bürokratisch verwalteten Schulen verbaut sind. In den Versuchen zu

freierer Selbsttätigkeit (dem Daltons system), in den sehr auf das Leben zugeschnittenen neuen Lehrplänen, in dem System der Zentralschule werden diese Wege beschritten. Und in einem Punkt sind die Engländer uns wesentlich voraus: in ihrem schon heute nicht erfolglosen Bemühen die Vierzehnjährigen, die noch in keiner Weise zur Erwerbsarbeit reif sind, vollkommen für die Erziehung freizustellen.

Ohne unsern Weg zu verlassen, werden wir uns bei vernünftiger Entwicklung unseres Schulwesens auf diesem Weg ihnen nähern. Unsere Aufgabe ist die Berufserziehung zu einer gesellschaftlichen Erziehung zu erweitern, die die Kinder mit dem wirtschaftlichen Leben, der gesellschaftlichen Organisation und der Kultur, in der sie aufwachsen, vertraut macht. Wir haben dieser Erziehung durch Ausdehnung des Jugendschutzes, Erweiterung der Schulpflicht, Ausbau der freiwilligen Bildungseinrichtungen, Befreiung der Schule von bürokratischem Schematismus und Heranziehung aller Arbeits- und Kulturorganisationen zur Mitarbeit Raum zu erobern. Auf diese Weise werden wir uns auf anderm Weg wie die Engländer einem ähnlichen Ziel unter dem Antrieb einer vielfach ähnlichen gesellschaftlichen Lage nähern.

Wahrscheinlich aber wird unsere Entwicklung uns in noch nähere Verbindung mit unserm kontinentalen Nachbarvolk, den Franzosen, führen, deren Schulwesen gerade auf die Entwicklung unserer Berufsschulprobleme mächtig eingewirkt hat. Mag dies in der Vergangenheit nicht immer in glücklicher Weise geschehen sein, so wird doch die für Gesamteuropa notwendige deutsch-französische Kooperation der Zukunft auch zu einem gemeinsamen und doch wieder die Nationen differenzierenden Erziehungsideal führen, das aus der Herrschaft des Berufs heraus und zu dessen Beherrschung herüber, damit zu wahrer Berufung, das heißt zu schöpferischem Menschentum, leitet.

## LISBETH STERN · ZUM WEG DER FRAU

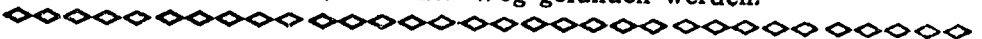
**F**S ist sicher keine vereinzelte Erscheinung, daß für die Frauen, wenn die Gärungen der Übergangsjahre sich gelegt haben, noch eine ganz besonders glückliche und auch gesunde Zeit kommt. Ich kenne mehrere, die dann noch einmal seelisch aufgeblüht sind und sich frei und ruhig eines neuen Lebens freuen. Ich glaube auch tatsächlich, daß die Wandlung jener Jahre beinahe so einschneidend ist wie die der Entwicklungszeit. All die Gefühle, die einem so übergroß schienen, sieht man jetzt abfallen, und man sieht mit Staunen, daß die Welt auch ohne diese Dinge weiterläuft, und sogar sehr gut. Die Spannungen, die die Seele wie in einem Kraftfeld trugen, sind fort, und noch steht man da. Es ist, als wenn die Natur, die dafür zu sorgen hat, daß alles wächst und weiter zeugt, einen nun ad acta legt. In den ganz jungen Jahren ließ sie einen schon schwindlig werden, wenn etwa eine Kompanie Soldaten nur vorbeiging; später war es wohl klarer gerichtet, aber meist blieb es doch ein Wollen und Nichtwollen, ein Zug von Kräften und Gegenkräften. Nun ist man für sie unbrauchbar geworden, und sie läßt einen laufen. Man kann ans Ufer und hat mit einemmal freien und weiten Raum um sich und geht in der Welt umher wie ein neugeladener Gast, der es sich einstweilen nur gut sein läßt.

Nicht etwa, daß ich es mir einfallen ließe die Zeit vorher schmähen zu wollen. Jeder kennt ihre Herrlichkeit, und alle Kunst erzählt von ihr. Aber von den späteren Jahren wird kaum gesprochen oder gar schlecht. Das mag wohl vom Mann kommen, denn die Frau steht in dem ganzen Liebeswirrsal viel mißlicher drin als er, und er mag viele ihrer Leiden gar nicht kennen. In den großen Zeiten der Liebe geht der Trieb bei beiden mit so absoluter Kraft und Souveränität seine Wege, daß nichts von Zweifel aufkommt. Aber es gibt doch auch Zeiten, die nicht recht wissen, wohin, wo der Trieb nur unbestimmt und unsicher sein Wesen treibt. Und diese Zeiten, meine ich, bedeuten für die Frauen mehr als für den Mann. Da mögen Stolz und Körpergefühl und Ehrlichkeit allerhand Hemmnisse dazwischen schieben, oft natürlich auch der Gedanke der nichtgewünschten Befruchtung. Daß aber überhaupt in den primären Trieb so viel von Rücksicht und Klugheit sich eindrängen kann, das scheint mir das Schlimme, was auf die Dauer wie ein Gift in Körper und Seele wirken muß. Schon das ganz Äußere bindet ja den Mann nicht so sehr an diese Dinge. Er kann durch seine Arbeit immer wo anders hin, meist auch in einen andern Raum, während die Frau in ihrer Arbeit sich immer in die Runde dreht, und kommt der Mann nach Haus, sind noch die selben Dinge da. Übrigens hat wohl kein anderer all die seelischen Kompliziertheiten, die sich in der bürgerlichen Familie entwickeln, so gut gesehen wie Jakob Wassermann (in seinem Buch *Laudin und die Seinen*), wohl auch keiner ihren seelischen Wert so gut verstanden.

Sind die Kinder noch klein, dann sind keine Bedenken für die Frau. Der Tag ist voller Arbeit und läuft ohne Lücke vorüber. Aber das sind doch nicht viele Jahre. Sind die Kinder größer, dann bleiben wohl die Sorgen, das Ängstigen ist auch da, aber keine Arbeit, die eine volle Kraft ausfüllen kann. Es sind das alles schwierige Dinge. Eine Frau von heute hat doch schon den Segen einer Arbeit kennen gelernt, die den einzelnen weiter mit den anderen verknüpft. Und zu Hause nur diese tausend Sorgen, die nie ihre Seele freilassen, aber sie auch nicht füllen können. Dazu im Untergrund der doch bittere Stachel, daß der Mann der wirtschaftlich Unterhaltende ist, und daß doch immerhin für den Nehmenden Verpflichtungen da sind.

So gibt es tausend und abertausend ungelöste Sehnsüchte in der Frau, die, glaube ich, schon so sehr zu ihr gehören, daß sie kaum ihr Leben ohne sie denken kann, und die sie schon ganz gewohnheitsmäßig immer wieder überdeckt. Es wundert mich auch gar nicht, wenn oft nichts mehr von Freiheit und von Selbstbewußtsein übrigbleibt, und wenn ihr Leben dann weiterläuft, klappernd wie eine leerlaufende Maschine. Die anderen aber, die noch einmal frisch anfangen können, fühlen meist wohl mit Dank, daß nach all dem Herrlichen nun doch noch ein anderes kommt, ruhig und weit und klar.

Wie aber dieser Weg aus der Familie heraus in weitere Zusammenhänge sich wieder mit Arbeit füllen kann und wieder lebendig werden: das scheint sich fast mit unüberwindlichen äußeren Schwierigkeiten zu verknüpfen. Auf die alte Art geht es nicht. Und auch nicht dadurch, daß die Frau einfach in die Zone des Mannes einzudringen sucht; dadurch wird nur die Anzahl der Arbeitenden vergrößert, dem Inhalt der Arbeit wird nichts hinzugefügt. Nur wenn ein ganz Neues das Ziel zeigt, der Sinn sich vom überpersönlich Notwendigen bestimmen läßt, kann der Weg gefunden werden.



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Staatssozialismus / Walther Pahl

**Deutsche Reichsbahn** Die Kritik, die an der Finanzpolitik der Deutschen Reichsbahngesellschaft geübt wird, hat in den letzten Monaten an Heftigkeit zugenommen. Es soll zu den Angriffen nicht näher Stellung genommen werden, denen der jetzige Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft in letzter Zeit ausgesetzt war, es sei nur ein kurzer Überblick über die Finanzlage der Reichsbahn gegeben, soweit das bei dem lückenhaften Zahlenmaterial möglich ist. In den ersten 9 Monaten des laufenden Geschäftsjahrs, das diesmal bekanntlich den Zeitraum vom 1. Oktober 1924 bis zum 31. Dezember 1925 umfaßt, hat die Reichsbahn einen Überschuß von 565 Millionen über die laufenden Ausgaben hinaus erzielt. Nimmt man an, daß sich die Differenz zwischen Monatseinnahme und -ausgabe bis zum Ende des Geschäftsjahrs auf der gleichen Höhe halten wird, so wird der Gesamtüberschuß am 31. Dezember 1925 945 Millionen Mark betragen. Die Dawesverpflichtungen belasten das 1. Geschäftsjahr mit 510 Millionen Mark (200 Millionen bis zum 31. August 1925, 200 Millionen bis zum 31. Dezember 1925, 110 Millionen gesetzliche Rücklage), so daß ein Betrag von 435 Millionen übrig bleiben wird. Mit diesem Betrag, also aus den laufenden Einnahmen, deckt die Reichsbahngesellschaft sämtliche außerordentlichen Ausgaben des gegenwärtigen Geschäftsjahrs. An und für sich ist das Verfahren Ausgaben für werbende Zwecke aus den Betriebseinnahmen zu decken mit den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung völlig unvereinbar. Seine Rechtfertigung vermag es nur in der augenblicklichen Gesamtfinanzlage zu finden. Die Reichsbahngesellschaft ist in einem gewissen Umfang genötigt außerordentliche Ausgaben zu machen. Die Rhein- und Ruhrbahnen sind wiederherzustellen, die Betriebssicherheit verlangt eine Erneuerung des Oberbaus und der Brücken, die Sicherungseinrichtungen müssen vervollkommen werden. Um die Ausgaben für diese notwendigen werbenden Anlagen zu decken, ist nach Ansicht der Reichsbahnverwaltung nur der Weg gangbar Abschreibungen vorzunehmen, weil die Aufnahme einer Anleihe oder die Begebung der Masse der Vorzugs-

aktien zurzeit noch unmöglich ist. Für die gesamte deutsche Wirtschaft muß dieses Verfahren zweifelsohne Nachteile bringen. Sie weiß nicht, wie sie ihre Betriebe notdürftigst aufrechterhalten soll, während die Reichsbahngesellschaft kraft ihrer Monopolstellung aus ihren laufenden Einnahmen außerplanmäßige Reserven anlegt. Entscheidend ist aber für die Reichsbahn die Notwendigkeit der ihr durch das Dawesgesetz auferlegten Finanzpflicht zu genügen. Eine andere Frage ist es, ob die Reichsbahn in anderer Beziehung sparsam wirtschaftet. Vor allem muß hier auf die unproduktiven persönlichen Ausgaben hingewiesen werden, die der Personalabbau keineswegs beseitigt hat. Es werden immer noch 770 000 Personen, gegenüber 690 000 vor dem Krieg, bei der Reichsbahn beschäftigt. Weiter muß mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür gesorgt werden, daß der Verkehr in den heute noch überreichen Fahrzeugpark hineinwächst, der große, vollkommen unproduktive Ausgaben verursacht. Eine Verbesserung mancher Einrichtungen der Reichsbahn könnte dazu wesentlich beitragen (siehe hierzu auch die Rundschau Verkehr, in diesem Band Seite 723 und folgende).

**Elektrizitätswirtschaft**

Auf keinem Gebiet der Wirtschaft hat die Zentralisation in der öffentlichen Hand eine so zweifelsfreie Berechtigung wie auf dem der öffentlichen Kraftversorgung. Die Rentabilität ist bei den Kraftversorgungsunternehmungen von vornherein gesichert, wenn die Betriebs- und Tarifpolitik nur einigermaßen vernünftig ist; das Risiko ist beschränkt, weil das spekulative Moment vollkommen ausgeschaltet ist. Wenn die kaufmännischen Gesichtspunkte zurücktreten, braucht die Verwaltung noch nicht bürokratisch schwerfällig zu sein; vielmehr wird die Betriebsleitung gemeinnützig eingestellt, wie es gerade hier das öffentliche Interesse erfordert, weil Kraftversorgungswirtschaft in hervorragendem Maß Monopolwirtschaft ist. Für ein bestimmtes Wirtschaftsgebiet existiert in der Regel nur eine Stromquelle, die alle Verbraucher dieses Gebiets mit Strom versorgt. Bei der privaten Bewirtschaftung der Elektrizität ist die Gefahr sehr groß, daß mit der Monopolstellung ein Mißbrauch zum Nachteil der Verbraucher getrieben wird.

Neuerdings beginnt sich auch der *preussische* Staat, durch Sachsens Erfolge ermutigt, in größerem Umfang auf dem Gebiet der Großkraftwirtschaft zu betätigen. Finanziell wird ihm das vor allem dadurch ermöglicht, daß ihm vom Reich für die Verluste in den abgetretenen Gebieten 50 Millionen Mark mit der Bestimmung zur Wiederanlage in werbendem Staatseigentum überwiesen worden sind. Diese Summe hat Preußen zunächst zum Erwerb von 12 Millionen Aktien des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks benutzt. Der prozentuale Anteil, den damit der preussische Staat an diesem Werk hat, ist allerdings quantitativ gering, er beträgt nicht ganz 10% des gesamten Aktienkapitals. Indessen ist die Überführung dieses Teilbetrags in die öffentliche Hand doch wichtig. Das wird deutlich, wenn man die Verhältnisse berücksichtigt, die vor dem Eintritt des preussischen Staates in dem Werk herrschten. Bei diesem Unternehmen befanden sich nämlich 52% in den Händen der Kommunen, während die Großindustrie 48% besaß. Obgleich die Kommunen ein Übergewicht hatten, zeigte es sich, daß die Tarif- und Betriebspolitik weitgehend von den großindustriellen Teilhabern beherrscht wurde. Die Kommunen leisteten ihnen nicht genügend Widerstand, weil sie auf ihre Hauptsteuerzahler Rücksicht nehmen zu müssen glaubten. Nachdem nunmehr der Staat 10% der Aktien, die sich bisher in großindustriellem Besitz befanden, erworben hat, ist es so gut wie ausgeschlossen, daß das Werk in tariflichen Fragen eine Politik treibt, die die Großindustrie zuungunsten der Kleinabnehmer begünstigt. Ferner ist neuerdings die qualifizierte Aktienmehrheit der Aktiengesellschaft Siemens Elektrische Betriebe in Hamburg aus dem Besitz der Siemens-Schuckert-Gruppe und Schweizer Aktionäre in den Besitz des preussischen Staates übergegangen. Mit diesem Aktienpaket ist zugleich auch die Siemenssche Tochtergesellschaft Kraftwerk Unterweser in die Hand des preussischen Staates gelangt; sie heißt jetzt Nordwestdeutsche Kraftwerke. Die Bedeutung dieses Erwerbs für den preussischen Staat liegt zunächst in der Ausdehnung seines elektrowirtschaftlichen Einflusses auf das große, im Norden an das Stromversorgungsgebiet der bekanntlich schon länger im staatlichen Besitz befindlichen Großkraftwerke Hannover angrenzende Wirtschaftsgebiet, das von der holländischen Grenze bis nach Wismar reicht.

Maßgebend für den Erwerb war vor allem auch der wirtschaftliche Gesichtspunkt durch Verbindung der Leitungsnetze der Siemens Elektrische Betriebe und der Großkraftwerke Hannover eine Verbesserung in der Ausnutzung der in den Gebieten vorhandenen Stromerzeugungsstätten zu erreichen.

Es ist bitter notwendig, daß der Gedanke des Zusammenschlusses der einzelnen Leitungsnetze allmählich in der ganzen deutschen Elektrizitätswirtschaft zur Geltung gelangt. Neuerdings hat uns erst wieder der Streit Thüringens mit dem Reich und mit Preußen wegen einer neuen Kraftanlage an der oberen Saale zum Bewußtsein gebracht, wie hemmend der Elektrizitätspartikularismus wirkt.

Seine größte Wasserkraftanlage besitzt Deutschland in dem Inner Kraftwerk, das die Wasserkraft des Inns in Elektrizität umwandelt. Seit einigen Monaten ist es voll in Betrieb. Der Bau wurde im Frühjahr 1919 begonnen und ausschließlich mit Geldern des Reiches finanziert. In dem neuen Werk werden täglich rund 1,5 Millionen Kilowattstunden erzeugt; angesichts der stark schwankenden Wasserverhältnisse beträgt die Jahresleistung 465 Millionen Kilowattstunden, was einer Arbeitsleistung von rund 10 Millionen Zentner Steinkohle entspricht. Die gewonnene elektrische Kraft wird nicht für die Elektrizitätsversorgung Bayerns und anderer deutscher Gebiete verwendet sondern ausschließlich für die elektrochemische Industrie, für die Herstellung von Aluminium und Kalkstickstoff. Mit der Hälfte des Stromes werden täglich in der neben dem Krafthaus errichteten Fabrikanlage 30 000 Kilogramm Reinaluminium erzeugt. Die innaufwärts gelegenen privaten Stickstoffwerke bei Trostberg verbrauchen die andere Stromhälfte. Mit der Fertigstellung des Innwerks dürfte die Wasserkrafterschließung Bayerns einen gewissen Abschluß erreicht haben. Es gibt nunmehr in Bayern 3 große staatliche Kraftwerke: die Werke des Walchensees, der mittlern Isar und des Inns.

An der Durchführung der Elektrizitätspläne des *thüringischen* Staates wird erfolgreich gearbeitet. Die Thüringische Landeselektrizitätsversorgungsaktiengesellschaft, die im Herbst 1924 unter Mitwirkung privater Interessentkreise vom Staat gegründet wurde, entfaltet eine intensive Tätigkeit. Auf den Strecken Gispersleben-Erfurt-Weimar-Apolda ist die das ganze Land

kreisförmig umspannende Landessammelschiene in Betrieb, während die Strecken Apolda-Burgau- (Zeißkraftwerk-) Saalfeld-Sonneberg und Erfurt-Eisenach sich im Bau befinden. An Kraftquellen stehen zur Verfügung das soeben in Betrieb genommene Wasserkraftwerk Spichra an der Werra, ein Besitz der Werrakraftwerke, deren Aktienmehrheit in den Händen der Thüringischen Landeselektrizitätsversorgungsgesellschaft ist, ferner die Großkraftwerke Erfurt, eine Gründung der Aktiengesellschaft Thüringerwerke und der Stadt Erfurt, und schließlich die Aktiengesellschaft Kraftwerke Thüringen-Gispersleben, an der die Landeselektrizitätsversorgungsgesellschaft durch erheblichen Aktienbesitz beteiligt ist. Ein neues Kraftwerk bei Frankenroda wird demnächst in Betrieb genommen werden. Ein Stromlieferungsvertrag besteht zwischen Thüringen und den Sächsischen Werken, auf Grund dessen die Sächsischen Werke eine 50 Kilometer-Leitung von dem Böhlener Kraftwerk bei Leipzig nach Jena zum Anschluß an die Landessammelschiene bauen wollen. Der thüringische Staat denkt jetzt an eine Ausnutzung der Saalewasserkräfte und hat zu diesem Zweck die Aktiengesellschaft Obere Saale gegründet. Den Interessen des preußischen Staates läuft dieser Plan zuwider, weil er seine Absicht stört ein Regulierungsbecken für die Wasserversorgung des Mittellandkanals zu erbauen. Preußen hat eine Feststellungsklage gegen die Gesellschaft Obere Saale angestrengt.

#### Aluminiumsyndikat

Sämtliche deutschen Aluminiumwalzwerke haben sich zu einem Aluminiumwalzwerksyndikat zusammengeschlossen. Das Reich ist an diesem Kartell durch die Eisen- und Metallindustrie-gesellschaft in Bonn, die Aluminiumbleche fabriziert, und durch die Rheinisch-Westfälischen Kupferwerke in Olpe, die Draht produzieren, beteiligt. Die Anteile beider Werke befinden sich in den Händen des Deutschen Reichs. Damit erhält das Reich die Möglichkeit auf die Produktions- und Preispolitik des neugegründeten Syndikats einen gewissen Einfluß auszuüben, den es durch sein Monopol in der Aluminiumproduktion noch wesentlich verstärken kann. Das Syndikat sieht gemeinsamen Einkauf des Rohmaterials vor. Als Hauptlieferant kommen die dem Reich gehörigen Vereinigten Aluminiumwerke in Frage (eine der 3 großen Industrie-

gruppen, die das Reich aus der Kriegsindustrie heraus geschaffen hat), das heißt das Lautawerk, das Erftwerk und das Innwerk. Die Produktionskapazität dieser 3 Betriebe beträgt zurzeit zirka 35 000 Tonnen im Jahr. Die Aluminiemeinfuhr aus dem Ausland ist nicht so erheblich (sie betrug im Jahr 1924 5470 Tonnen), daß das Reich daran gehindert werden könnte auf die Preispolitik des Syndikats stark einzuwirken. Außerdem ist es wahrscheinlich, daß sich Deutschland, nachdem das Innwerk jetzt voll in Betrieb genommen wurde, vom ausländischen Markt ganz unabhängig machen wird. Um so befremdender muß es berühren, wenn man erfährt, daß das neue Syndikat seine Listenpreise für Aluminiumbleche und -rondelle um 10 bis 15 % erhöht hat, obwohl der Verband (es bestand schon vor der Kartellgründung eine lose Konvention in der Form des Aluminiumwalzwerkverbands) lange Zeit keine Preiserhöhung vorgenommen hatte.

#### England: Kohlenkrise

Für England liegt das Kohlenproblem deshalb besonders schwierig, weil die englische Kohlenindustrie unorganisiert ist und darum außer der gesteigerten internationalen Konkurrenz, einer Folge der wachsenden Absatzkrise, im Gegensatz zu ihren meist kartellierten Konkurrenten, noch eine verschärfte Konkurrenz der einzelnen Betriebe untereinander zu ertragen hat. Außerdem ist in England die Verarbeitung der Rohkohle noch wenig entwickelt, und die Ausrüstung der Gruben seit Jahren im Rückstand geblieben. Interessant ist für den Sozialisten der Ausweg, den man in England aus der Kohlenkrise gefunden hat. Es hat sich bald gezeigt, daß weder die Arbeiter noch die Unternehmer an der weiteren Verschlimmerung der Lage die Schuld trugen. Eine systematische Untersuchung der staatlichen Untersuchungskommission stellte ausdrücklich fest, daß sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmer durch die Not der Kohlenwirtschaft in eine Lage gedrängt wurden, in der sie einander keinerlei Konzessionen mehr zu machen vermögen. Der Kampf dieser beiden Parteien darf also nicht unter politischen Gesichtspunkten angesehen werden, wenn man ihn richtig würdigen will. Es handelt sich hier um den Existenzkampf zweier, durch Schicksalsgemeinschaft an einander geketteter Interessengruppen, der im Grunde weniger gegen einander als gegen die Konsum-

menten gerichtet ist. Diese Tatsache hat denn auch zum Eingreifen der Regierung geführt. Der drohende Kohlenstreik wurde im letzten Augenblick dadurch verhindert, daß der Staat die Garantie für die Erfüllung der an sich unvereinbaren Mindestforderungen beider Parteien übernahm. Mit Mitteln der Allgemeinheit wird also nunmehr die unvermeidliche Lücke zwischen den Einnahmen der Betriebe und dem garantierten Einkommen der Arbeiter respektive Unternehmer ausgefüllt. Damit ist natürlich das englische Kohlenproblem noch nicht endgültig gelöst. Die große Enquete, die zurzeit veranstaltet und vermutlich im Mai nächsten Jahres beendet sein wird, wird festzustellen haben, was schließlich zu tun ist, um den dauernden Krisenzustand zu beseitigen. Ihr Ergebnis wird darüber entscheiden, ob die Sozialisierung der Kohlenindustrie als letzter Ausweg notwendig ist, oder ob privatwirtschaftliche Maßnahmen technischer, organisatorischer und finanzieller Art ausreichen. Zweifellos besteht die Möglichkeit diesen Weg zu beschreiten, also durch organisatorische Zusammenfassung der zersplitterten Einzelbetriebe, durch Modernisierung der Grubenausrüstungen usw. die Lebensfähigkeit des Kohlenbergbaus zu erhöhen und seine Selbständigkeit zu erhalten. Eine endgültige Lösung der Krise ist jedoch von der Anwendung dieser Mittel um so weniger zu erwarten, als es sich hierbei um äußerst langfristige Prozesse handelt, deren schließliche Erfolge unter den gegenwärtigen Umständen kaum abgewartet werden können. Andererseits hat der Staat mit der Regelung des letzten Konflikts durch die Gewährung einer Subvention à fonds perdu einen großen Schritt auf dem Weg zur Sozialisierung der Kohlenindustrie getan: Die Möglichkeit, daß er den einmal beschrittenen Weg weitergeht, ist durchaus nicht von der Hand zu weisen. Man muß sich hier klarmachen, was Staatssubventionen überhaupt bedeuten. Dem innern Wesen der freien, ungebundenen Wirtschaft widerspricht das Institut der Staatssubvention. Wenn sich die freie Wirtschaft auf den Weg der Staatssubvention begibt, dann ist es nur recht und billig, daß der Staat eine Kontrolle über den Wirtschaftsbetrieb ausübt. Es fragt sich nur, ob der Staat Rückgrat genug besitzt, um vor der Konsequenz nicht zurückzuschrecken und den nach Subventionen rufenden Unternehmern die Art ihres Wirtschaftsbetriebs vorzuschreiben.

Es ist charakteristisch, daß sich heute die Fälle häufen, in denen gewisse Industrien nach Staatssubvention verlangen, während es vor dem Krieg sehr selten vorkam, daß eine solche Forderung erhoben wurde. Auch die deutschen Bergwerke haben einen Staatskredit verlangt. Die chemische Industrie hat neuerdings Subventionsforderungen erhoben. Die Schiffahrt hat sich von jeher nur durch Staatssubventionen erhalten.

**Totenliste** Am 20. April starb der ehemalige Reichspostminister *Anton Hölle* (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 304). Er wurde am 19. Oktober 1882 geboren. Dem Reichstag hat er seit 1921 als Mitglied der Zentrumsfraktion angehört. Im Jahr 1923 wurde er Postminister. Als solcher hat er sich um die Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Budget der Reichspost große Verdienste erworben. Am 9. Januar 1925 legte er sein Amt nieder, weil er in die sogenannte Barmataffäre und in die Kreditaffäre der Depositen- und Handelsbank verwickelt wurde. Er starb als das Opfer parteipolitischer Verhetzung.

Am 11. August starb in Berlin *Eduard Arnhold*, im Alter von 76 Jahren. Arnhold galt als Spezialist des Verkehrswesens und war in Tariffragen Autorität. Er war Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der Tarifkommission der Eisenbahn, und seine besondere Vertrautheit mit allen Verkehrs- und Tariffragen machte ihn auch bei der Gründung der Reichsbahngesellschaft zum Mitglied ihres Verwaltungsrats. Früher gehörte Arnhold außerdem dem Zentralausschuß der Reichsbank an.

**Kurze Chronik** Das Kuratorium für Spar- und Vereinfachungsmaßnahmen in Berlin hat *Preise* in der Höhe von 18 000 Mark für zusammenhängende und umfassende Vorschläge zur wirtschaftlichen Gestaltung der gesamten öffentlichen Verwaltung Deutschlands ausgeschrieben. Erwünscht sind auch Arbeiten über Teilprobleme. Das Kuratorium hofft vor allem solche Arbeiten zu erhalten, die von der Grundauffassung ausgehen, daß Sparsamkeit nicht so sehr ein gewissermaßen negatives, das heißt Ausgaben vermeidendes Prinzip ist, daß sie vielmehr ein eminent positives, das heißt den Nutzeffekt der Ausgaben steigerndes Ziel haben muß. ◊ Auf dem *Breslauer Gewerkschaftskongreß* fanden Anträge, die sich



mit der Förderung der deutschen Bauhüttenbewegung und der Arbeiterbank beschäftigten, einstimmige Unterstützung. Hermann Jäckel hob in seinem Referat über Wirtschaftsdemokratie die Bedeutung hervor, die die eigenen Betriebe und deren Finanzkraft in dem Kampf der Arbeiterschaft um Demokratisierung der Wirtschaft haben. Die Bauhüttenbewegung und die Arbeiterbank hätten Wege gezeigt, auf denen sich die Arbeiterschaft vom privaten Kapital unabhängig machen könne. Dazu kämen als wichtige Machtpositionen für die Demokratisierung der Wirtschaft die Betriebe der öffentlichen Hand. ◊ An Stelle des verstorbenen Reichsbahndirektionspräsidenten Sarre ernannte Delacroix, der Treuhänder für die Reichsbahnobligationen, Paul Habich zum Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Habich ist 59 Jahre alt. Er war vielfach im Ausland tätig, so in leitender Stellung beim Bau der Anatolischen und der Bagdadbahn. Er veranschlagte ferner als Direktor der Aktiengesellschaft überseeischer Bauunternehmungen den Bau der Cordillerenbahnen und einer Bahn in Chile und hielt sich zu diesem Zweck wiederholt in Nord- und Südamerika auf.

**Literatur** In seiner Arbeit *Die Methoden und Probleme in der Bemessung der Einkommensteuer* /Halberstadt, H. Meyer/ untersucht Paul Naumann, inwieweit die bisherigen Methoden in der praktischen Handhabung der Einkommenbesteuerung eine wirklich gleichmäßige, der Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers genau entsprechende Besteuerung gewährleisten. Der Verfasser findet überall Lücken und macht praktische Vorschläge für eine Umgestaltung der Einkommensteuer im Sinn des Gerechtigkeitsprinzips. Er stellt einen Formeltarif auf, um einen ebenmäßigen Verlauf der Belastungskurve zu erreichen, zeigt die Vorzüge eines gleitenden Existenzminimums und fordert eine konsequente Durchführung der Haushaltsbesteuerung. Bei der Berücksichtigung besonderer individueller Verhältnisse will der Verfasser die Kannvorschrift, da sie nicht im Sinn der Gerechtigkeit sei, durch eine Mußvorschrift ersetzt wissen. Diese Forderungen sind in der Tat durchaus berechtigt. Man muß dem Verfasser Dank dafür wissen, daß er einmal systematisch die Mängel der heutigen Einkommenbesteuerung aufgezeigt hat. ◊ Mit dem Problem einer durch-

greifenden Neuregelung des gesamten Steuerwesens beschäftigt sich der ehemalige Ministerialrat Walter Moll in einer Broschüre *Steuervereinfachung und Steuergerechtigkeit* /Berlin, Carl Heymann/. Obwohl die Darlegungen an manchen Stellen zum Widerspruch herausfordern, ist doch sehr beachtenswert, was der Verfasser über die Zusammenhanglosigkeit unseres gegenwärtigen Steuersystems ausführt. Gerade die Einführung der neuen Steuergesetze macht es uns zur Pflicht die Diskussion über eine Neuorientierung unseres gesamten Steuerwesens mit allem Nachdruck fortzusetzen. ◊ Den Problemen der Bodenpolitik in Palästina ist eine Schrift *Abraham Granovskys* gewidmet /Berlin, Jüdischer Verlag/. Die Bodenfrage in Palästina steht im Mittelpunkt des allgemeinen jüdischen Interesses. In der Theorie ist heute der Jüdische Nationalfonds das Instrument der jüdischen Bodenpolitik in Erez Israel, dessen Bestreben es ist den privaten Erwerb von Grund und Boden zu verhindern und eine allmähliche Nationalisierung des gesamten jüdischen Bodenbesitzes herbeizuführen. In Wirklichkeit spielt aber die Privatinitiative im Bodenkauf eine große Rolle. Schon lassen sich die ersten Erscheinungen einer Bodenspekulation feststellen. In dem vorliegenden Buch macht der Verfasser Vorschläge für eine Stärkung der Machtstellung des Jüdischen Nationalfonds durch die zionistische Organisation. Er fordert unter anderm, daß diesem durch die Zuerkennung des Vorkaufsrechts die Möglichkeit gegeben wird unter gewissen Voraussetzungen jeden privatjüdischen Boden in nationalen umzuwandeln. Das Buch verdient von jedem an der Bodenfrage Interessierten beachtet zu werden. ◊ Einer der besten Kenner der englischen Bodenreformbewegung, Karl Schewe, behandelt in dem Buch *Bodenreform und Bodenreformpartei in England* /Jena, Gustav Fischer/ das mißglückte Experiment der englischen Bodenreformpartei. So temperamentvoll das Buch geschrieben ist, man hat doch den Eindruck, daß der Verfasser von der recht unbedeutenden Angelegenheit zu viel Aufhebens macht. ◊ Die bereits im 2. Jahrgang stehende Zeitschrift für *Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde* *Die Arbeit*, herausgegeben von Theodor Leipart /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/, bringt sehr lesenswerte Aufsätze Martin Wagners über Probleme der Gemeinwirtschaft.

Frauenbewegung / Meta Corssen

Baader †

Am 23. Juli starb in Berlin im Virchowkrankenhaus Ottilie Baader, im Alter von

78 Jahren (siehe die Rundschau Sozialistische Bewegung, in diesem Band Seite 499). Ihr ganzes Leben war der Arbeit für die Befreiung der Arbeiterklasse, zumal der Frauen, gewidmet. Einen »steinigen Weg« nennt sie es selbst in ihren Lebenserinnerungen /1921/, die ein in seiner Schlichtheit und Sachlichkeit ergreifendes Bild von den Mühen und Kämpfen aus jener heroischen Epoche der Arbeiterbewegung geben. Baader lernte schon als Kind Not und Sorge kennen. Später verdiente sie durch Fabrikarbeit und Heimarbeit mühselig einen kärglichen Lebensunterhalt, und sie wuchs allmählich hinein in die Bewegung, die um die Menschenwürde der Ausgebeuteten und Unterdrückten kämpfte. Sie rief dann ihre Geschlechtsgenossinnen zum Selbstbewußtsein und zum Handeln auf; mit Emma Ihrer und Clara Zetkin wirkte sie an der in den neunziger Jahren beginnenden Frauenagitation, die mit heute kaum noch vorstellbaren Schwierigkeiten, Schikanen und Brutalitäten seitens der Behörden zu kämpfen hatte und vor allem durch das Gesetz, das den Frauen die Beteiligung an politischen Vereinen verbot, auf Schritt und Tritt gehemmt war. Die Leitung der Agitation wurde im Jahr 1894 einzelnen Vertrauenspersonen übergeben, und alle Fäden liefen in der Hand der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands zusammen. Auf diesen Posten wurde Baader im Jahr 1899 gewählt, und sie füllte ihn mit Hingabe und Opferfreudigkeit bis zum Jahr 1908 aus, bis die Frauenbewegung in die Partei eingefügt wurde. Sie selbst hatte sich alles Wissen mühsam erarbeitet; nur 3 Jahre hatte sie als Kind die Volksschule besuchen können. Sie führte ihre unermüdliche Agitationsarbeit, die in erster Linie immer dem Schutz der Arbeiterinnen, der Besserung ihrer elenden Verhältnisse galt, jahrelang neben ihrer eigenen anstrengenden Erwerbstätigkeit durch, bis sie ihr zuletzt, als die Stelle der Vertrauensperson besodet wurde, ihre volle Kraft widmen konnte. Von den dornenvollen und kampfreichen Anfängen bis in die stille zähe Kleinarbeit späterer Jahre diente sie der Sache mit unveränderter Treue. Und auch nachdem sie bescheiden aus ihrer leitenden Stellung zurückgetreten war, nahm sie bis zu ihrem Tod lebendigsten Anteil

an allen Fragen der Arbeiterinnenbewegung. Liebe und Vertrauen lohnten ihre Mühe, die Parteimutter nannten die Genossinnen die Frau, die ihnen lange Jahre hindurch eine stets hilfsbereite Führerin gewesen war. In ihren Erinnerungen, in denen sie ihr eigenes Ich ganz hinter der Bewegung, als deren Glied sie sich fühlte, zurücktreten ließ, bleibt ihr Bild doch deutlich erhalten; als das einer starken und schlichten Persönlichkeit, einer mütterlichen Frau.

**Kulturleistung** In einem doppelten Sinn erscheint in dem Buch Gertrud Bäurers Die seelische Krisis/Berlin, F. A. Herbig/, einer Sammlung von Aufsätzen, die nach einander entstanden sind, die aber doch eine gedanklich und gefühlsmäßig einheitliche Auseinandersetzung mit den geistigen Strömungen der Zeit darstellen, der gegenwärtige Zustand der Frauenbewegung als Krisis. Die Frauenbewegung steht an dem Wendepunkt, an dem sie von dem Kampf um Rechte und freie Bahn zur Bewährung übergehen muß, zur Leistung in den errungenen Stellungen, wo den wenigen, die die Wege öffneten, die anderen folgen müssen, die größtenteils noch befangen in alter Gebundenheit sind. Und die Frauenbewegung ist in die Erschütterung und Gespaltenheit des gesamten heutigen Lebens hineingestellt, sie hat teil an der allgemeinen seelischen Krisis unserer Zeit. Als das Wesen dieser Krisis erscheint Bäumer der Zwiespalt zwischen den Formen des Lebens, die erstarrt, seelenlos geworden sind, und den neuen seelischen Kräften, die wohl alte Formen sprengen können, aber aus ihrem chaotischen Zustand nicht zu neuer Form gelangen. (Symptomatisch ist ihr dafür besonders der starke Einfluß Dostojewskijs auf die junge Generation, von dem sie eine Zerstörung der abendländischen Kultur, ein Hinabgleiten ins Ungebändigte, Formlose befürchtet.) Sinn und Aufgabe der Frauenbewegung liegen in der Mitarbeit an neuen beseelten Lebensformen. Die alten Möglichkeiten innerhalb des Hauses eine seelisch lebendige Atmosphäre zu schaffen sind größtenteils vernichtet; die Frau muß, wenn sie überhaupt wirken will, in größeren Lebenskreisen wirken. Bäumer sieht als die treibende Kraft der Frauenbewegung den Willen der Frauen an die Kultur mitzugestalten, ihr den weiblichen Einschlag, ein weibliches Gepräge zu geben. Es ist hier nicht damit gemeint, wie in manchen feministischen

Gedankengängen, die männliche Kultur solle durch eine bessere weibliche ersetzt werden; der »Kulturwille« der Frauen ist »das Suchen nach Einordnung ihrer Kraft in die Kulturwelt«. Bäumer betont, daß Mann und Frau alles Wesentliche gemeinsam haben, sie lehnt ausdrücklich jedes theoretisch konstruierte Weiblichkeitsschema ab. Die Frau muß über alle Ideale und Schablonen, die man um sie herum gebaut hat, hinweg den Weg zu sich selbst, zu innerer Unabhängigkeit und Ursprünglichkeit finden, und sie wird dann zu Kulturleistungen gelangen, deren genauere Umrisse sich heute noch nicht zeichnen lassen. Ohne solchen Willen zu eigenem Schaffen hätte in der Tat die Frauenbewegung keinen Sinn, ja sie könnte ohne ihn nicht existieren, sie müßte, nachdem die äußeren Rechte im wesentlichen erkämpft sind, sich auflösen. Besteht aber das Gefühl der Verpflichtung zur eigenen Leistung, so zeigt sich, daß mit der formalen Gleichstellung erst das wenigste getan ist, daß erst eine Umformung ganzer Lebenszustände eintreten muß, damit der Frau die Möglichkeit vollen unabhängigen Lebens gegeben wird. Bäumer bezeichnet als einen der wichtigsten Punkte, daß viel mehr Formen der Verbindung von Beruf und Ehe gefunden werden müssen, und daß dazu vor allem die häusliche Arbeit vereinfacht werden muß. Sie vermeidet es heute schon die Eigenart der weiblichen Kulturleistung zu definieren. Aber die Richtung, die der weibliche Wille nehmen muß, deutet sie an in einem symbolisch gehaltenen Artikel, in dem sie, in der Form eines Zukunftsraums die »unerhörte Tat« der Iphigenie: Mut zur Wahrheit und Absage an die Grausamkeit, als den rettenden Entschluß der Frauen erscheinen läßt. Dies Bekenntnis zu den Mächten reiner Menschlichkeit könnte vielleicht noch kraftvoller, überzeugender sein. (Ist es, übrigens, allein weiblich? Wird es nicht von einem Mann formuliert?) Aber dem Buch fehlt überhaupt, so fein und klug es bestimmte Probleme der Gegenwart durchleuchtet, der bezwingende Glaube an eine neue Welt. Das hängt mit der Grundeinstellung der Verfasserin zusammen, die in den anderen Teilen des Buches noch deutlicher hervortritt. Sie sieht die Seelenlosigkeit unserer Zivilisation, sie möchte das Leben wieder erwecken, aber sie schreckt zurück vor der seelenauffüttelnden Gewalt Dostojewskijs, sie warnt davor sich ihr hinzugeben, weil sie ins Chaos führe. Und sie weiß doch, daß das Chaos der Anfang neuer

lebendiger Formen ist. Es ist richtig, daß der Protest des Herzens nicht genügt die Welt umzuschaffen, daß der gestaltende Geist in Tätigkeit treten muß. Aber zuerst muß der Protest des Herzens da sein. Bäumer aber will, daß gegenüber der alle äußeren Schranken zerstörenden Brüderlichkeit Dostojewskijs das aristokratische Individuum der westlichen Kultur sich bewahre. Doch unter den Gestalten des russischen Dichters gibt es einen Adel der Liebe und Reinheit, dem gegenüber aller äußere Aristokratismus wertlos wird. Und seinem Gefühl wohnt eine durchaus gestaltende Kraft inne, es ist keineswegs, wie Bäumer meint, dem Leben abgekehrt sondern wirkt helfend und aufbauend in der Welt. Dringt es doch an den Grund alles Schaffens. Ohne die Glut der Hingabe, den Willen zur Brüderlichkeit, aus rein individualistischer Einstellung heraus werden auch die Frauen eine erlösende Macht nicht ausüben können.

**Alkoholismus-  
bekämpfung** Die Frauenbewegung aller Richtungen betrachtet den Kampf gegen den Alkoholismus als eine besondere Aufgabe der Frauen (siehe diese Rundschau, 1924 Seite 652 und 657). Die deutsche Frauenbewegung folgt darin nicht dem amerikanischen Beispiel, sie erstrebt nicht das absolute Alkoholverbot, freilich hauptsächlich nur deshalb nicht, weil seine Durchführung in Deutschland vollständig unmöglich wäre. Sie muß die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs vor allem auf dem Weg der Erziehung, der innern Einwirkung auf die Menschen verfolgen. Sicher ist dieser Weg der bessere, dieser Kampf der auf lange Sicht wirksamere, mehr an die Wurzel greifende. Zwang fordert die Auflehnung heraus und macht die Erziehung überflüssig. Die wichtigste Forderung der deutschen Alkoholgegner ist deshalb das Gemeindebestimmungsrecht, das die Erteilung von Schankkonzessionen an die Zustimmung der Mehrheit der Einwohner knüpft, das also die Bevölkerung zwingt selbst über die Ausbreitung des Alkoholverbrauchs nachzudenken und zu entscheiden. Eine andere Forderung ist das Verbot des Verkaufs von geistigen Getränken an Jugendliche unter 18 Jahren. Im Sommer 1923 wurde dem Reichstag der Entwurf zu einem Reichsschankstättengesetz vorgelegt, der das Gemeindebestimmungsrecht in einer sehr beschränkten Form vorsah, indem er bestimmte, daß durch Landesgesetz angeordnet werden dürfe, daß über Schank-

konzessionen Abstimmungen in den Gemeinden erfolgen. Die Altersgrenze, bis zu der Rauschgetränke an Jugendliche in Abwesenheit ihres Erziehers nicht verkauft werden dürfen, betrug nach dem Entwurf 16 Jahre. Dieser Entwurf wurde damals dem Ausschuß für Bevölkerungspolitik zur Durcharbeitung überwiesen. Bei den Wahlen im Dezember 1924 forderte der Bund deutscher Frauenvereine unter anderm die Wiedereinbringung des Gesetzes. Am 18. Februar 1925 stellte die Sozialdemokratische Partei im Reichstag einen Antrag auf Wiedervorlegung des Entwurfs. Aber nicht einmal für die Beratung dieses den Forderungen der Alkoholgegner längst nicht genügenden Gesetzes fand sich eine Mehrheit. Es wurde als "Trockenlegungsgesetz" bekämpft, und der sozialdemokratische Antrag in namentlicher Abstimmung mit 199 gegen 165 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen abgelehnt. Statt dessen wurde ein wesentlich abgeschwächerter und allgemein gehaltenere Antrag der Deutschnationalen Volkspartei angenommen, die Regierung solle ersucht werden einen Gesetzentwurf zum Schutz der Jugend gegen den Alkohol und zur Verbesserung des Schankkonzessionswesens unter Ablehnung einer Trockenlegung Deutschlands einzubringen. Der Bund deutscher Frauenvereine widmete eine ganze Nummer seines Nachrichtenblatts dieser Frage. Er protestiert gegen die Ablehnung des Gesetzes und bringt den entscheidenden Willen der Frauen an der Bekämpfung des Alkoholismus weiter zu arbeiten zum Ausdruck. Der Vorstand des Bundes richtete eine Eingabe an die Ministerien für Unterricht und Volksbildung in den Ländern, in der systematischer hygienischer Unterricht mit besonderer Behandlung der Alkoholfrage in den Schulen, Ausbildung der künftigen Lehrer aller Schulgattungen auf diesem Gebiet und Lehrgänge im Gesundheitspflegeunterricht für die im Amt stehenden Lehrer gefordert werden. In dem Nachrichtenblatt wurde außerdem eine Aufstellung über die Abstimmung der weiblichen Abgeordneten bei den Anträgen vom 18. Februar veröffentlicht. Die Frauen der rechtsstehenden Parteien enthielten sich bei dem Antrag auf Wiedereinbringung des Gesetzes der Stimme, eine stimmte sogar dagegen, während die Frauen der anderen Parteien für ihn stimmten; für den 2. Antrag erklärten sich alle Frauen mit Ausnahme einer Kommunistin. Hier ist noch eine große Arbeit zu tun.

### Zurückdrängung

Die deutsche Regierung hat bei dem Gesetzentwurf zur Einstellung des Personalabbaus den Artikel 14 der Personalabauverordnung, der die Bestimmungen über die Kündigung verheirateter weiblicher Beamter enthält, aufrechterhalten und damit die Beamtinnen unter ein Ausnahmerecht gestellt. Im Reichstag wurde der Artikel lebhaft umstritten. Frauen aller Parteien kämpften für die verfassungsmäßig festgelegte Gleichberechtigung der Frauen. Ein Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten, der die Aufhebung des Artikels 14 fordert, wurde angenommen. Aber in der 3. Lesung am 24. Juli erreichten die Regierungsparteien, daß der Artikel beibehalten wurde, nur einige unbedeutende Änderungen wurden zugestanden. Die Frauen und die Oppositionsparteien behaupten nun, die Abstimmung sei nicht rechtskräftig, weil das Gesetz die Verfassung ändere und daher eine Zweidrittelmehrheit erfordere. Die Entscheidung darüber steht noch aus. Daß man auch sonst bestrebt ist die auf dem Papier stehende Gleichberechtigung der Frauen in der Praxis zu umgehen, zeigt eine Entscheidung des Berliner Landgerichts I, das in einem Prozeß wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften eine Frau als Schöffin ablehnte, weil ihre Auffassung einseitig sei. Allerdings muß dazu bemerkt werden, daß die Schöffin selbst das Ablehnungsgesuch des Verteidigers billigte; doch dürften aus einem solchen Fall persönlicher Unzulänglichkeit keine verallgemeinernden Schlüsse gezogen werden. Die Zurückdrängung der Frauen aus dem öffentlichen Leben und dem Berufsleben beschränkt sich nicht auf Deutschland. Nach dem Jahresbericht des Internationalen Frauenbundes haben in vielen anderen Ländern die Frauen, zumal die verheirateten, sehr um ihre Stellung zu kämpfen. Eine Umfrage, die die Schweizerische Zentralstelle für Frauenberufe in Zürich im Herbst 1924 über die Lage der verheirateten Lehrerin veranstaltete, ergibt ein ähnliches Bild. In Schweden ist ein Gesetz, das den Frauen alle Stellen im Staatsdienst öffnet, zum Teil dadurch unwirksam gemacht, daß für die Qualifikation zum Richterberuf von der Frau eine längere und kostspieligere Vorbereitung gefordert wird, und daß ihre Anstellungsbedingungen viel ungünstiger sind als die der Männer. Die Regierung *Hollands* hat die verheirateten Beamtinnen entlassen, und ein Gesetz be-

stimmt, daß jede Beamtin, die sich verheiratet, ihren Beruf aufgeben muß. In *Österreich* werden überall Frauen entlassen, in erster Linie die verheirateten; doch ist es stellenweise gelungen durch energischen Protest den Abbau verheirateter Lehrerinnen aufzuhalten. Der Frauenbund von *Estland* berichtet, daß man sich bemühe die Frauen aus allen öffentlichen Ämtern herauszudrängen. In der *Tschechoslowakei* ist die Stellung der verheirateten Beamtinnen lebhaft umstritten; im Eisenbahndienst gelang es ihre Rechte zu wahren. In *England* werden von vielen lokalen Erziehungsbehörden die verheirateten Lehrerinnen zum Rücktritt veranlaßt. Auch in den *Vereinigten Staaten* gibt es Reglements gegen die verheirateten Lehrerinnen. Dagegen wird aus *Frankreich* berichtet, daß die Lehrerinnen, auch die verheirateten, den Lehrern dort völlig gleichgestellt sind; nur wenn eine Lehrerin einen Ausländer heiratet, muß sie aus ihrem Amt scheiden.

**Familienrecht** Das neue schwedische Familiengesetz soll demnächst in allen *skandinavischen* Ländern Geltung haben. Der 1. Teil, der die Bestimmungen über Schließung und Auflösung der Ehe enthält, ist in Schweden 1915 und in Dänemark 1924 Gesetz geworden. Der 2., der sich mit der gesetzlichen Stellung der Ehegatten befaßt, trat in Schweden 1920 und in Dänemark Anfang 1925 in Kraft. In Norwegen steht die Einführung des Gesetzes bevor. Das Gesetz gründet sich auf die Anerkennung der vollständigen Gleichberechtigung von Mann und Frau. Beide sind verpflichtet zum Unterhalt der Familie beizutragen; die Arbeit der Hausfrau wird als Erfüllung dieser Pflicht anerkannt. Dadurch wird der Frau die ökonomische Unabhängigkeit gesichert. Familieneigentum gehört dem Mann und der Frau gemeinsam, und beide sind für seine Verwaltung gleich verantwortlich; bei Auflösung der Ehe durch Scheidung oder Tod hat jeder der Gatten ein Anrecht auf die Hälfte des Besitzes. Die Ehescheidung ist erleichtert worden, auch ohne Verschulden eines der Gatten kann nach einem Jahr Ehetrennung die Scheidung ausgesprochen werden. Während früher der schuldige Teil das Recht auf die Kinder verlor, wird jetzt die Fürsorge für die Kinder dem übertragen, der dafür am geeignetsten erscheint. Auch in der Vormundschaft über die Kinder sind beide Eltern gleichgestellt.

Dem *französischen* Parlament ist ein Mutterschutzgesetz zugegangen, das jeder unbemittelten Frau unentgeltliche Geburtshilfe sichert, ohne daß eine besondere Kontrolle der Bedürftigkeit angestellt werden darf. Die Kosten sollen Provinz und Staat tragen.

**Kurze Chronik** Nach der im Juni vorgenommenen Volkszählung beträgt der *Frauenüberschuß* in Deutschland jetzt ungefähr 2 Millionen. Er ist seit dem Kriegsende bereits wieder zurückgegangen; im Jahr 1918 betrug er 2,8 Millionen. ◊ Die Anzahl der weiblichen Mitglieder der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* hat sich innerhalb des Jahres 1924-1925 von 148 125 auf 153 623 erhöht, während die der männlichen von 940 078 auf 844 495 zurückgegangen ist. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl ist von 15,76 % auf 18,24 % gestiegen. ◊ In den *deutschen Gewerkschaften* wurden am Ende des Jahres 1924 763 405 weibliche Mitglieder gezählt, gegen 1 201 390 am Ende des vorigen Jahres. Die weiblichen Mitglieder haben sich also um 37 % vermindert, während die Zahl der Männer um 31 % zurückgegangen ist. Männliche Mitglieder wurden 1924 3 975 002 gezählt, der Prozentsatz der Frauen beträgt also 19,2 gegen 21,8 im Vorjahr. Allerdings ist das Bild insofern nicht ganz richtig, als bei der Angabe der jugendlichen Mitglieder nicht getrennte Zahlen für beide Geschlechter angegeben werden. ◊ In der *schwedischen Industrie* waren nach einem jetzt veröffentlichten amtlichen Bericht 358 083 Arbeiter, darunter 66 903 Frauen beschäftigt; der weibliche Teil der Arbeiterschaft macht also 18,9 % aus. ◊ In dem *Internationalen Institut für geistige Zusammenarbeit*, dessen Gründung vom Völkerbund beschlossen ist, wurde die Leitung der Literaturabteilung einer Frau, Gabriele Mistral, der Direktorin einer Schule in Santiago di Chile, übertragen. ◊ Lucille Atcherson ist der Posten des 3. Sekretärs an der amerikanischen Gesandtschaft in Bern übertragen worden; in der *amerikanischen Diplomatie* der erste Fall dieser Art. ◊ An den *französischen Universitäten* studierten 1923-1924 7726 Frauen, davon 1023 Rechtswissenschaft, 1656 Medizin, 1248 Naturwissenschaften, 2870 Geisteswissenschaften, 929 Pharmakologie. ◊ Die *Preisverteilung* an der Berliner Universität hatte dieses Jahr das überraschende Ergebnis, daß sämtliche Preise

von weiblichen Studierenden errungen wurden. (Es ist allerdings zu fragen, ob und wie viele männliche Studierende sich überhaupt an die Lösung der Aufgaben gemacht hatten.) Für die Lösung der medizinischen Aufgabe (»Welche diagnostische Bedeutung hat das Blutbild für die otogenen Krankheiten?«) wurde 2 Bearbeiterinnen, Else Philippine Levy und Eleonore von Balden, der volle Staatspreis zugesprochen; in der Philosophischen Fakultät erhielt Natalie Thon aus Palästina für ihre Zusammenstellung der zahlreich vorhandenen Untersuchungen über die Umsetzung von Chlor und Wasserstoff nach einheitlichen Gesichtspunkten den Städtischen Preis.  $\diamond$  Am 7. Juni vollendete *Paula Mueller-Otfried* ihr 60. Lebensjahr. Sie hat als Vorsitzende des Deutschevangelischen Frauenbundes lange Zeit auf dem Gebiet der Sittlichkeitsfragen energisch die Forderungen der Frauenbewegung vertreten. Dagegen war sie eine Gegnerin des politischen Frauenstimmrechts, was sie jedoch nicht hinderte nach seiner Einführung sofort in die parlamentarische Laufbahn einzutreten. Seit 1920 ist sie deutschnationale Reichstagsabgeordnete; im Januar wurde sie zur Vorsitzenden des Bevölkerungspolitischen Ausschusses gewählt.  $\diamond$  Am 6. August wurde *Käthe Schirmacher* 60 Jahre alt. Sie kämpfte auf dem radikalen Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung und gegen die doppelte Moral. Nach dem Krieg wurde sie von nationalistischer Verblendung heimgesucht.

#### Literatur

Seit Ende des Jahres 1924 erscheint eine neue Frauenzeitschrift *Frau und Gegenwart*, herausgegeben von dem Stadtbund hamburgischer Frauenvereine, dem Hamburger Hausfrauenverein und dem Verband norddeutscher Frauenvereine, geleitet von Frieda Radel /Hamburg, Heinrich Eisler/. Sie verfolgt das Ziel das Interesse der Frauen an den Fragen des öffentlichen Lebens zu fördern, insbesondere den Gesichtskreis der Hausfrau über die eigene Familie hinaus zu erweitern.  $\diamond$  Im Anfang des Jahres 1925 wurde die Zeitschrift *Die jüdische Frau* begründet, eine überparteiliche Monatschrift für alle Lebensinteressen der jüdischen Frau, herausgegeben von Regine Isaacsohn und Anna Beate Nadel. Sie sucht in erster Linie das nationaljüdische Bewußtsein der jüdischen Frauen zu stärken, nimmt jedoch auch Stellung zu Gegenwartsproblemen des Frauenlebens.

## WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Walter Gordon

### Nordlicht

In dieser Rundschau (1924 Seite 453 und folgende) ist bereits berichtet worden, wie durch die Experimente *Louis Vegards* die Nordlichtforschung in ein neues interessantes Stadium getreten ist. Vegard hat sich die Ansicht gebildet, daß in den oberen Atmosphärenschichten fester Stickstoff in feinkristalliner Verteilung (die Größe der Teilchen sollte vergleichbar sein mit den Dimensionen der Moleküle) vorhanden sei. Durch die von der Sonne ausgehenden Kathodenstrahlen werden die Partikel photoelektrisch erregt; dabei emittieren sie das Nordlichtspektrum und bekommen eine elektrische Ladung, die sie befähigt sich schwebend zu halten. Das Spektrum ist von Vegard sorgfältig untersucht worden. Er hat 35 Linien gemessen. Die meisten gehören dem Bandenspektrum des (gasförmigen) Stickstoffs an. Nur die grüne Linie, die im Spektrum vorherrscht und dem Nordlicht und seinem Nachleuchten die charakteristische Färbung verleiht, und einige andere Linien konnten nicht identifiziert werden. Diese grüne Linie ist sehr scharf und konnte mit großer Genauigkeit zu 5577,35 Angstrom gemessen werden, da sie auch im Spektrum des Nachthimmels erscheint. Vegard war es nun, wie berichtet, gelungen im Januar 1924 im Kältelaboratorium Kammerlingh Onnes in Leiden durch Bombardement von festem Stickstoff mit Kathodenstrahlen eine Leuchterscheinung zu erzielen, die charakteristische Analogien mit dem Nordlicht aufwies. Im Blauen und Violetten zeigten sich die im Nordlicht hervortretenden Stickstofflinien mit der selben typischen Intensitätsverteilung, im Grünen aber 2 charakteristische Gebilde, von Vegard mit  $N_1$  und  $N_2$  bezeichnet. Auf diese konzentriert sich das Interesse.

Vegard hat nun in Fortsetzung seiner Versuche  $N_1$  und  $N_2$  mit einem lichtstarken Spektrographen von großer Auflösungskraft untersucht.  $N_2$  erwies sich als eine breite Linie bei ungefähr 5230 Angstrom. Sie tritt zuweilen auch im Nordlichtspektrum auf.  $N_1$  hingegen zeigte eine Struktur mit 3 Maxima, ein starkes Hauptmaximum bei 5555 und 2 schwächere Nebenmaxima bei 5611 und 5649. Wie man sieht, fällt die grüne Nordlichtlinie (5577) zwar in den Bereich des  $N_1$ -Bandes, koinzidiert aber mit keinem der Maxima.

Die Versuche Vegards sind dann von James McLennan /Toronto/ wiederholt und bestätigt worden. Der Umstand, daß keines der  $N_1$ -Maxima auf die scharfe grüne Linie trifft, ist für ihn so schwerwiegend, daß er jeden Zusammenhang zwischen  $N_1$  und der grünen Linie aufgibt und nach einer andern Erklärung sucht. Er nimmt im Gegensatz zu Vegard an, daß das Nordlicht von Gasen emittiert wird. Man weiß, daß sehr oft in Gemischen von Gasen neben den Linien der Einzelgase neue Linien auftauchen. Bekannt sind die Untersuchungen Mertons in Wasserstoff-Helium- und Stickstoff-Helium-Gemischen. Daher haben McLennan und Shrum versucht durch elektrische Entladung in Gasgemischen das Nordlichtspektrum zu erzeugen. Sie kamen zu dem überraschenden Resultat, daß in einer Mischung, in der Helium mit einem Partialdruck von 20 bis 40 Millimeter und mit einem solchen Sauerstoff von 1 bis 3 Millimeter vertreten war, in maximaler Stärke genau die grüne Linie 5577,35 des Nordlichts erschien. In Gemischen von Helium und Stickstoff zeigte sich diese Linie nicht, dagegen in Gemischen von Sauerstoff, Stickstoff und Helium zusammen mit den Linien des Stickstoffs. Dieses Gemisch enthält also tatsächlich das Nordlichtspektrum. Auch in Gemischen von Neon und Sauerstoff fand sich 5577. McLennan und Shrum kommen daher zum Schluß, daß die grüne Linie dem Sauerstoff zuzuschreiben ist, und daß Edelgase wie Helium und Neon nur erforderlich sind, um die für die Erregungen notwendigen Bedingungen zu schaffen. Nach McLennans Deutung des Nordlichtspektrums ist nicht zu verstehen, warum im Nordlicht nicht die Serienlinien des Heliums und des Sauerstoffs zu sehen sind, wie das bei den untersuchten Gemischen der Fall ist. Vegard hatte gerade deswegen angenommen, daß in den oberen Atmosphärenschichten kein Helium vorhanden sei. Vegard glaubt, daß der Unterschied von  $N_1$  und der grünen Linie davon herühre, daß im Experiment der feste Stickstoff nicht in der feinen Verteilung anwesend ist wie in den oberen Atmosphärenschichten. Er behandelte Mischungen von festem inaktiven Argon mit geringer fester Stickstoffkonzentration. Je geringer der Stickstoffgehalt, desto kleiner wird die durchschnittliche Teilchengröße des Stickstoffs im kristallinen Gemisch, so daß man auf diese Weise hoffen kann den kosmischen Verhältnissen näherzukommen. Vegard hat nun

tatsächlich gefunden, daß mit abnehmender Stickstoffkonzentration das Band  $N_1$  relativ stärker wird, die Nebenmaxima verschwinden, und das übrigbleibende diffuse Hauptmaximum sich in Richtung auf die grüne Linie verschiebt. Die grüne Linie ist nach Vegard die Grenze, auf die sich das Band  $N_1$  des phosphoreszierenden festen Stickstoffs bei Teilchen von molekularen Dimensionen zusammenzieht. Vegard hat auch mit Kanalstrahlen von Stickstoff, Wasserstoff und Helium gearbeitet. Dabei treten auch  $N_1$  und  $N_2$  auf, daneben aber unbekannte Linien im Blauen, Violetten und Ultraviolett, die zwar nicht im Nordlicht, zum Teil aber im Spektrum des Nachthimmels vorkommen. Vegard glaubt daher, daß das Nordlicht von den Kathodenstrahlen der Sonne, das Licht des Nachthimmels von Kanalstrahlen, gebildet durch die geladenen Teilchen der Atmosphäre, hervorgebracht werde.

Künftige Experimente werden zu entscheiden haben, ob die Vegardsche oder die McLennansche Hypothese der Entstehung des Nordlichts zutrifft.

#### Photoelektrischer Effekt

Dieser Effekt besteht darin, daß durch Licht aus der Materie Elektronen ausgelöst werden. Das große Wunder dabei ist nicht die Tatsache des Effekts, denn wir wissen, daß das Licht elektromagnetischer Natur ist und daher auf die Elektrizität einwirkt, sondern daß die Geschwindigkeit der ausgelösten Elektronen unabhängig von der Intensität des Lichts ist und nur von seiner Farbe abhängt. Dieser Zusammenhang wird von der Einsteinschen Quantentheorie des Effekts gegeben. Danach gibt das Licht der Frequenz  $\nu$  seine Energie nur in Energiequanten der Größe  $h\nu$  ab ( $h$  Plancksche Konstante). Ist die Arbeit  $A$  notwendig, um das Elektron zu befreien, so gilt für die kinetische Energie  $E$  des photoelektrisch ausgelösten Elektrons nach dem Satz von der Erhaltung der Energie  $E = h\nu - A$ . Besonders interessant ist die Prüfung dieser Gleichung bei Röntgenstrahlen. Wir wissen, daß zur Entfernung eines Elektrons aus dem Atom (Ionisierung) bestimmte diskrete Arbeiten  $A_K, A_L, \dots$  notwendig sind, je nachdem durch die Ionisierung die K-, L-... Röntgenserie des Atoms erregt wird. Wird nämlich ein Elektron aus dem K-Ring des Atoms entfernt, so sucht sich das gestörte Atom wieder ins Gleichgewicht zu setzen, etwa indem aus dem

höhern L-Ring ein Elektron herunterfällt. Dabei wird eine Energie  $A_K - A_L$  frei, die in Form einer Röntgenlinie erscheint, deren Frequenz nach der Quantentheorie durch  $h\nu = A_K - A_L$  gegeben ist. Es ist aber gar nicht gesagt, daß die durch den Reorganisationsprozeß freiwerdende Energie sich in Lichtstrahlung umsetzt, sie kann auch dazu verwendet werden aus dem Atom ein 2. und in Fortsetzung dieser Wirkung ein 3. usw. Elektron herauszuwerfen. So kommt der komplexe photoelektrische Effekt zustande, der von *Pierre Auger* im *Journal de Physique* untersucht wird. Die zu erwartenden Geschwindigkeiten der sekundären, tertiären usw. Photoelektronen des komplexen Effekts ergeben sich sofort aus der Einsteinschen photoelektrischen Gleichung. Die Energie, die zum Herausstreifen verwendet wird, ist  $A_K - A_L$ ; dies ist gleich dem  $h\nu$  der photoelektrischen Gleichung zu setzen. Stammt das herausgeworfene Elektron aus dem L-Ring, so ist dazu die Arbeit  $A = A_L$  erforderlich. Also ist die Energie des sekundären Photoelektrons  $A_K - 2A_L$ . Wie man sieht, hängt die Energie des sekundären Photoelektrons auch nicht einmal von der Frequenz des erregenden Lichts ab sondern nur von der Natur des Atoms. Auger bediente sich zum Nachweis der ausgelösten Elektronen der eleganten Methode C. T. R. Wilsons. Sie beruht auf der Tatsache, daß übersättigter Wasserdampf sich an Ionen kondensiert. Schießt ein Elektron durch solchen Wasserdampf, so bildet es auf seinem Weg Ionen. Sein Weg wird daher sichtbar an den Wassertröpfchen, die an den gebildeten Ionen entstehen. Auger hat Stickstoff, Sauerstoff, Chlor, Argon, Brom, Krypton, Jod und Xenon untersucht. Er hat beobachtet, wie von der Bahn eines Röntgenstrahls von Zeit zu Zeit ein langer Wassertröpfchenweg ausgeht, dessen Länge von der Spannung der Röntgenröhre, das heißt von der erregenden Frequenz abhängt. Diese Wassertröpfchen rühren vom primären Elektron der Energie  $h\nu - A_K$  her (falls es aus dem K-Ring stammt). Manchmal zweigt sich von der selben Stelle noch ein weiterer, im Anfang kürzerer Tröpfchenweg ab, dessen Länge unabhängig von der Röhrensorgung ist, aber mit wachsender Atomnummer wächst. Auger ist es gelungen auch die tertiären Elektronen nachzuweisen. Der Beweis, daß die kurzen Tröpfchenwege wirklich von den sekundären Elektro-

nen herrühren, wurde von Auger auf die folgende Weise geführt. Bei Krypton ist die Energie  $A_K$  14 Kilovolt. Legt man an die Röntgenröhre 60 Kilovolt, so werden die primären Elektronen eine Energie von  $60 - 14 = 46$  Kilovolt, die sekundären von ungefähr 14 Kilovolt haben. Die beiden Wassertröpfchenwege sind dementsprechend sehr ungleich. Setzt man aber die Röhrensorgung auf 30 Kilovolt herunter, so ist die Energie der primären  $30 - 14 = 16$ , während die der sekundären nach wie vor 14 bleibt. Jetzt sind tatsächlich die beiden Wege merklich gleich lang. Geht man auf 20 Kilovolt Röhrensorgung herunter, so dreht sich das Verhältnis um: Der Wassertröpfchenweg des primären Elektrons entspricht jetzt nur einer Länge von 6 Kilovolt gegen die unverändert 14 Kilovolt des sekundären.

Dieser komplexe photoelektrische Effekt ist auch die Ursache der  $\beta$ -Strahlenspektren der radioaktiven Elemente. Der direkte Übergang von Atomenergie in kinetische Energie spielt auch eine Rolle in den Spektren von Gasgemischen.

**Comptoneffekt** Der Comptoneffekt, mit dem photoelektrischen nahe verwandt, ist neuern Datums. Auch über ihn ist bereits in dieser Rundschau (1924 Seite 265 und folgende) berichtet worden. Es handelt sich bei ihm um einen Vorgang, bei dem ein Lichtquant nicht nur ein Elektron in Bewegung setzt sondern auch ein neues Lichtquant erzeugt. Außer dem Gesetz von der Erhaltung der Energie muß man noch von der Erhaltung des Impulses Gebrauch machen, um die Energie des Elektrons und die Energie des Lichtquants (und damit nach der  $h\nu$ -Regel seine Frequenz) zu bestimmen. Die seinerzeit angeführten Versuche haben den Nachweis des "gestreuten" Quants erbracht, das heißt einer Streustrahlung kleinerer Frequenz als die primäre Strahlung, was inzwischen von verschiedenen Seiten und an verschiedenen Stoffen bestätigt worden ist. In neuester Zeit ist es nun *A. H. Compton* und *A. W. Simon* gelungen auch die bei dem Streuprozeß auftretenden Elektronen nachzuweisen, sowohl ihre Zahl im Vergleich zu den photoelektrischen Elektronen als auch ihre Winkelverteilung in verschiedenen Richtungen. Sie bedienten sich dabei wieder der Wilsonschen Nebelmethode. Die Übereinstimmung zwischen den quantentheoretisch berechneten und den beobachteten Größen ist überraschend gut.



**Kurze Chronik** Die *Giftgasbereitung* in England hat ein Opfer erfordert: Der Physiker Maxwell-Lefroy vom britischen Reichsamt für Wissenschaft und Technologie ist bei Experimenten im Laboratorium erkrankt und dann an dieser Krankheit gestorben. Diese Warnung wird vermutlich vergeblich verhallen. Auch internationale Konventionen gegen den Giftgaskrieg werden kaum verhindern, daß die Staaten nach wie vor die Chlorazetophenole und Dichloräthylsulfide heimlich brauen. Nur eine grundlegende Änderung des Weltstaatensystems, eine organische Gestaltung der Erde wird die Giftgasherstellung überflüssig machen. ◊ Zu auswärtigen wissenschaftlichen Mitgliedern des *Kaiser Wilhelm-Instituts für Biochemie* in Berlin-Dahlem sind der Ordinarius der Chemie an der Universität Stockholm Hans von Euler-Chelpin und der Arzt Paul Meyer in Karlsbad ernannt worden. ◊ Der außerordentliche Professor für physikalische Chemie und Physik der Atmosphäre *Albert Wigand* geht als Ordinarius für Physik und Meteorologie als Nachfolger Macks an die Landwirtschaftliche Hochschule in Hohenheim. Dort wird er zugleich Leiter der Erdbebenwarte und der Meteorologischen Station. ◊ Der Oberregierungsrat an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt *Hans Geiger* wurde Ordinarius der Physik in Kiel.

**Literatur** Der der *Physik* gewidmete Band des großen Sammelwerks *Kultur der Gegenwart* /Leipzig, B. G. Teubner/ ist in 2., neu bearbeiteter und erweiterter Auflage erschienen. Er wendet sich entsprechend der Tendenz die Physik als einen Bestandteil der wissenschaftlichen Kultur der Gegenwart zu betrachten an einen weitem Leserkreis. ◊ Von der Neubearbeitung des bekannten Lehrbuchs der Physik von *C. D. Chwolson* /Braunschweig, Friedrich Vieweg & Sohn/ ist jetzt die 1. Abteilung des 4. Bandes: Das konstante elektrische Feld, herausgekommen. Die Darstellung Chwolsons ist überaus klar und präzise gehalten. Dieses Werk gehört zum Besten in der großen Zahl der Lehrbücher. ◊ In Frommanns *Klassikern der Philosophie* /Stuttgart, Fr. Frommann/ hat Bernhard Hell eine interessante Studie über *Julius Robert Mayer*, den Entdecker des Gesetzes von der Erhaltung der Energie, geschrieben. Es ist überaus reizvoll die Entstehungsgeschichte eines großen Gedankens zu verfolgen.

### Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

**Kant und Marx** Den kühnen Träumen der Hegelschen Philosophie, die durch eine Art spekulativen Kombinationsverfahrens, durch eine der simplen Verstandeslogik weit überlegene "Dialektik", ausgehend von der Betrachtung des Geistes, die innere Einheit von Natur und Geisteswelt grundlegend darzustellen verhieß, folgte nach einer kurzen Zeit des Triumphs, wo sie eine nahezu unumschränkte Herrschaft über die intellektuellen Schichten Deutschlands ausübte, ein jäher Umschwung. Die verblüffende Genialität, der Weit- und Tiefblick, der sich in so manchen Wendungen des Hegelschen Gedankenbaus manifestierte, konnte über die Willkür der Grundlage wie auch des Aufbaus auf die Dauer unmöglich hinwegtäuschen. Und der Zusammenbruch dieses Systems, das man, unter völligem Vergessen des großen Kant, für den Gipfel der ganzen philosophischen Entwicklung anzusehen sich gewöhnt hatte, schlug nun in eine Verachtung der Philosophie selber um. Der Übermut, mit dem Hegels konstruierende Manier die Grenzen, die die philosophischen Fragen von denen der empirischen Spezialwissenschaften trennen, überspringen und den Naturwissenschaften in ihr Konzept hatte hineinreden wollen, rief eine Revanche hervor, indem man nun erklärte: die ganze Philosophie laufe auf einschmärisches Erklärenwollen von Fragen hinaus, deren wirkliche Erklärung allein von der Fortentwicklung der erprobten Fachwissenschaften zu erwarten sei. Ludwig Feuerbach, der, im Gegensatz zu Hegels Spiritualismus, die Gottesidee als eine, das Denken auf Irrpfade lockende bloße Widerspiegelung des menschlichen Gattungsbewußtseins erweisen wollte, und der Marx wie Engels, die von Hegel herkommen, einen so machtvollen Anstoß zur eigenen Selbstverständigung gab, schrieb in diesem Sinn einmal: »Meine Philosophie ist, daß ich keine Philosophie habe.« Philosophie galt mehr und mehr als gleichbedeutend mit einer den unbefangenen Sinn grotesk vergewaltigenden Metaphysik, die unter dem Anschein wissenschaftlicher Allüren in Wahrheit nur einer unkritisch-theologischen Denkart Vorschub leistete. Es folgten die Jahrzehnte, in denen die immer imposanteren Fortschritte der Naturwissenschaften, schließlich die weiten Perspektiven der Darwinschen Entwicklungstheorie einen "Materialismus" zur Modemeinung

machten, der robust-verwegen, von des Gedankens Blässe nur wenig angekränkelt, die Lösung aller Rätselfragen von dem weitem Vormarsch der Naturwissenschaften erhoffte und an gedankenloser Überhebung womöglich die abgelöste Hegelmode noch übertrumpfte. Man weiß, wie Marx über das Reispredigertum des Materialismus, wie es Karl Vogt und andere betrieben, gespottet hat. Aber das hinderte nicht, daß er bei seiner kritischen Abrechnung mit Hegels ideologisch fundierter Geschichtsphilosophie, und bei Herausarbeitung seiner eigenen sozialen Entwicklungsauffassung in dem "Materialismus" einen allgemeinen Weltanschauungsrahmen vorzufinden meinte, dem diese seine eigene Gedankenwelt organisch zugehöre. Der bisherige Materialismus, so schrieb er damals in seinen von Engels mitgeteilten Thesen über Feuerbach, habe um das Begreifen der äußern Natur gerungen; nummehr komme es darauf an ihn durch das Begreifen der menschlich gesellschaftlichen Aktion selber grundlegend zu ergänzen und zu vertiefen. Seine eigene, den Verlauf der gesellschaftlichen Erscheinungen unter dem besondern Gesichtspunkt der ökonomischen Strukturentwicklung betrachtende Auffassungweise, die das Kommen des Sozialismus als Ergebnis eines allerallgemeinsten, die Gesamtgeschichte der ökonomisch-sozialen Bewegung beherrschenden Entwicklungsgesetzes zu erfassen sucht, stellt sich ihm so als notwendiges Korrelat einer in sich geschlossenen materialistischen Weltanschauung dar. In diesem Sinn sprechen Marx und Engels von ihrer Geschichtsauffassung als einer materialistischen respektive von ihrem historischen Materialismus. Je tiefer sich Marx in seiner Junghegelianerzeit in Hegelsche Gedankenbahnen hineingedacht hatte, um so stärker ist nun die Erbitterung, als er die Sophistik der Grundlagen darin erkennt. Die Abrechnung mit Hegel erscheint so als eine Abrechnung mit dem gesamten deutschen Idealismus in der Philosophie, Kant nicht ausgenommen. Charakteristisch ist die Schärfe, mit der er sich in der Heiligen Familie, der Streitschrift »gegen Bruno Bauer und Konsorten«, für die materialistisch-sensualistische Richtung der französischen Aufklärungsphilosophie des 18. Jahrhunderts einsetzt, wie manche Wendung des Kommunistischen Manifests, die in dem Streit um den Sozialismus jede Berufung auf einen allgemeineren über das Klassenin-

teresse des Proletariats hinausweisenden ethischen Standpunkt prinzipiell zu verpönen scheint; gleichsam, als ob für die Stellungnahme der einzelnen zum Sozialismus nur ihre Klasseninteressen und nicht auch vom Zufall der Klassenzugehörigkeit ganz unabhängige Wertvorstellungen dessen, was recht und billig ist, was als Ideal in der Geschichte zu erstreben wäre, in Betracht kommen könnten. Indes kann das, wenn man sich nicht, wie es so oft Marxgegner zum Zweck der Widerlegung tun, an den Buchstaben klammert, unmöglich seine Meinung gewesen sein. Er will nur unterstreichen, daß ethische Werturteile und Ideale, wenn sie nicht mit der Wucht aus Zwang und Not geborener Klasseninteressen Hand in Hand gehen, wie alle Geschichte zeigt, an den gegebenen Gesellschaftszuständen zumeist nichts Wesentliches zu ändern vermögen; daß also die realen Chancen, die der Sozialismus besitzt, sich nicht nach irgendwelchen ethischen Prinzipien abwägen lassen sondern letzthin nur aus der Richtung, die die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft den Klasseninteressen und -kämpfen der Arbeiterschaft zwangsweise vorschreibt. Wie sehr sich der einzelne vom Interesse der ökonomischen Kreise, in denen er geboren wurde, loszureißen vermag, zeigt Marx' und Engels' eigenes Beispiel selbst ja am schlagendsten und klarsten. Ebenso liegt auf der Hand, daß die Forderungen, die proletarischer Klassenkampf und Klasseninteresse an das Verhalten der Arbeiter stellen, in zahllosen Fällen mit dem egoistischen Interesse von Einzelarbeitern in Widerspruch geraten, also Opferwilligkeit zu höheren als individuellen Zwecken bei den Klassengenossen voraussetzen und so also doch wieder an ethische Momente appellieren. Ein Appell, dessen Werbekraft durch das Bewußtsein außerordentlich gesteigert werden kann, daß das sozialistische Klassenkampfziel zugleich auf dem Weg zu höchsten menschlichen Gattungszielen liegt und so dem Klasseninteresse der herrschenden Schichten überlegen ist, einen selbständigen ethischen Gerechtigkeits- und Kulturwert repräsentiert. Es ist klar; Die Art von Materialismus, zu der sich Marx bekannte, hat bei allem Nachdruck, den er auf die Klasseninteressen als Hebel der gesellschaftlichen Bewegung legt, mit dem Dogma, daß das banale Selbstinteresse des Individuums die einzige Triebkraft seines Handelns bilden könne, nicht das mindeste zu tun. Es

wäre das ein Dogma, das in seiner Einseitigkeit zu einer nicht weniger gewaltsamen Interpretation der Erfahrungstatsachen führen müßte, wie Hegels idealistische Konstruktion des Völker- und Gemeinschaftslebens. Was Marx seinen Materialismus nennt, und worin er dessen prinzipiellen Gegensatz zum deutschen philosophischen Idealismus erblickte, das ist, um Worte Friedrich Engels' zu gebrauchen, vor allem der Entschluß Menschen und Dinge, so wie sie sich unabhängig von allen philosophisch vorgefaßten Konstruktionen der unbefangenen Anschauung bieten, zu erfassen. Eine solche "unbefangene" Anschauung kann das Mitschwingen auch moralischer Momente, die sich nicht restlos aus eigenem und aus Klasseninteresse deduzieren lassen, in der Bewegung der Klassenkämpfe naturgemäß nicht übersehen. Wie stark sein eigenes Empfinden davon imprägniert war, läßt die Empörung, mit der gerade Marx den skrupellosen Egoismus und die Heuchelei der herrschenden Klassen wieder und wieder brandmarkt, und das selten, aber dann mit um so elementarerer vulkanischer Gewalt hervorbrechende Pathos seiner Begeisterung spüren.

Und gleich unverkennbar ist es, daß in dem Bild sozialer Entwicklung, das er entwirft, bei allem Streben es in seinen ursächlichen Zusammenhängen von ökonomischen Gesichtspunkten ausgehend zu begreifen, die Überzeugung von einem Sinn der Geschichte, einem wenn auch durch unendliches Elend hindurch sich vollziehenden Aufstieg der menschlichen Gesellschaft, dem Ziel einer menschenwürdigen Gesellschaftsordnung entgegen, lebendig ist. Ein teleologischer Gedanke, der mit dem Standpunkt eines strikten Materialismus, der die Natur letzthin als bloßes Resultat von Kraft und Stoff erfassen zu können vermeint und schon bei der angeblichen "Erklärung" von Empfindung und Bewußtsein aus mechanisch-chemischen Prozessen Schiffbruch leidet, nicht gut vereinbar erscheint. Natur und Welt, in die der Mensch hineingestellt ist, lassen sich vom Einheitsstreben unseres Geistes in ihren letzten Gründen eben nicht meistern. Weder indem man von der Zergliederung des Bewußtseins und Geistes, wie die deutsche idealistische Philosophie es tat, noch indem man, wie der Materialismus, von der Erforschung der Körperwelt, von den Naturwissenschaften seinen Ausgang nimmt. Die Rechnung geht nie auf. Wenn Marx sich einen Materialisten nennt, so in dem

Sinn, daß er Spekulationen des deutschen Idealismus ablehnt, den Boden der Erfahrung nicht verlassen will; schwerlich aber (Max Adler hat das sehr gut hervorgehoben) in dem Sinn, daß er die klaffenden Lücken, das Unzureichende eines dogmatisch formulierten Materialismus nicht gesehen hätte. Heutzutage, wo die einstigen Präntionen des dogmatischen Materialismus: die Bahn zu restlosem Verständnis der großen Welt- und Lebensrätsel zu weisen, ihr früheres Ansehen in der öffentlichen Meinung so sehr verloren haben, kann auch die Bezeichnung der ökonomischen Geschichtsauffassung als materialistisch jedenfalls nicht mehr Verwirrung stiften. Es ist Gemeingut geworden, daß die Aufgabe, die Marx sich als Soziologe stellt: die inneren Zusammenhänge und Zielstrebigkeiten der sozialen Entwicklung zu beleuchten, mit irgendwelchen Weiterklärungsformeln des Materialismus gar nichts zu tun hat, in ihrer Geltung von der Frage, ob jener Materialismus genüge, vollkommen unberührt bleibt. Aber ebensowenig, wie die Marx'sche Auffassungsweise in einem innern logischen Zusammenhang mit solchem Materialismus steht, wird sich (wozu bei dem siegreichen, jahrzehntelang ununterbrochenen Vordringen des Neukantianismus mannigfache Versuche unternommen sind) ihre Basierung auf die Gedankengänge der Kantischen Philosophie durchführen lassen.

In einer Beziehung sind Berührungspunkte zwischen Kant und Marx vorhanden. Ich selber habe vor 22 Jahren in einem Aufsatz über die geschichtsphilosophischen Ansichten Kants (in den Sozialistischen Monatsheften 1903 II Seite 683 und folgende) bereits darauf hingewiesen, wie weitgehende Parallelen Kants 6 Jahre vor der Großen französischen Revolution veröffentlichter genialer Aufsatz Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht zu der Marx'schen Geschichtsauffassung enthält. Als Ziel der Entwicklung, dem die Geschichte zutriebe, erscheint dem Philosophen eine durch den Völkerbund nach außen hin geschützte, vollkommene bürgerliche Rechtsordnung der Gesellschaft, und als Hebel gilt ihm der alle menschlichen Kräfte und Anlagen erst entfaltende Kampf der Egoisten im Schoß der Gesellschaft und der Gesellschaften gegen einander. Ohne Wissen und Wollen des Menschen treibt ihn die Natur in den Kampf partikulärer Interessen und damit in eine Bahn, die, so furchtbare Leiden über endlose Genera-

tionen sie zu bringen vermag, doch endlich, wofür mannigfache Zeichen sprächen, zu einer vernünftigen, menschenwürdigen Gesellschaftsordnung zu führen scheine. Ein ganz realistischer Geist in der Betrachtung des Werdegangs der menschlichen Kultur verbindet sich bei diesem größten aller deutschen Philosophen mit einem hochgesinnten Idealismus in der Erfassung des Bestimmungsziels; ähnlich wie bei Marx, nur daß dieser von der Rechtsordnung überall auf den in ihr gegebenen ökonomischen Gehalt und von dem Interessenkampf der Individuen auf den Interessenkampf ökonomisch charakterisierter Klassen zurückgreift.

Indes, so interessant diese Verwandtschaft an sich zweifellos ist, die Zentralprobleme der philosophischen Arbeit Kants, die Konzeptionen, die seinem Namen die weltgeschichtliche Berühmtheit gaben, liegen auf anderm Gebiet. Das Bemühen des scharfsinnigen Wiener Genossen *Max Adler*, der für seine Person ein ebenso unterschiedener Marxist wie Kantianer ist, kreist nun schon viele Jahre darum, auch abgesehen von den hier erwähnten Berührungspunkten, eine Art Synthese zwischen dem Marxismus und gewissen Grundgedanken der Kantischen Philosophie selber zu vollziehen. So auch in seinem unlängst veröffentlichten Buch *Das Soziologische in Kants Erkenntniskritik* /Wien, Wiener Volksbuchhandlung/ und in der kürzlich herausgegebenen Sammlung *Kant und der Marxismus* /Berlin, E. Laub/. Der Faden wird weitergesponnen. Aber mir scheint nicht abzusehen, was für den Marxismus aus einem solchen Hineintragen Kantischer Gesichtspunkte gewonnen werden kann. Dem obersten formalen Grundsatz, auf den Kant die ganze Ethik gründen will, und den nach seiner Überzeugung jedermann bei gewissenhafter Selbstprüfung als evident anerkennen müsse, läßt sich eventuell auch eine Wendung geben, aus der, rein im Rahmen ethischen Rasonnements, das Postulat einer sozialistischen Gesellschaftsordnung ableitbar wäre. Aber wer, der nicht ohnehin schon von dem höhern Wert überzeugt ist, den eine die Klassenausbeutung und -un'erdrückung beseitigende sozialistische Gesellschaftsordnung gegenüber dem herrschenden Kapitalismus repräsentiert, wird sich auf dem Umweg über so abstrakte und verschwundene Deduktionen, wie sie Kants Lehre vom kategorischen Imperativ enthält, davon überzeugen lassen?

In dem Streben der Moral einen aprio-

rischen, rein logisch formulierbaren Leitsatz zu geben kommt Kant zu der berühmten Grundformel: daß der Mensch als ein vernünftiges Wesen nur nach Grundsätzen handeln dürfe, die er sich ohne Widerspruch verallgemeinert denken kann. In seinem Eifer diesen rein formalen Gesichtspunkt, der nach ihm durch keine Rücksichtnahme auf die im Einzelfall zu erwartenden Folgen Einschränkungen zulassen soll, festzuhalten, kommt er, das ist bezeichnend, zu wunderlichster Konsequenzmacherei. Aus der Erwägung, man dürfe nicht lügen (weil, wenn alle lügen, keiner mehr dem andern glauben werde, die Maxime des Lügens, verallgemeinert gedacht, mithin einen Selbstwiderspruch darstellt), zieht er allen Ernstes den Schluß, daß man aus diesem Grund auch einem Mörder, der einen fragt, wo sich das Opfer, auf das er es abgesehen hat, zurzeit befinde, wohl die Auskunft verweigern, aber ihn nicht durch absichtsvoll falsche Auskunft auf eine falsche Fährte locken dürfe! Ein apriorischer Maximenformalismus, dessen Paradoxie durch Lotzes menschenverständige Bemerkung treffend beleuchtet wird: daß, wenn es ganz einerlei sei, was bei unserm Handeln eigentlich herauskomme, ob Wohl oder Wehe für andere, es schließlich überhaupt keine Maxime gebe, die man nicht als allgemeines Gesetz aufstellen könne. Zu der wirklichen Moral, die in ihrem eigenes und fremdes Handeln wertenden Moralurteil zugleich immer die wünschenswerten oder üblen Wirkungen in Betracht zieht, die die betreffende Handlungsweise, vom gesellschaftlichen Interessenstandpunkt aus gesehen, tendenziell zur Folge haben würde, fehlen alle näheren Beziehungen. Aus menschlich gesellschaftlichen Bedürfnissen erwachsen, kommt diese wirkliche Moral von utilitarischen Gesichtspunkten naturgemäß nicht los. Und vollends eine Soziologie wie die Marxsche vermag mit jener Art Metaphysik nichts anzufangen. Das gleiche gilt auch von dem andern Kardinalpunkt der Kantischen Ethik, der auf die Konstruktion eines »intelligiblen Charakters« begründeten, höchst dunklen Lehre von der sittlichen Willensfreiheit wie von den hieran angeknüpften religiösen Postulaten. Marx würde, wenn er heute lebte, gegen solches Brückenschlagen zwischen ganz Heterogenem sehr energisch protestieren. Daß seine Geschichtsauffassung ebenso wie jede andere die menschliche Natur auf Grund der Erfahrung als eine in gewissem Maß und Grad auch moralischen Motiven zugängliche vor-

aussetzen muß, liegt freilich auf der Hand. Niemand wird das bestreiten wollen. Aber dieser Tatbestand besagt selbstverständlich nicht das mindeste dafür, daß Marx nun etwa die Konstruktionen, mit denen Kant das moralische Bewußtsein rationalistisch-metaphysisch unterbauen will, anerkennen müßte. Für einen Neukantianismus, der sich unter Zugrundelegung der Kantischen Erkenntniskritik, dieser vielleicht größten Leistung aller bisherigen philosophischen Forschung überhaupt, die Frage stellt, wie sich gewisse oberste Voraussetzungen, mit denen, wie alle Soziologie, so natürlich auch die Marx'sche arbeitet, im Rahmen jener Erkenntnistheorie des nähern erläutern lassen, wie sich, von hier aus gesehen, das Gebiet der Sozialwissenschaften von dem der Naturwissenschaften abgrenze, mögen Adlers tiefgrabende Untersuchungen über das »Formalpsychische in der materialistischen Geschichtsauffassung« und über das, was er das »Transzendental-Soziale in der Erkenntniskritik Kants« nennt, von wesentlicher Bedeutung sein. Aber daß und wie sie für die Probleme des Marxismus, für eine Fortbildung marxistischer Auffassungsweise fruchtbar werden könnten, leuchtet nicht ein. Daß die Produktionsmittel, deren Entwicklung bei Marx in der Entwicklung der ökonomischen Struktur wie der Gesamtgesellschaft eine so große Rolle spielt, nicht in dem Sinn etwas "Materielles" sind wie der von Menschen unabhängig bestehende Naturstoff, daß die Existenz und Fortentwicklung der Produktionsmittel in der Gesellschaft den Zwecke setzenden Erfindungsgeist und die nach Zwecken regulierte menschliche Arbeit überall voraussetzt; daß man in dieser wie jeder andern Hinsicht in einem psychischen Moment, in den auf der Basis des jeweils gegebenen Gesellschaftszustands erwachsenden Bedürfnissen und Zwecksetzungen die allgemeinste Triebkraft der sozialen Entwicklung zu sehen hat, wird niemand, auch wenn er nie von Kant gehört hat, leugnen. Die philosophische Kostümierung, in die Adler den Gedanken kleidet, fügt dieser zweifelsfreien Reflexion nichts Wesentliches hinzu. Auch seine scharfsinnigen Ausführungen über das »Transzendental-Soziale« bei Kant und die Gesichtspunkte, die er daraus zur Charakteristik des Artcharakters der Sozialwissenschaften gewinnen will, stehen zum Marxismus in keinerlei näherer Beziehung. Adler will nachweisen, daß die allgemeinmenschliche Gattungsvernuft,

von deren Analyse Kant den Ausgang nimmt, schon in den simpelsten Urteilen, dies oder jenes verhalte sich in Wahrheit so und so, eine Beziehung des urteilenden Subjekts auf andere Subjekte einschließt. Denn der Anspruch auf "Wahrheit", mit dem ein solches Urteil gefällt wird, sei ja nichts anderes als der Anspruch auf die notwendige Zustimmung anderer zu dem im Urteil Behaupteten. Ohne ein ideelles Bezogensein des Denkens der einzelnen auf das Denken anderer wäre ein wechselseitiges Sichverstehen der Gesellschaftsglieder, wie es in dem Begriff einer menschlichen Gesellschaft immer schon mitgedacht ist, überhaupt nicht denkbar. Man mag das ohne weiteres einräumen. Aber auch dann bleibt unklar, wie der philosophische Hinweis auf einen solchen Tatbestand, den alle Soziologie in ihrem Grundbegriff der menschlichen Natur, wenn auch unbewußt, voraussetzt, speziell der Marx'schen Geschichtsauffassung, die doch Bau und Leben der Gesellschaft unter ständiger Zurückbeziehung auf die ökonomische Seite des Lebensprozesses erfassen will, Dienste leisten soll. Die begrifflichen Schwierigkeiten der Marx'schen ökonomischen Geschichtsauffassung liegen auf einer gänzlich andern Linie.

Aus dem Nachlaß des so merkwürdig vielseitig begabten, allzu früh verstorbenen Genossen *Otto Koester*, der, wie das seine Zeichnungen im Vorwärts zeigten, das Zeug zu einem ganz originellen politischen Karikaturisten in sich hatte, erschien vor kurzem in der Sammlung *Entschiedene Schulreform / Leipzig, Ernst Oldenburg/* ein Schriftchen *Zur Kritik des historischen Materialismus*. Koester nimmt in der Hauptsache den gleichen Standpunkt wie Max Adler ein. Die Abhandlung läßt erkennen, wie eindringlich und ernst sich der Verstorbene mit Fragen der Philosophie beschäftigt hat. Den einleitenden Bemerkungen über das Wesen der Wissenschaft, die zugleich sehr interessante Streiflichter auf die Rolle der Einsteinschen Relativitätstheorie werfen, folgt ein Kapitel über die aus der materialistischen Geschichtsauffassung dem Sozialismus erwachsenden »Gefahren«. Koester sieht diese in einer Verabsolutierung der kausalen Betrachtungsweise bei Marx, die leicht zum Fatalismus führe. Sogar Max Adler, mit dessen radikaler Verwerfung der Kriegskreditbewilligung durch die sozialistischen Parteien Koester sympathisiert, scheint ihm dem Standpunkt der Kausalbetrachtung zu

weite Sphären einzuräumen. Aber so wenig der Marxismus innerhalb des kausalen Entwicklungsverlaufs die mögliche Mitwirkung moralischer Faktoren bestreitet, so wenig hat er, bei der vollständig unübersehbaren Kompliziertheit des historischen Geschehens, sich doch je in dem Wahn gewiegt, als ob die von ihm als wahrscheinlich erschlossenen und erhofften Tendenzen einer kommenden sozialistischen Entwicklung sich mit irgendeiner Art naturwissenschaftlicher Exaktheit, unabhängig von dem Wollen und Tun der Menschen, voraussagen ließen. Wo aber liegt dann die Versuchung zum Fatalismus bei ihm vor? Weder das Werten noch der für jedes Entwicklungsziel notwendige Appell an die Aktivität und das Handeln der einzelnen kommt bei Marx zu kurz. Des Sprungs in eine Philosophie, die, vom Einheitsstreben der menschlichen Vernunft getragen, aus der Zergliederung der menschlichen Vernunft ein oberstes apriorisches Gesetz sittlichen Handelns herleiten will, bedarf es zur Abwehr des Fatalismus nicht.

**Neuausgaben** Der Verlag J. G. Cotta in Stuttgart hat eine neue Auflage von *Friedrich Lists* berühmtem Nationalen System der politischen Ökonomie vom Jahre 1841 herausgegeben. Dem Werk ist die zur 7. Auflage im Jahr 1883 von K. Th. Eheberg geschriebene ausführliche Darstellung der ökonomischen und zollpolitischen Verhältnisse Deutschlands während der 1. Jahrhunderthälfte beigefügt.

Der Verlag Ernst Wiegand in Leipzig bringt einen andern Volkswirtschaftler aus der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts heraus: *Theodor Bernhardt* mit seiner Arbeit Versuch einer Kritik der Gründe, die für großes und kleines Grundeigentum angeführt werden. Ein Vorwort Karl Diehls skizziert kurz Bernhardts Leistung und Leben. Dieser Autor hebt im Gegensatz zu den englischen Ökonomen seiner Zeit, die, ganz kapitalistisch, in dem jeweiligen Roh- und Reinertrag das entscheidende Kriterium für das Gedeihen der Volkswirtschaft erblickten, die entscheidende Bedeutung der Reichumsverteilung hervor, die einer möglichst großen Anzahl von Menschen ein unabhängiges und gesundes Dasein ermöglichen solle. Die umfangreiche Arbeit geht über das begrenzte Thema, auf das der Titel deutet, weit hinaus, zieht mit ausgedehntem Material die verschiedensten Fragen der Agrarpolitik in den Kreis der Unter-

suchung mit hinein. Mutter des Verfassers war die Schwester des deutschen Dichters Ludwig Tieck. Nach ihrer Ehescheidung wuchs Bernhardt im Haus ihres zweiten Mannes, eines estnischen Adligen, auf, lebte in Rußland und auf Reisen bis 1851, siedelte später nach Deutschland über, wo er als schlesischer Gutsbesitzer mit 85 Jahren starb.

Der Verlag Alfred Lorentz in Leipzig hat die lange aus dem Buchhandel verschwundenen Staatswirtschaftlichen Untersuchungen *Friedrich Benedikt Wilhelm Hermanns* vom Jahr 1852 mit einer Vorrede Karl Diehls herausgebracht. Diehl nennt die Untersuchungen das »beste Werk der theoretischen Nationalökonomie aus der ältern deutschen Literatur«. Die klare Begriffsbildung des wesentlich auf dem Boden der englischen Klassiker der Nationalökonomie stehenden, aber doch im einzelnen selbständig weitergehenden Buches mache es heute noch speziell zur Einführung von Studierenden in die Probleme der theoretischen Nationalökonomie besonders geeignet.

**Totenliste** Der frühere Professor der Handelswissenschaften an der Handelshochschule

Berlin *Friedrich Schär* ist, 78 Jahre alt, Ende September 1924 in Basel gestorben (siehe die Rundschau Genossenschaftsbewegung, in diesem Band Seite 106). Er war in der Schweiz geboren, wurde zuerst Seminarlehrer, dann Kaufmann und wirkte in der Konsumgenossenschaftsbewegung. Er erhielt später an der Universität Zürich eine Professur der Handelswissenschaften und 1907 eine solche an der Berliner Handelshochschule. Er hat zahlreiche Schriften verfaßt. Für die Betriebswirtschaftslehre waren seine Arbeiten bahnbrechend.

Der langjährige Direktor des Badischen Statistischen Landesamts *Gustav Lange* ist, 69 Jahre alt, Ende März 1925 in Karlsruhe verschieden.

Der hervorragendste Vertreter der deutschen Statistik, der älteste unserer Zeit, *Georg von Mayr*, ist in der ersten Septemberwoche in Tutzing am Starnberger See gestorben. Er ist 84 Jahre alt geworden. Er hatte zuerst als Hilfsarbeiter im Bayrischen Statistischen Bureau unter der Leitung F. B. W. Hermanns (von dem oben in dem Abschnitt Neuausgaben die Rede ist) gearbeitet, nach dessen Tod er 1869 an die Spitze des Bureaus trat. Später wurde er Kommissar Bayerns im Bundesrat und Referent für zoll- und handelspolitische Fragen. Im Jahr 1891 habilitierte er sich in Straßburg.

Im Jahr 1898 wurde er ordentlicher Professor der Staatswissenschaften an der Universität München, wo er bis ans Lebensende über Finanzwissenschaft, Wirtschaftspolitik, Versicherungswesen, vor allem aber über Theorie und Technik der Statistik las. Auch im Ausland war Mayrs Bedeutung allgemein anerkannt: er war Ehrenmitglied der Pariser Société de Statistique und anderer gelehrter Körperschaften. Das Verzeichnis seiner Arbeiten füllt im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 5 Seiten. Noch im letzten Jahr erschien seine umfassende Statistik und Gesellschaftslehre in 2. Auflage /Tübingen, J. C. B. Mohr/.

**Kurze Chronik** Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln setzt 3000 Mark auf die beste Lösung der folgenden **Preisauflage**: »Die Einwirkung des Geldwertschwundes auf das Staatsgefühl und den sozialen Frieden.« Die Arbeiten sind bis zum 31. Dezember dieses Jahres einzusenden. Die Beteiligung steht jedem frei. Das Institut für Wirtschaftsrecht in Jena stellte die folgende Preisauflage: »Entwicklung der Aufwertungsfrage in Deutschland nach dem Weltkrieg.«  $\diamond$  Das an der Berliner Universität errichtete *Seminar für Zeitungswissenschaft*, dessen Räume sich in der Preußischen Staatsbibliothek befinden, wird von Martin Mohr geleitet. Vorlesungen und Übungen wechseln. In diesen wird besonderes Gewicht auf Ausbildung zu journalistisch raschem Arbeiten gelegt.  $\diamond$  Vom 22. bis zum 24. Mai veranstaltete die Kantgesellschaft der Landesgruppe Westdeutsches Industriegebiet in Dortmund eine *soziologische Tagung*. Es sprachen Ferdinand Tönnies /Kiel/ über Gesellschaft und Gemeinschaft, Alfred Weber /Heidelberg/ über Probleme der Kulturosoziologie, Werner Sombart /Berlin/ über Soziologie und Sozialismus und Hans Freyer /Leipzig/ über Soziologie und Philosophie des Geistes.  $\diamond$  Die ordentliche Professur für Volkswirtschaftslehre und Statistik an der Universität Tübingen wurde dem Berliner Privatdozenten *Walter Eucken* übertragen.  $\diamond$  Der junge Nationalökonom *Eduard Heimann*, der in den letzten Jahren durch beachtenswerte Arbeiten bekannt geworden ist, erhielt in Freiburg, wo er sich habilitiert hatte, eine ordentliche Professur.  $\diamond$  Der neuerrichtete Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Berlin wurde *Walter Frison*, bisher an der Universität Köln, übergeben.

## KUNST

### Dichtkunst / Max Hechdorf

**Heimann** † In der Nacht zum 22. September starb Moritz Heimann in einem Berliner Sanatorium. Er ist 57 Jahre alt geworden. Man weiß, daß dieser seltene Mann, der begleitend, beobachtend, beratend und fördernd den innigsten deutschen Dichtern zur Seite stand, aus einer frommen jüdischen Familie stammte. In diesem Kopf vereinigten sich nun die Energie des Geistigen, die in der hebräischen Lehre und in der deutschen Klassik aufgestapelt war, zu einem merkwürdigen Bündnis. Immer wenn von Moritz Heimann die Rede war, hatte man zunächst den Eindruck von einer ungewöhnlichen moralischen Persönlichkeit. Mit seinem Namen war die Vorstellung jenes Menschen gleichbedeutend geworden, der das Schluchzen unterdrückt, weil er nicht seiner sehnsüchtigen kunstformen- isolierten Persönlichkeit leben darf. Moritz Heimann war mit Gerhart Hauptmann verschwägert. Aber aus solcher Verwandtschaft leitete er niemals das Recht für sich ab irgendwelchen Schutz für sich zu suchen oder sich irgendeine Erleichterung von den Pflichten zu verschaffen, die als Berufspflichten auf ihm lasteten. Er war noch verhältnismäßig jung, als die Krankheit ihn unterwühlte, und er derart gezwungen wurde seinen Posten beim Verlag S. Fischer aufzugeben. Mehr als ein Lektor war er in diesem Verlag, er war ein Mentor. So hat er auch dem Bearbeiter dieser Rundschau sein erstes Drama Vom Himmel zu Himmel bei S. Fischer untergebracht, und er war es denn auch, der dem jungen Mann zuredete sich selber treu zu bleiben. Solche Ermunterung, von Moritz Heimann einmal empfangen, mußte nachwirken. Sie hat bei allen nachgewirkt, die das Glück hatten irgendwie einmal in seine Gemeinschaft aufgenommen zu werden. Und riß das Leben, rissen auch die Ideen, die anders gingen, hier und da solche Gemeinschaft entzwei, so bewahrte man doch stets für Moritz Heimann das Gefühl der Verehrung. Vielleicht war er gar nicht viel älter, vielleicht gar manchmal jünger als die Menschen, deren Ratgeber er war. Der Altersunterschied machte nie etwas aus. Wunderbar, man empfand ihn immer als Patriarchen. Und als Patriarch schrieb er eigentlich auch. Weil er moralisch so hoch ge-

stiegen war und einen hellsten Gipfel der Resignation erreicht hatte, war in ihm schon der Sturm und Drang ausgestorben. Alles, was er selber schrieb, waren eigentlich Ehrenrettungen des irgendwie in der Welt verkannten Menschen. Er tat es in seiner kritischen Arbeit (man denke an seinen Aufsatz über Grabbe, den er im Jahr 1912 für die Sozialistischen Monatshefte schrieb) wie in seinem Dichterschaffen. Er schrieb die Vagabundengeschichte Feind und Bruder /1910/. Die Moral in einem Landstreicher wollte er in dieser Geschichte befestigen. Es sollte in dem Leser die Erkenntnis aufkommen, daß das Zufallsschicksal niemals stärker sein kann als der Schicksalsträger. Es gebe eigentlich gar nicht zerbrochene Menschen, es könne eigentlich gar nicht gescheiterte Existenzen geben. Der Herzenszwiespalt und die Geisteszwietracht, unter der Moritz Heimann tief genug litt, hätten das Gleichgewicht eines gewöhnlichen Menschen zerstören müssen. Heimann überwand alle diese Zwietracht und diesen innern Zwiespalt und wurde ausgeglichen. Er wurde nicht fröhlich, er wurde aber gefaßt. Er war auch der berufene Mann dazu den Ewigkeitssucher dramatisch zu charakterisieren, der sich für den Tag abmühen muß, aber in seinem Kampf um das Unvergängliche nicht verzweifelt. Es ist tröstlich, daß Moritz Heimann trotz seiner körperlichen Niedergeschlagenheit in den letzten Zeiten seines Lebens fast heitere, philosophisch durchleuchtete Plaudereien schreiben konnte, in denen er sich mit lächelnder Kritik über all die Dummheiten erging, mit denen unsere letzten Jahre Politik und Literatur spickten. Ein bedeutender Geist ist von uns gegangen.

**Gedanken-  
drama**

Die Krise im europäischen Theater soll die Krise des europäischen Dramas sein, wenn wir den Beobachtern der Dinge glauben dürfen. Nun ergibt sich aber, daß einige Dramatiker die Landesgrenzen viel energischer und erfolgreicher sprengten als es bisher einem Theaterdichter gelungen wäre. *George Bernard Shaws* Zeit- und Ewigkeitsspiel Zurück zu Methusalem /Berlin, S. Fischer/ genöß die Ehren eines märchenhaften Erfolgs in Amerika, im Entstehungsland England und auch in Deutschland. Shaw nennt sein Drama einen metaphysischen Pentateuch. Wirklich teilt sich das Ganze in 5 Teile, und es soll, derartig geschichtet, nach der Hoffnung des un-

ternehmungslustigen Schöpfers die ehrwürdige Bibel ersetzen. Shaw ist absolut Tendenzdramatiker. Er hat sich ein dauerhaftes Gerüst der Gedanken zusammengezimmert, indem er den Menschen in seiner Kleinheit entlarvt und versucht ihn wieder an die Weltgefühle der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit heranzuführen. Zurück zu Methusalem: das heißt für Shaw Anerkennung der These, daß irgendwie dem Menschen die Sicherheit der Entwicklung seiner ungefesselten Persönlichkeit gewährt werde. Damit der Mensch so weit gelange, braucht er Zeit. Aber die Zeit wird ihm versagt. Jedem Menschen wird sein Leben abgebrochen, ehe er es ausfüllen und vollenden konnte. Die Menschheit hat sich mit diesem Schicksal beinahe zufrieden gegeben. Ja, sie hat aus diesem Schicksal selbstgefällig und demütig eine besondere Moral abgeleitet, und bei den Tragikern, die wir schätzen und ehren, ist der Triumph des Gedankens darin meistens begründet, daß es schön und erhebend sei das Zusammenbrechen eines Helden, der auf halbem Weg liegen bleibt, zu beobachten. In den Erinnerungen an Oscar Wilde hat der englische Schriftsteller Laurence Housman eben betont, daß Oscar Wilde gerade solche mitten im Sieg zerbrochenen Existenzen durch sein Nachdenken auszeichnete, und daß er sich selber in solcher Glorie des Mannes fühlte, der abzutreten hat, ehe er sich selber an die Seite Gottes hinaufrecken darf. Shaw erkennt solche Bescheidenheit als einen eigentlich entsetzlichen und höchst schädlichen Hochmut. Wir Menschen können ja gar nicht glücklich sein, da wir so kurzlebig sind. Wie, wenn es uns gelänge geistige Energieen aufzustapeln, durch die wir befähigt werden dem frühen Sterben zu entkommen? Lamarok hat den Glaubenssatz ausgesprochen, den er mehr erträumte als wissenschaftlich durch sein genaues Studium erläuterte, daß die Geschöpfe der Erde die zu ihrer Existenz notwendigen Organe nicht von Gott sondern durch sich selber empfangen, das heißt nicht das Naturorgan schafft unbedingt die Funktion, die das Organ ausübt, sondern der irgendwie die Funktion heftig bestimmende Wille kann derart wirken, daß aus der Funktion das Lebensorgan entsteht. In einer witzigen Einleitung, die aus Puritanismus und Mystik gemischt ist, bemüht sich Shaw diesen Lamarckismus ganz



seinen geistigen Unternehmungen unterzuordnen. Er tut es nach seinem Temperament natürlich polemisch, indem er die allzu mechanisch denkenden Darwinisten verprügelt, sie der Gottlosigkeit beschuldigt und sich selber als einen sehr religiösen Mann bekennt: religiös in dem Sinn, daß er eben glaubt, der Mensch könne sich zum Göttlichen entwickeln, er könne also durch Wille und innern Aufschwung seine irdischen Kräfte derartig wachsen lassen, daß sie den göttlichen verwandt werden. Alles das ist Philosophie oder auch Theologie. Es wird bei Shaw nur in Form umgewandelt. Es wird auf die Bühne gedrängt, und der Gedanke wird zum Bild. Mit der Schöpfungsgeschichte, genau so wie die Bibel sie berichtet, beginnt dieses 5fach geschichtete Drama. Adam und Eva und die Schlange sind auf der Bühne. Den Unterschied zwischen Tod und Leben lernen sie kennen, den Unterschied zwischen Schuld und Unschuld. Der Mann erkennt das Weib, das Weib zittert, da es Mutter werden kann, vor Freude und Trauer. In den Adamskindern erwachen die Instinkte des Ehrgeizes und des Krieges. Nach diesem Vorspiel kommt dann gleich das Spiel in der heutigen Zeit. Das politische Unglück der Erde leitet Shaw daraus her, daß die Politiker erstickend in ihrer Maultüchtigkeit solch dumme Jungen sind, wenn sie noch in das bisherige Greisenalter hineintreten. Und nun wird es diesen Greisenknaben beschieden wirklich durch ihre Willenskraft zu reifen wie Methusalem. Aber siehe, des Menschen Tugenden und des Menschen Schwächen scheinen unvergänglich und unheilbar zu sein. Es geschieht wohl hier und da, daß jemand mit sich selber auskommt und auch unsere Erde ein Stückchen vorwärtsbringt. Aber eigentlich bleibt die Erde immer stehen. Es ist ein Humbug sich des besondern Fortschritts zu freuen. Wir können höchstens nur lachen, wenn auch grübelnd und bewegt lachen. Shaw tut das allerdings, indem er seine eigene Lehre ad absurdum führt. Das höhere Gedankendrama wird zu bloßer Satire. Der Flug in die Zukunft ist mißglückt. Doch der intellektuelle Gegenwarts-mensch ist befriedigt, weil sein Geist die Satire faßt, und er sich in einem Bewußtsein überlegener Intelligenz wiegen zu dürfen glaubt. Kein Wunder, daß Shaw heute die Theater füllt, und Strindberg unzeitgemäß ist. Am Rand

des Neuen zu spazieren, um schließlich in allem doch nur immer das Alte zu sehen, ist eine bequem aufregende Unterhaltung. In die Tiefe steigen und nach dem grundstürzend Neuen graben zu wollen lockt weniger, man riskiert dabei auch, daß der Lebensgrund wirklich einstürzt. Strindberg wird daher noch eine Weile warten müssen, bis die Zeit zu ihm hinführt. Neben dem irischen Briten Bernard Shaw darf der Italiener *Luigi Pirandello* für sich den Ruhm beanspruchen, daß er den Horizont der Theaterbesucher erweiterte. Die kleine Gespensterei, die irgendwie zwischen Wirklichkeit und Unwirklichkeit wittert, hat Pirandello durchleuchtet. Er hat dem Alltag einen feierlichen Übersinn verliehen. Indem er uralte Motive benützt, die sogar der Kolportage angehören, macht er sich der Masse liebenswert. Charakteristisch ist hierfür sein Stück 6 Personen suchen einen Autor /Berlin, Alf Häger/. Was da an Wirklichkeit geschieht, diese kleine Tragödie der Verführung, die sehr schlimm mit dem Zusammenbruch von Mutter und Tochter und Jüngling endet, das ist ziemlich abgebrauchtes Rührstück. Aber die Idee, daß dieses Rührstück ins Unbekannte hineinwachsen kann, wenn die Menschen nicht nur ihre fühlbare Wirklichkeit sondern auch ihren ungreifbaren Schatten auf die Bühne schleppen, diese originelle und sogar aufregende Idee fesselt den Zuschauer; er zuckt zusammen und staunt. Pirandello ist auch ein außerordentlicher Kenner der Kullissenwirkungen. Entscheidend bleibt, daß Pirandello wie Shaw uns ein Stück vorwärts bringen, da sie Ansprüche an den Geist stellen, ihn immerhin mitzuarbeiten zwingen.

Zu dem Briten und dem Italiener tritt der (freilich nicht sehr französische) Franzose *Romain Rolland*, der in der Theorie durchaus bei allen diesen Gedanken ist. Idyllisch und versöhnend ist heute dieser schöne Geist eingestimmt. Und aus dieser Stimmung dichtete er seine dramatische Idylle *Liluli* /Frankfurt, Rütten & Loening/. Sie ist eine Glorifizierung aller Friedenskräfte, die den Menschen zur Heiterkeit und Sammlung geleiten. Der fruchtbare Spott, den Shaw verschwendet, ist diesem moralischen Idylliker allerdings versagt. Man möchte seine Dramatik mit einem mimischen Ballett vergleichen. Erinnert man sich gar, daß das Ballett in seiner geistigen Vervollkommnung zum großen

Drama führte, dann meint man, daß Romain Rolland eben nicht zu diesem großen Drama, das durchaus nicht tragisch zu sein hat sondern auch fröhlich sein kann, herangelangt ist.

Weiter der Russe *Anatolij Lunatscharskij*, dessen Gedankendrama *Der befreite Don Quixote* heißt /Berlin, Volksbühnenverlag/. Don Quixote erlebt noch einmal einige Abenteuer, indem er sich zum Verteidiger von verkannten und verachteten Menschlein aufwirft. Einen Augenblick scheint es, daß er hierdurch eine verrottete Welt rettet. Ehe er aber solch Schicksal genießen darf, verkracht diese eben noch durch ihn gerettete Welt. Don Quixote wird eingesperrt, geschunden und verjagt, wie es immer sein Schicksal war.

Nun zu denen, die in deutscher Sprache dichteten.

Bewunderungswürdig ist die Willenskraft, mit der *Ernst Toller* die schwere Zeit des Kerkers überstand. Nun ist zu untersuchen, was er hervorbrachte. Sein gesunder Theatersinn verließ ihn nicht, wenn er auf naturalistische Bühnenwirkungen zielte. Die Szenen seines *Hinkemann* /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/, in denen Mann und Frau sich aussprechen und auseinanderkommen, sind wirklich gut, die Bühne ist erfüllt von einem natürlichen Leben. Seine Grotesken, die tragisch ausgestaffiert sind, gerade das Abtasten des Seltsamen in der Schaubude, diese so aufregend gedachten Auftritte im *Hinkemann*, wurden nicht reif. Trotzdem freut man sich über die Existenz dieses Stückes, und man hofft weiter. Der Dichter war ja noch so jung, als er die gewaltige phantastische Kehrseite des Alltags malte. Daneben fand er die Herzensheiterkeit die kleine Farce *Die Rache des verhöhten Liebhabers* zu reimen /Berlin, Paul Cassirer/. Einem Kameraden in der Gefangenschaft schenkt er durch die Widmung dieses Buch.

Die Aktualitätsdramatik, die sich mit den Polemiken der Zeit anfüllt, ist vergänglicher als die auf rein geistiger Inspiration beruhende. *Moritz Heimann*, der eben jetzt seiner schweren und auszehrenden Krankheit erlag, hatte lange Jahre es auf sich genommen sich mehr mit dem geistigen Werk seiner Nebenmenschen als mit allen quellenden Stimmen seines eigenen Innern zu beschäftigen. Solche Notwendigkeit erzeugt im Menschen stets, wenn er sehr viel an Sehnsucht und an Erlebnis aufgespeichert hat, eine besondere Hellhörigkeit,

auch eine besondere Trauer. *Moritz Heimann* huldigte mit Sanftmut, die sich beinahe zur Leidenschaft steigerte, derartiger Schwermut. Er versuchte sie mehrmals explosiv zu entladen, indem er um das Drama warb, und ein solches Werk ist seine letzte Bühnendichtung *Das Weib des Akiba* /Berlin, S. Fischer/. Dieser Schmied, der das Leben der physischen Arbeit, das seinem kraftvoll pulsierenden Blut gemäß ist, aufgibt, um der durch ein Weib ihm verkündeten Stimme Gottes zu folgen und die Weisheit Gottes zu ergründen, führt nun ein Leben völliger Hingabe an das Überpersönliche, mit stummem und selbstverständlichem Verzicht selbst auf das Glück, das ihm der geliebte Mensch gibt. Und nach einem langen Leben, das nur dem Geist dient, kommt plötzlich der Wille zur Tat, ja zur politischen Tat, als die Stimme Gottes dies zu fordern scheint. Nicht diese Zerteilung des Geistes- und des Tatmenschlichen, wie sie Europa, wie sie besonders aber Deutschland für selbstverständlich erachtet, sondern eines in dem andern, eines aus dem andern hervorgehend. Eine leuchtende Gestalt, deren Name nach jetzt fast 2 Jahrtausenden von den über die Erde verstreuten Angehörigen des jüdischen Volkes mit Ehrfurcht und mit nieversiegendem Dank genannt wird. Es entsprach ganz dem Wesen *Moritz Heimanns*, daß er sich gerade in diese Gestalt versenkte: ein Symbol dessen, was ihm selbst als Ziel erschien. (Und es ist ebenso bezeichnend, daß dieses Drama, das mehrfach zur Aufführung in Berlin angesetzt war, bis jetzt doch nie auf die Bühne gekommen ist.)

**Geschichten** Flügel der Nike nannte *Fritz von Unruh* sein neues Buch, das Buch einer Reise /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/. Er möchte, da er von seiner süddeutschen Heimat aufbricht, nach allen Wirnissen der letzten Jahre, auch nur die Geschichte seines Auges schreiben. Aber er tut es mit einer ungeheuren Anspannung. Der Humor entschwindet ihm. Er ist sich einer großen Verantwortung vor sich selber bewußt. Er will sich davor hüten seine Feder in Galle des Hasses oder der Ironie zu tauchen. Was er schreibt, soll vom Purpur der Würde durchtrunken sein. Das Pathos geleitet ihn. Man muß schon sagen, daß man die Kapitel des Aufbruchs ebenso inbrünstig liest wie der Dichter sie aufgezeichnet hat. Aber dann erlahmt die Teilnahme an diesem Schwung. Dieser

Schwung scheint nicht mehr ganz männlich zu sein, aber auch nicht ganz jugendlichhaft. Er scheint, obwohl er sehr ernst gemeint ist, einer literarischen Haltung zu entspringen. Die Ursprünglichkeit des Empfindens deckt sich nicht mehr mit der des Worts.

Die Ulkreise *Adolf Uzarskis* durch unser Deutschland hat uns viel Spaß gemacht. Auch in seinem neuen Satirenbuch *Tun Kwang Pipi* /Potsdam, Gustav Kiepenheuer/ ist Uzarski clownesk und sogar bitter. Hinter der Fratze verbirgt sich der Ernst des Moralisten. Swiftsche Eindringlichkeit ist das Vorbild dieses Malers und Schriftstellers. Er ist wohl heute mehr Schriftsteller und von der Schärfe des George Grosz.

Ähnlich wie Uzarski erzählt auch *A. M. Frey* abenteuerliche Wandergeschichten. Was irgendwo in einem sagenhaften China spielt, ist natürlich nur Begebnis im sehr nahe liegenden Deutschland. Die Spießbürger werden in seiner Robisonade zu Zwölft /München, Dreimaskenverlag/ gründlich entlarvt.

Ein wohlzisiertes Buch Die Möbel des Herrn Berthelemy phantasierte *Victor Meyer-Eckhardt* zusammen /Jena, Eugen Diederichs/. Geschildert wird die Existenz eines in schöne Dinge verliebten Sammlers, der mitten im Chaos der französischen Revolution innerhalb seiner entzückenden Welt bleibt.

Sein zweites Geschichtenbuch veröffentlichte *Arnold Zweig* /München, Albert Langen/. Das erste enthält einige kulturhistorische Novellen, das zweite druckt in Chronikenform als wichtigstes Stück die Aufzeichnungen über eine Familie Klopfer. Wie hier eine Generation sublimierter Ästheten aus dem Ghetto sprossen hervorwächst, das wird in einer lebhaft illustrierten Stammliste mitgeteilt. Man sieht eher die klaren Zusammenhänge als das gewundene Dasein.

Als Verfasser eines merkwürdigen Buches über Leonardo ist *Dmitrij Mereschkowskij* in Deutschland bekannt. Jetzt schildert er farbig und unterhaltend russische Geschichten, er gestaltet Geschichtsfresken, die ihren Eindruck nicht verfehlen. Sein Roman Peter und Alexej /München, R. Piper & Co./ haftet aber sehr am historischen Zeugnis. Die Dinge um den großen Peter, der ein unternehmungslustiger Städtebauer, Schiffsmeister, Tyrann und Mörder war, werden nicht so psychologisch durchleuchtet, daß sein Roman eine vollkommene ästhetische Auflösung hätte.

Der Wallone *Charles Deulin*, dessen Chronikbuch der Erzählungen des Kö-

nigs Gambrinus von Friedrich von Oppeln-Bronikowski verdeutscht wird /Jena, Eugen Diederichs/, ist ein Zeitgenosse jenes Belgiers Charles de Coster. Deulin starb, 50 Jahre alt, 1877 und hinterließ einige Chronikbücher, die auch eine merkwürdige saftige Naturkraft verrieten. Das Grotiske und Derbe war gemischt mit dem Schwermütigen. Die Chronikenfrucht und -wucht des Costerschen Eulenspiegels wurde nicht erreicht. Immerhin lohnt es sich auch diesen Belgier kennenzulernen.

Eine Spezialität unter den deutschen Schriftstellern bildet *Roda Roda* gewiß. Er kam von Jugend auf mit Kroaten, Slowenen, Ungarn und halbasiatischen Orientalen in Berührung und hat sich dann fleißig in der deutschen Literatur herumgetummelt. In dem Erzählen solcher halbexotischen Anekdoten wurde er sogar eine Art Meister. Nun schreibt er seinen eigenen Lebensroman /München, Dreimaskenverlag/. Natürlich wird dieses Buch mit großem Brimborium äußerlich und innerlich aufgetakelt, aber es erwacht doch ein Stück altösterreichischen Lebens. Nur begreift man nicht gut, warum Roda Roda häufig von Liebesgeschichten meldet, die besser sein Geheimnis geblieben wären.

**Totenliste** Am 1. Mai starb *Kurt Kuchler* in Hochkamp bei Blankenese, 42 Jahre alt.

Der Krieg hatte ihn des Augenlichts beraubt. Seine Romane Steuermann Holk, Zwischen den Dünen usw. sind bekannt geworden.

Am 17. Mai starb *Sir Henry Rider Haggard* in London im Alter von 69 Jahren. Er war lange Zeit im Kolonialdienst tätig und hatte als Offizier den Burenkrieg mitgemacht. So sind unter den mehr als 40 Romanen, die er schrieb, diejenigen, die ihren Schauplatz in Südafrika haben, die lebendigsten. Eine Art gespenstischen Spuks verwebte er in seine Abenteuerromane; er hieß der Mystiker des Unterhaltungsromans.

Anfang Juni starb *Arthur Moeller-Bruck*, in seinem 50. Lebensjahr. In der letzten Zeit entgleiste er und legte alles nationale Geistesleben als ein nationalistischer Berserker aus. So ging ihm die ganze Klugheit verloren, die er sich mühselig erworben hatte. Auch in seinen Einleitungen zur verdienstvollen Piperschen Dostojewskijausgabe war schon manche Enge. Darüber soll aber nicht vergessen werden, daß er in jungen Jahren dem Geist zuneigte und Neues zu erfassen suchte.

**Kurze Chronik** Von der Philosophischen Fakultät der Universität Göttingen wurde für das Jahr 1925-1926 die folgende *Preisauflage* gestellt: »Auf Grund der vorhandenen und eventuell zu beschaffenden Reproduktionen und, soweit notwendig, unter Heranziehung der Originale, ist eine Buchgeschichte des Nibelungenliedes zu liefern, welche alle Manuskripte auf das Format und die wechselnde Einrichtung der Schriftfläche, die Strophen- und Versabsetzung, die Einschaltung und Fortlassung der Aventürenüberschriften usw. untersucht, Heimat und Alter der Handschriften und Handschriftengruppen nach Möglichkeit feststellt und so eine notwendige Kontrolle und Ergänzung der von W. Braune aufgestellten Filiation liefert.«  $\diamond$  Der Nobelpreis für Literatur wurde der norwegischen Romanschriftstellerin *Sigrid Undset* für ihren Roman aus dem Mittelalter *Kristine Lawransdotter* zuerkannt. *Sigrid Undset* ist in ihren Werken stark von Weingütern Geschlecht und Charakter beeinflusst.  $\diamond$  Der 1. Preis der Schweizer Schillerstiftung wurde *Albert Steffen* für sein dichterisches Schaffen zuteil. *Steffen* ist nach dem Tod *Rudolf Steiners* der geistige Vater von *Dornach* geworden (siehe auch weiter unten den Abschnitt *Literatur*).  $\diamond$  Am 50. Todestag *Andersens* wurde in Dänemark eine *Andersengesellschaft* gegründet, die sich neben der Herausgabe der unbekannteren Werke *Andersens* die Restaurierung seines Kindheitsheims in Odense zur Aufgabe gemacht hat.  $\diamond$  In Berlin ist ein *Willibald Alexis-Bund* gegründet worden, der sich die Aufgabe gestellt hat neben der Herausgabe einer kritischen *Alexis*-Ausgabe die Liebe zur märkischen Landschaft zu pflegen.  $\diamond$  Die Wohnung *Alexander Puschkins* in Petersburg, in der er am 10. Februar 1837 den Wunden erlag, die er in einem Duell erhalten hatte, ist in ein *Puschkinmuseum* umgewandelt worden, das von der Russischen Akademie der Wissenschaften verwaltet wird. Ein Teil unveröffentlichter *Puschkinscher* Manuskripte wurde 1922 im Verlag *Athenaeum* in Petersburg publiziert. In dem *Puschkinmuseum* wird auch der gesamte ungedruckte Nachlaß *Leonid Andrejews* untergebracht, den seine Witwe der Akademie zur Verfügung gestellt hat.  $\diamond$  In der Bibliothek von *Lovenjoul* wurden Bruchstücke von unvollständigen und bislang unveröffentlichten *Contes drolatiques* von *Balzac* aufgefunden, aber auch einige Geschichten, wenigstens 2, die fast abgeschlossen sind.

### Literatur

Die sehr schöne *Tolstoj*-Gesamtausgabe des Verlags *Bruno Cassirer* in Berlin wird durch den Band über *Tolstoj*s Flucht und Tod ergänzt. Es stehen in diesem merkwürdigen, aufregenden und niederschmetternden Buch besonders die Aufzeichnungen, die *Tolstoj*s Witwe niederschrieb, um sich vor der Nachwelt zu rechtfertigen. Ja, es mußte sein, daß jener *Tolstoj*, der die glänzende Erde von sich weglenken wollte, um zu der schlichten zu gelangen, die er für sich erstrebte, von seiner Frau, von seinem behaglichen Heim, von seinen zärtlich an ihm hängenden Kindern und Enkeln weglief. Da spielte sich die Tragödie ab, in der beide Teile recht haben, und in der doch jeder Teil bitter gestraht wird. Man sieht in diesem Buch eine erschütternde Photographie: Die Frau *Tolstoj*s blickt durch das Fenster in das Sterbezimmer ihres Gatten hinein. Gar nichts ist auf dem Bild zu sehen als die kahlen Umrisse des Fensters, als die in Winterkleider gehüllte Frau, deren Haupt mit einfachem Kopftuch umwunden ist. Aber die Photographie hat hier die ungeheure Spannung festgehalten, in der sich die Frau befindet, die es nicht wagen darf an das Bett des Sterbenden zu treten, und die noch einmal die langen Jahrzehnte durchlebt, in denen sie unglücklich und auch selig sein durfte als Gattin eines biblischen Patriarchen und biblisch verrückten Genies. Dieser Ergänzungsband ist eins der kostbarsten Dokumente, die das geistige Dasein *Tolstoj*s und seinen Niederbruch mit aller Wahrheit und äußerster Unerbittlichkeit beleuchten.  $\diamond$  *Paul Gsell*, der oft in der *Villa Said*, in dem Tuskulum des *Anatole France* empfangen wurde, zeichnete diese Gespräche stets mit Sorgfalt auf. Sein Buch ist in Frankreich sehr verbreitet und von Liebhabern geschätzt. Die deutsche Übersetzung dieser Unterhaltungen um *Anatole France* ist bei *J. M. Spaeth* in Berlin herausgekommen. Die einzelnen Kapitel des Buches beleuchten in schöner und ergreifender Weise den liebenswürdigen und menschenfreundlichen Skeptizismus des leidenschaftlich Weisen. Er konnte ja in der Intimität Gedanken austreten, die wirklich des Aufbewahrens wert waren, und die nicht vergessen werden dürfen.  $\diamond$  Der neuhebräische Dichter *Chaim Nachman Bialik* hat seine *Essais* gesammelt /Berlin, Jüdischer Verlag/. Der Meister des hebräischen Worts spricht über die Ästhetik dieses Wortes und über manche Kernfragen der neuhebrä-

ischen Literatur. Er ist ein leidenschaftlicher Verächter jeder Banalität, und er will die hebräische Dichtung davor bewahren alltägliche, nur der Erbauung dienende Literatur zu werden. Es ist schwer einer altjungen Volksgemeinschaft, die mitten im Kampf um ihr neues Werden steht, solche Kunsthoheit zu predigen. Um so bewunderungswürdiger, daß dieser Mann zur Metaphysik heraufstrebt und zu einer strengen Auffassung und Erfüllung der Kunst.  $\diamond$  Die fleißige Engländerin *Kathleen Murray* verfaßte eine Dissertation über Taine und die englische Romantik, ein Buch, das sie offenbar nach deutschem Muster und unter Obhut deutscher Anglisten vollendete /München, Duncker & Humblot/. Auch diese kleine Schrift wird dazu dienen den Begriff der Weltliteratur und damit den Begriff der Weltversöhnung zu fordern.  $\diamond$  Die französische Literatur der Gegenwart von 1870 bis 1924 hat *Otto Forst-Battaglia* historisch betrachtet /Wiesbaden, Diöskurenverlag/. Diese Betrachtung geschah allerdings auf merkwürdige Weise. Er suchte nicht nach den großen Zusammenhängen sondern zerlegte seine Literaturgeschichte in einzelne Monographien, und er hielt mit scharfen und spitzig pointierten Urteilen und Vorurteilen nicht zurück. Man gewinnt den Eindruck, daß ein etwas hochmütiger und auch wohl einseitig bestimmter Historiker ans Werk geht. Darum muß man stets die Tendenz von den Worten wegweisen, um auch die zahlreichen Wahrheiten, die in diesem Buch vorhanden sind, herauszufinden.  $\diamond$  Der Schweizer *Albert Steffen*, ein Lyriker, der zum Anthroposophenkreis des eben verstorbenen Rudolf Steiner gehörte, versucht seine Poetik nach dem Geist seines Meisters einzurichten. So suchte er im Dichter die Krisis auszugleichen, die dann entsteht, wenn der Schriftsteller von der Wirklichkeit schreiben will, um die Übersinnlichkeit zu erlangen. Diesen Gang nennt er Die Krisis im Leben des Künstlers, der er ein Buch der literarischen Studien widmet /Leipzig, Grethlein & Co./. Seine Ästhetik ist ganz von Steiner erfüllt. Das, was er in der Theorie so pathetisch glauben möchte, ergibt sich in der Anwendung auf das geniale Individuum als eine ziemlich stumpfe Waffe der Erkenntnis. Man kann nicht sagen, daß zum Beispiel *Gotthelf* oder *Keller* oder *Dostojewskij* überraschend neu erklärt werden, weil der Anthroposoph *Albert Steffen* ihre Seelen abtastet.

## KULTUR

### Verkehr / Hartmuth Merleker

Die Deutsche Reichsbahn Die Reichsbahngesellschaft, die zweifellos durch das Dawesabkommen einen erheblichen Teil der Reparationslasten direkt zu tragen hat, hat im Jahr 1925 die Personen- und Gütertarife, in verschieden großem Umfang, erhöht. Trotzdem wollen die Vorkriegsleistungen sowohl auf personellem wie auf technischem Gebiet nicht wiederkommen. Weder sind bisher die Vorkriegsgeschwindigkeiten erreicht, noch sind die Vorkriegsinneneinrichtungen wieder durchgeführt, Seife, Handtücher, Papier gelten nach wie vor der nun doch angeblich kaufmännisch geleiteten und aus dem Staatsbetrieb entfernten Reichsbahn als selbstverständlich viel zu teuer, als daß man sie jedem zur Verfügung stellen könnte; probeweise sind sie auf wenigen Zügen eingeführt, wie sich stolz amtliche Verlautbarungen der Reichsbahn rühmen. In Berlin kommen fast 200 Züge täglich an und gehen hinaus, noch nicht ganz 4% von ihnen stehen auf der Kulturstufe eines Provinzhotels. Dafür werden aber jetzt bedeutend mehr leere Schlafwagen gefahren als vor dem Krieg, vermutlich weil der Wohlstand des deutschen Volkes ihm diese Beförderung als die billigste vorschreibt. In völliger Vernekenung der sichtbaren Tatsache, daß über 75% aller Reisenden in der 3. und 4. Klasse fahren, führen die Züge viel zu viele Wagen der 1. und 2. Klasse mit sich, die oft noch nicht 2 und 8% ihres Sitzplatzangebots gefüllt sehen. Trotzdem kann sich die Deutsche Reichsbahn nicht entschließen eine Zusammenlegung aller 4 Klassen in eine Polsterklasse und eine Holzklasse vorzunehmen. Ganz abgesehen davon, daß viel zu viele Raucherabteile gefahren werden. Die Teilung der Menschen in Raucher und Nichtraucher auf der Bahn ist übrigens etwas ganz Willkürliches, man könnte die Abteile auch in Sprecher und Schweiger teilen; das käme den Wünschen des Publikums viel mehr entgegen als die Frage nach dem Rauchen. Um nach außen hin aber mit Neuerungen prunken zu können, hat man auf der Berlin-Hamburger Strecke mit sehr viel "Aufmachung" einen Zugtelephoniedienst versprochen, der zurzeit recht und schlecht Telegramme erledigt. Am Eröffnungstag wurde die vorher aufgespeicherte Begeisterung halbamtlich wieder abgeblasen. Die Mitteleuropäische Schlafwagen- und Speisewagenaktiengesell-

schaft war das Ziel allgemeiner Angriffe wegen der Langweiligkeit ihrer Menus, der lieblosen Zubereitung ihrer Speisen und Getränke und der Gleichgültigkeit ihres Personals gegenüber der Disziplinlosigkeit des essenden Publikums. In ihrem Schlafwagenbetrieb mußten sich die Reichsbahn und die genannte Gesellschaft den Vorwurf gefallen lassen die Friedensausstattung im Material noch nicht im entferntesten wieder erreicht zu haben. Der Hinweis auf Krieg und Inflation ist keine Entschuldigung für jahrelang geduldete Verschleppung der Erneuerung. Gerade in der Inflationszeit hätte die Reichsbahn ihren ganzen Wagenpark vollkommen erneuern können. Unter dem Druck des Dawesabkommens versucht die Reichsbahngesellschaft jeden Nutzen ihres durch angespannteste Tarife mit größtem Effekt arbeitenden Betriebs zu thesaurieren, starr werden alle Bitten und Forderungen von Privaten und Verbänden im Instanzenweg erstickt. Allerdings läßt die Reichsbahn, die den schlechten Eindruck fühlt, den sie in der Öffentlichkeit macht, durch Rundschreiben die Direktionen anweisen es ja nicht an Verhandlungsbereitschaft fehlen zu lassen. Aber das Resultat ist doch die Untastbarkeit der Tarif-, Sach- und Personalpolitik, die seit Jahr und Tag die Reichsbahngesellschaft betreibt. Dabei ist die heutige Tariftabelle der Reichsbahn so buntscheckig, daß ein Ausnahmetarif mehr oder weniger kaum aufziefle. Die Reichsbahn, die doch schließlich nicht Selbstzweck ist sondern ein Instrument der gesamten Wirtschaft und auch des letzten Einwohners, ist völlig autonom. Die Hauptverwaltung will das nicht sein: ein blutlebendiger Teil des Ganzen; dann ist sie lieber Ressort.

#### Deutsche Reichspost

Der schicksalshafte Tod des Reichspostministers Höfle machte die Neubesetzung dieses wirtschaftspolitisch hochwichtigen Postens notwendig. Sein Nachfolger wurde nicht der junge Staatssekretär, sondern der schon einmal bewährte frühere Reichspostminister Stingl. Die Reichspost hat, ziemlich unbemerkt und auch auf diesem Gebiet wenig gescholten, sich auf eigene Füße gestellt. Die Geldverleihgeschäfte, die sie in einige Skandalprozesse verwickelten, aus denen sie noch immer nicht ganz glatt herausgekommen ist, haben ihr nichts anhaben können, ihre finanzielle Selbständigkeit blieb ihr erhalten. Nicht zuletzt deshalb, weil sich die Reichspost

bisher heftig gesträubt hat wieder ihren Nutzen im großen Umsatz bei kleinsten Gebühren zu suchen. Es ist natürlich viel einfacher viel zu nehmen und weniger umzusetzen. Aber ob das auf die Dauer immer Nutzen sicherstellt, ist noch nicht bewiesen; außerdem stehen die Leistungen der Reichspost in krassem Gegensatz zu ihren Gebühren, die unverhältnismäßig hoch sind, besonders auf dem Gebiet des Telephons, des Telegraphen und auch der rein technischen Leistungen der Bestellung und Abholung von Briefen. Kleinlicher Formalismus und engherzige Auslegung anders gedachter Sparvorschriften, die für die Ewigkeit bestimmte Aufrichtung der milchweißen Riffelglaswände zwischen dem "Publikum" und den "Beamten" hindern den Reichspostbetrieb daran ein Freund der Bevölkerung zu werden, wie er es in fast allen anderen Ländern des Weltpostvereins ist. Nur in der deutschen Republik ist sowohl der Sperrschaffner wie der Einschreibepostler noch der unbestrittene Vorgesetzte des Publikums. Da sowohl Reichspost wie Reichsbahn sich immer noch Sorgen um den Ausbau der Uniformen machen müssen, werden sowohl die Beamten wie das Publikum an diese Unterordnung weiter glauben. Dabei könnte eine Dienstmütze vollkommen genügen die Anerkennung herbeizuführen, wenn nur die Leistung der Anerkennung als Rückgrat diene.

Der Weltpostverein setzte auf seiner Stockholmer Tagung verschiedene Gebühren neu fest, die im Betrieb der Reichspost nur wenig Neuerungen erforderlich machen; als besonderer Erfolg der deutschen Vertretung ist die Durchsetzung des größeren Postkartenformats zu buchen. Zur Schaffung von allgemeinen Weltformaten reichte die Kraft der Konferenz nicht aus.

#### Schiffahrt

Die Erwartungen, die man, voreilig, in das *Rotorschiff* Buckau gesetzt hatte, haben sich bisher noch nicht erfüllt. Es sollen zwar größere Schiffe dieser Art in Bau sein, fertig ist aber noch keines. Die Buckau selbst ist verschiedentlich zu Propagandazwecken im Ausland gewesen, aber das erste Interesse ist dort auch abgeflaut, und man wartet kühl ab, was die größeren Nachbauten erbringen werden. Der aus der Seeadlerfahrt bekannte Graf Luckner will eine Viermastbark in einen Rotorsegler umbauen lassen und mit ihm eine Weltumsegelung zu Propagandazwecken mit Schiffsjungen

ausführen. Eine Rotorsegelyacht, die die Berliner Zeitung am Mittag bauen ließ, hat ihre Segelfähigkeit auf den Havelseen erwiesen.

Die deutsche Überseeschifffahrt hat sich durch alle Schwankungen, der die Welt-schifffahrt unterworfen war, hindurchgearbeitet und die Deutschen wieder in die erste Linie der Schifffahrt treibenden Völker gestellt. Ihre Kleinheit bewahrt sie davor ein wirklicher Konkurrent der außerdeutschen Schifffahrt zu sein, die leider immer noch viel lohnende Arbeit in deutschen Häfen findet. In manchen Häfen sind die Vorkriegsverschiffungszahlen erheblich überschritten.

Auf dem Weg der Dampferentwicklung ist der *Einklassenauswandererdampfer* in der Südamerikafahrt erreicht; es ist dies die Monte Olivia-Klasse, die nur die 3. Klasse führt. Manche führende Schifffahrtsmänner sehen dem mit gemischten Gefühlen zu, aber die Entwicklung zum sozialen Schiff ist nicht mehr aufzuhalten. Bei der bürokratisch geleiteten Eisenbahn wird es noch Jahre dauern, um das zu erreichen, was in der offenen Handelsschifffahrt ohne jeden Kampf gelungen ist.

**Luftverkehr** Amundsens Polflug in einem deutschen Ganzmetallflugzeug hat nur einen Achtungserfolg gehabt, der zum größten Teil noch dazu auf das Konto der deutschen Maschine zu setzen ist. Der ehrgeizige norwegische Forscher hat sich nach dem Flug ein kleines italienisches Prallluftschiff gekauft, um unter allen Umständen den Polflugplänen Eckeners, des Führers des ZR III, zuzukommen. Das deutsche Volk sammelt zurzeit in allen seinen Schichten Spenden zum Bau eines Polzeppelins, dessen Bau nach Ansicht Nansens von der Botschafterkonferenz erlaubt werden wird. Dieses Luftschiff soll doppelt so groß werden wie der ZR III. Die Amerikaner verloren in einem Wirbelsturm das im Inland hergestellte, Zeppelin nachgebaute Luftschiff Shenandoah, das über dem Staat Ohio in 3 Teile zerbrach, wobei 13 Menschen getötet wurden. Aus den Aussagen vor dem Kriegsgericht geht hervor, daß der tödlich verunglückte Führer Lansdowne den Kommandierenden Admiral Eberle vor dem Flug warnte, daß dieser aber als Vorgesetzter den Flug erzwang. Ein ebenso unbeherrschbarer Vorgesetzter, der nicht über die nötigen Sachkenntnisse verfügte, der Marinesekretär Wilbur, zwang ein amerikanisches Wasserflugzeug zu

einem Nonstopflug von San Francisco nach Hawaii. Das Flugzeug mußte mit Motorendefekt auf dem Stillen Ozean niedergehen, verlor die drahtlose Verbindung mit der Heimatstation und wurde erst nach 9tägiger Treibfahrt, davon 5 Tage ohne Lebensmittel, durch Zufall von einem Unterseeboot aufgefunden. Die amerikanische Marine hatte das Flugzeug schon als vermißt abgegeben. Verschiedene Weltflieger sind zurzeit wieder unterwegs. Berlin berührten 2 Japaner, die von Tokio für eine Zeitung nach London und Paris flogen, ein Italiener ist auf dem Weg von Mailand in Makao angekommen, mehrere Russen erreichten von Moskau aus Japan und China; sie werden als die Erkunder einer Dauer Verbindung von Moskau nach Tokio und Wladiwostok angesehen.

Das Projekt einer Zeppelinverbindung von Spanien nach Argentinien ist noch nicht weiter gekommen, da der Zeppelinbau in Deutschland zunächst noch verboten und in Amerika noch nicht im großen aufgenommen worden ist. In Akron in Ohio wird man aber nach dem Verlust der Shenandoah endlich darangehen müssen einen ersten Zeppelin zu bauen. Die Türkei erteilte der Firma Junkers die Konzession zur Einrichtung von Verkehrsfluglinien. In Südamerika haben die Junkerswerke nach Columbien und Bolivien auch Brasilien, Argentinien und Chile in das Netz regelmäßiger Flüge einbezogen. Die Erfolge auf den europäischen Nachluftverkehrsstrecken sind so günstig ausgefallen, daß man im nächsten Flugjahr darangehen wird diese Strecken auch für den Passagierverkehr einzurichten. Bisher dienten sie nur dem Post- und Frachtverkehr. In Frage kommen besonders die von Berlin nach Kopenhagen, Stockholm und Königsberg führenden Linien.

Die stetige Entwicklung des europäischen Luftverkehrs, der nicht nur an Deutschland vorbei sondern in steigendem Maß durch oder besser über Deutschland hinweg seine Ziele sucht, machte die Ausgabe eines *Luftkursbuchs* für Deutschland notwendig, das schon die 2. Ausgabe sah. Über 50 Luftverkehrslinien schneiden deutsches Gebiet, mit Millionen geflogenen Kilometern, Zehntausenden von Passagieren und Hunderten von Tonnen Gepäck: Post und Fracht führen die beiden deutschen Luftverkehrsgesellschaften, die Junkers- und die Aerolloydgesellschaft, im Weltluftverkehr. Ihre Bedeutung spiegelt sich im Luftkursbuch wider.

Berlin

Die Berliner Verkehrsordnung hat sich allmählich ihren Platz erobert. Nachdem die Verkehrspolizei einmal begriffen hatte, worauf es ankam, verständigte sie sich verhältnismäßig leicht mit der Bevölkerung, die viel schneller verstanden hatte, was von ihr verlangt wurde. Wenn sich heute noch Reibungen ergeben, so liegt das daran, daß die Beamten immer noch Schutzmann spielen, anstatt Verkehrsfachmann zu sein. Man kann unmöglich den Wagenverkehr vor dem Brandenburger Tor oder am Belle-Alliance-Platz nur durch Brüllen leiten. Aus einer Statistik, die die Vossische Zeitung veröffentlichte, ergibt sich, daß der Automobilist in Berlin 3mal weniger Verstöße gegen die Verkehrsordnung begeht als Fußgänger, Pferdekutscher, Motorradfahrer und Radfahrer zusammen genommen. Bei zunehmender Automobilisierung werden daher zunächst einmal in Berlin die Unfälle und die Verkehrsschwierigkeiten abnehmen, solange wir keine amerikanischen Zustände bekommen. Zur Verbannung der Radfahrer und Kleinkrafträder aus den wirklichen Citystraßen konnte sich die Verkehrspolizei noch nicht aufraffen. Gleiche Behandlung der Pferdefuhrwerke mit den motorischen Fuhrwerken wird auch noch bisher vergeblich gefordert. Die Verfügung wird da sein, wenn das letzte Pferd auf dem Berliner Asphalt liegt. Einen großen Aufschwung brachte den Autodroschken die Herabsetzung der Tarife. Mit der Einführung der Kleinkraftdroschken sahen sich die alten teureren Wagen in einen scharfen Konkurrenzkampf gezwungen, dem sie auswichen, indem sie sich die Tarife der kleinen Wagen zu eigen machten. Da diese aber durch die Zulassungsurkunde gezwungen sind einen bestimmten Abstand im Tarif von den großen Wagen zu halten, so fahren diese Wagen zurzeit für 60 % des alten Fahrpreises der großen Wagen. Autofahren in der Droschke wird über kurz oder lang wirklich ein Vorrecht des Mittelstands. Zum Vorteil des Automobils, das es ja in Deutschland eigentlich noch so gut wie gar nicht gibt.

Die Stadt Berlin errichtete ein *Verkehrsbureau*, das zur Verkehrswerbung und Leitung der Berlin besuchenden Fremden gedacht ist. Seine erste, von Berlin bestaunte Tat war, daß es sich in der teuersten Straße Berlins, der Friedrich Ebert-Straße, einrichtete. Bis zum Erscheinen der ersten, noch unreifen Werbeschrift vergingen dann Wochen.

Das *Schnellbahnnetz* von Berlin ist immer noch nicht um eine einzige Station vermehrt worden, obwohl dauernd, wenn auch vom wochenlangen Bauarbeiterstreik empfindlich gestört, daran gearbeitet wurde. Vor der Eröffnung stehen die Stationen Dreibundstraße der Nord-südbahn und Potsdamerstraße der Verbindungsbahn Gleisdreieck - Nollendorfplatz. Die Schnellbahn der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft wird von der Stadt weiter gebaut, die auch endlich dem neuen Bahnhof Hermannplatz der Nordsüdbahn seine zukünftige Gestalt (als Kreuzungsbahnhof) gab. Die Allgemeine Berliner Omnibusaktiengesellschaft konnte trotz den vielen Hindernissen, die ihr, vornehmlich von anderen Verkehrsunternehmungen, bereitet wurden, ihr Liniennetz ausbauen. Trotz der Überlegenheit des *Omnibusverkehrs* über die an Schienen gebundene Straßenbahn ist man in Berlin noch nicht davon überzeugt, daß man die Autoomnibusse nur in der City und die Straßenbahn in den Außenbezirken fahren lassen sollte. Der heutige Zustand des Nebeneinander schafft natürlich unerwünschten Leerlauf. Die *Straßenbahn* hat in entschiedenem Anlauf ihren Wagenpark zu erneuern begonnen, allerdings bringen die von ihr ausgewählten Wagen keine besondere Verbesserung der bisher verwandten Typen. Warum es in Berlin nicht durchzuführen geht, daß man hinten beim Schaffner einsteigt und beim Führer aussteigt, ist nicht einzusehen.

**Internationale Verkehrsausstellung** Im Mai wurde in Grenoble eine internationale Elektrizitäts- und Verkehrsausstellung eröffnet, die auch von Deutschland besichtigt worden ist. Die amtliche Bezeichnung dieser Ausstellung, Exposition internationale de la Houille blanche et du Tourisme, hat den auf der Pariser Weltausstellung von 1889 von Aristide Bergès geprägten Ausdruck Weiße Kohle, der die energieschaffende Kraft der Gletscher und der Schneeberge besonders anschaulich vor Augen führt, legitimiert; er ist heute in fast alle Sprachen übergegangen. 1837 wurde der erste Versuch zur Energieschaffung durch Wasserkraft von dem Franzosen Fourneuron aus Saint-Etienne auf deutschem Boden, in Baden, unternommen. Leider haben mechanische und Witterungseinflüsse die rechtzeitige Eröffnung der Ausstellung verhindert, die deutschen Objekte standen länger als beabsichtigt unausgepackt da. Die deutsche Abteilung, die dann etwas später im



Palast der ausländischen Nationen eröffnet wurde, zeigte hauptsächlich Bilder und Pläne der großen süddeutschen Kraftwerke. Ihr äußerer Rahmen, die Raumausstattung, ist ein Werk des Berliner Baumeisters Krämer. Im kinematographischen Vorführraum lief außerdem ein deutscher Film über den Bau der Talsperre bei Schwarzenbach in Baden. Die deutsche Ausstellung hatte einen durchaus beachtlichen Besuch.

Die rein menschliche Friedensatmosphäre, die in Grenoble herrschte, gab den angemessenen Rahmen für die Veranstaltung ab, die endlich einen Anfang sachlicher Zusammenarbeit der europäischen Völker auf diesen hierfür besonders geeigneten Gebieten bedeutet.

**Kurze Chronik** An der Universität Königsberg ist unter der Leitung des Professors für Handelsrecht Otto Schreiber ein *Institut für Luftrecht* errichtet worden, das als reine Forschungsanstalt das Werden des Luftrechts auf breiter internationaler Grundlage verfolgen will. ◊ Der seit langen Jahren geplante Bau einer *Bahn auf die Zugspitze*, den höchsten Berg Deutschlands, wurde nun endgültig gesichert und in Auftrag gegeben. Die Finanzierungsfrage ist durch deutsche und österreichische Finanzgruppen gelöst worden. Das endgültige Bauprojekt wurde nach dem Seilschwebbahnsystem Bleichert-Zuegg unter Mitwirkung des Professors Findeis von der Technischen Hochschule in Wien aufgestellt. ◊ Anfang Juli wurden in den Vereinigten Staaten von Amerika 17 548 377 *Automobile* gezählt; das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 13,7%, so daß jetzt auf jeden 6. Amerikaner ein Automobil kommt. ◊ Nach stürmischer Anfangsentwicklung ist die Radio-begeisterung in Deutschland in ein besinnliches Fahrwasser gekommen. Die Anzahl der *Rundfunkteilnehmer* ist auch nach der Freigabe der Antennenanlage nicht über 1 Million hinausgekommen; dagegen hat man die Anzahl der Rundfunksender allzu stark vermehrt, weil man im Reichspostministerium glaubte sie straff landsmannschaftlich einteilen zu müssen. So gibt es Rundfunksender mit 10 000 Hörern und solche mit mehr als 200 000, die beide mit fast dem gleichen Aufwand, aber mit verschiedenem Effekt arbeiten. Solange die Fabriken keine billigen Apparate liefern, mit denen man wenigstens alle deutschen Stationen hört, wird keine neue "Radiowelle" durch Deutschland gehen.

#### Literatur

Einer unserer Altmeister in der Darstellung technischen Fortschritts, *Artur Fürst*, hat sein Buch *Die Welt auf Schienen* in 3. Auflage erscheinen lassen können (München, Albert Langen). Wenn ein solches Buch, das sich nicht nur an gebildete sondern auch an wissende Menschen wendet, schon 13 000 Käufer gefunden hat, so beweist es, daß man auch 500 Seiten technischer Dinge, mindestens in der flüssigen Plaudersprache Fürsts geschrieben, als Buch lesen kann. Da weit über 400 Bilder den Text würzen, so kann ein Stocken kaum eintreten. Fürst kennt seine Materie, er läßt keine Lücke und ermüdet auch nicht in seinem manchmal etwas zu sehr auf die reifere Jugend eingestellten Stil. Im gleichen Verlag erschien eine Festschrift Fürsts zum 100. Geburtstag der Eisenbahn (Die 100jährige Eisenbahn: Wie Meisterhände sie schufen). In der Tat muß man sich erst daran erinnern, daß die Eisenbahn am 27. September 1825 zum erstenmal als wirkliche Dampfbahn über eiserne Schienen rollte. Das Entwicklungstempo der Eisenbahn war so unbeschreiblich stürmisch, wie es nie vorher und nie nachher bei einem technischen Fortschritt der Fall gewesen ist. Weder Telephon und Radio noch Flugverkehr und Dampfschiffahrt können ein solches dauernd zunehmendes Tempo, das auch heute noch nicht nachgelassen hat, aufweisen. Dieses Tempo zeigt Fürst an seinem Ausgangspunkt, bei den ersten Eisenbahnen des Kontinents. Das Buch unterstützen im Text über 70 Abbildungen, darunter Karten, die die Entwicklung in Deutschland zeigen; sie zu lesen ist allein ein hoher Genuß für jeden, der Karten zu beleben weiß. ◊ Eine neue Form der Werbeschrift ist das von der Hamburger Paketfahrtaktiengesellschaft bei Georg Stilke in Berlin verlegte Buch *Hartmuth Merlekers*, des Bearbeiters dieser Rundschau, *Was weißt du von Amerika?*, das für die wirklichen Auswanderer geschrieben ist und ihnen Hinweise gibt, was ihrer in der neuen Heimat harret. Amerika ist hier von einem Verfasser geschildert, der vor und nach dem Krieg dort gewesen ist. ◊ Der *Deutsche Verkehrsbund*, die freigewerkschaftliche Organisation der Verkehrsarbeiter und -angestellten, kann mit einem achtunggebietenden Jahrbuch für das Jahr 1924 aufwarten, das neben einer Fülle von Zahlen auch von der unermüdlchen Mitarbeit der im Verkehr tätigen Menschen an der Wiederaufrichtung Deutschlands Rechenschaft ablegt.

Weshalb diese Wiederaufrichtung auch oft den Wirtschaftsführern erst abgerungen werden mußte, ist manchen Menschen immer noch ein Geheimnis, das aber dieses Jahrbuch lüftet. ◊ Bücher im Selbstverlag des Verfassers stimmen den Zensor stets mißtrauisch, selbst, wenn es keine Gedichte sondern Angriffe gegen die Telephonmisere der Reichspost sind. Wie wenig Selbstzucht der selbstverlegende Autor besitzt, beweist das Buch *Oskar Meyers /Göttingen/ Hallo-Tohuwaboh!*, Telephongötter und Opfer, wie er es nennt. In der Sache hat der Autor recht, und nicht wenige Telephonbesitzer werden aus eigenen Erfahrungen seine Beschwerden im großen und ganzen bestätigen. Aber für die Lektüre wäre weniger mehr gewesen.

## EINZELNES

### Neuerscheinungen

**Hindenburg** Hindenburg ist hier stets ohne jede parteimäßige Voreingenommenheit als Strategie und Mensch gewürdigt worden (siehe meinen Artikel Hindenburg und Ludendorff, in den Sozialistischen Monatsheften 1922 II Seite 726 und folgende). Hindenburgs Bilanz Aus meinem Leben /Leipzig, S. Hirzel/ hat bekanntlich im Ausland keineswegs den selben unsympathischen Eindruck gemacht wie Ludendorffs aufgeblähtes Werk. Der Kommentar des ehemaligen französischen Generalstabschefs Buat zu Hindenburgs Selbstbiographie wurde so ein menschlich äußerst ansprechendes Dokument soldatischer Ritterlichkeit, das dem Milieu des geraden und ehrlichen alten Feldmarschalls, der wie ein Mensch fühlt und keinen Fehler bei sich und anderen verschweigt, mit ehrlicher Bewunderung entnommen war. Dieser alte Soldat, dessen Persönlichkeit bereits in dem Bewußtsein der Nation wie eine mythische Gestalt eingewurzelt war, stellt sich nun in der Reichspräsidentenwahl zum Kampf. Er begibt sich in eine Arena, in der Unerbittlichkeit im Politischen den streitenden Parteien zur Pflicht gemacht ist. Das Fechten gegen Hindenburg im Wahlkampf ist (das muß ich selber zugeben, der ich ein Dutzend Wahlkampfartikel gegen ihn geschrieben habe) nicht leicht gewesen. Es galt einen dicken Nebelschleier der Kriegselgende beiseite zu schieben und dann unter sorgfältiger Berücksichtigung der Gefühlswelt, die sich um den greisen Militär gebildet hätte, den verwundbarsten Punkt des politischen Gegenkandidaten zu treffen.

Diese Aufgabe erfüllte mit volldetem Takt und mit Geschick *Theodor Lessing* durch seinen bekannten Hindenburgartikel im Prager Tageblatt, der zu dem Sturm der völkischen akademischen Jugend der Technischen Hochschule in Hannover gegen Lessing, zum Boykott seiner Vorlesungen und zu einem Disziplinarverfahren gegen ihn führte. Dieser Aufsatz bildet das Kernstück einer Schrift, die Lessing unter dem Titel *Hindenburg* im Verlag Hapke & Schmidt in Berlin erscheinen ließ. *Maximilian Harden* hat ein Vorwort dazu geschrieben. Wenn er auch in der Einschätzung Hindenburgs meines Erachtens irrt, und zwar zugunsten Ludendorffs, den er überschätzt, so bringen seine Ausführungen im ganzen doch wieder eine wesentliche Aufhellung der Zeitgeschichte; man freut sich sie lesen zu können, nachdem die Zukunft, jenes Organ, das in den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren die Funktion eines, wenigstens allwöchentlich einmal sprechenden Gewissens in Deutschland ausübte, verstummt ist. »Kann der Marschall«, fragt Harden mit Recht, »dadurch gekränkt sein, daß Sie, Doktor und Professor der Philosophie, jeder Zoll ein Mensch des Logos, ihn nicht zu den "Geistigen" zählen?« Und *Herbert Eulenberg* sagt in einem Nachwort zur Schrift: »Man will einen Weltweisen und Lehrer bütteln, weil er in nichtamtlicher Form als Zeitschriftsteller seine Meinung über eine Persönlichkeit äußert. Das geht nicht an! In der Geschichte Hannovers werden stets die Göttinger Sieben mit Ehren genannt werden, jene 7 Professoren der Georgia Augusta, die mannhaft gegen den Verfassungsbruch ihres Herrn und Königs Ernst August im Jahre 1837 Einspruch erhoben. Man schaffe nicht aus dem ebenso mutigen wie freiheitlich gesonnenen Theodor Lessing einen gleichen Märtyrer für Hannover!« Die Hindenburgkritik wird durch Theodor Lessings Schrift außerordentlich bereichert. Sie hat in die trockene militärtechnische Materie der Hindenburgliteratur ein philosophisches und eminent psychologisches Motiv hineingebracht, in diese »Mannesgestalt, die mit der ganzen Schönheit der Unwissenden durch Meere von Blut, durch Ströme von Galle, über Berge von Hindernissen kinderleicht hinwegschreitet, von ungeheueren Verantwortungen bedrückt, und doch im Kerne unverantwortlich, weil sie nicht einmal imstande das Recht der andern Seite und die Doppelnatur alles Lebendigen auch nur zu sehen«. Hermann Schätzinger